

5. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Inhalte der qualitativen Interviews mit 61 Personen in ganz Sachsen ausführlich dargestellt. Unser Ziel ist dabei, ein dichtes, deskriptives Bild unseres Materials zu bieten und damit unsere Beobachtungen zu dokumentieren, ohne diese hier bereits näher einzuordnen und zu analysieren (siehe dazu Kapitel 6). Ergänzt wird dieses Bild durch Angaben aus dem Fragebogen, den alle Teilnehmenden zusätzlich ausgefüllt hatten. Um einen guten Überblick über das Material zu vermitteln, geben wir im Folgenden für die unterschiedlichen Fragen und Themenkomplexe in Tabellenform an, wie oft welche Aussagen vorkamen. Dabei wird jeweils angegeben, in wie vielen Interviews eine Aussage mindestens einmal geäußert wurde. Die Codes werden darauf aufbauend jeweils inhaltlich näher erläutert und mit ausgewählten Zitaten aus den Interviews verdeutlicht. Grundsätzlich lassen wir dabei die Aussagen für sich stehen. Nur einige wenige faktisch offensichtlich falsche Aussagen haben wir kommentiert.

5.1 Begriffsverständnis von Vertrauen

Zu Beginn jedes Interviews wurde zum Heranführen an das Thema zunächst nach dem Verständnis des Begriffs »Vertrauen« gefragt. Mit der Formulierung *»Wenn Sie einmal ganz allgemein Vertrauen definieren müssten, was bedeutet das für Sie? Denken Sie an Freunde, Familie, den Job – was bedeutet Vertrauen da?«* sollte einerseits das Gespräch zwischen Interviewerin und interviewter Person in Fluss gebracht und die Befragten andererseits rational wie emotional, von ihrer unmittelbaren Lebenswelt ausgehend, auf die abstrakteren Themen Medien- und Politikvertrauen eingestimmt werden.

Tab. 3: Verständnis des Begriffs Vertrauen

Code	Anzahl
Sicherheit/Angstfreiheit	28
Verlässlichkeit	26
Ehrlichkeit	21
Vertraulichkeit/Verschwiegenheit	7
Gegenseitige Unterstützung	6
Intuitives Empfinden/Gefühl	5
Gegenseitige Verbundenheit	5
Geteilte Meinungen	4
Akzeptanz	4
Zukunftsgerichteter Vorschuss/Vorleistung	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

In 28 Interviews (siehe Tab. 3) wurde Vertrauen mit den Gefühlen (bzw. Bedürfnissen) Sicherheit und Angstfreiheit assoziiert:

»Also das heißt eigentlich, dass ich mich einer Person anvertrauen kann, indem ich ihr etwas sagen kann und weiß, dass es nicht gegen mich verwendet wird oder an andere weitergegeben wird, dass die einen unterstützt. [...] Die Person hintergeht einen nicht.« (T50)

»[D]ass man keine Geheimnisse hat, in dem Sinne, mit denen man dann Absichten verfolgt oder irgendetwas zu seinem eigenen Besseren herausholen will. Oder ja, also es ist schwer, dieses Gefühl so zu beschreiben. Weil, ja... es ist auch so ein warmes Gefühl, dass man sich geborgen fühlt.« (T25)

In fast ebenso vielen Gesprächen wurde ein Bezug zu menschlichen Charaktereigenschaften wie Verlässlichkeit (26-mal) und Ehrlichkeit (21-mal) hergestellt – also Eigenschaften, die geeignet sind, das oben genannte Sicherheitsgefühl hervorzurufen bzw. das Bedürfnis nach Angstfreiheit zu erfüllen:

»Dass Dinge so passieren, wie sie vereinbart waren. Wie sie im allgemeinen Wertekontext vereinbart sind. In einer Beziehung hat man ja bestimmte Werte, die einen zusammen verbinden. Dass man sich darauf verlassen kann, dass diese Werte dann so auch gelebt werden.« (T06)

»Ich glaube, Vertrauen bedeutet für mich..., wenn ich an persönliche Sachen denke, hat das was mit einer Zuverlässigkeit zu tun und mit einem Gewogen-Sein zu tun. Das heißt, [...] dass ich mich auf die Menschen verlassen kann, im Sinne von einer Absehbarkeit, was passieren wird, wie die Menschen reagieren werden, wie die Menschen sind, wirklich sind und dass ich mich darauf verlassen kann, dass sie das, was sie sagen, auch meinen und was sie meinen, auch tun.« (T43)

»Wahrheit, Ehrlichkeit, so etwas in der Richtung. Und dass man sich auch daran hält, was man ausgesprochen hat. Dass man nicht ausgetrickst wird.« (T59)

Weit abgeschlagen in der Häufigkeit der Nennungen kamen die Punkte, dass Vertrauen auch mit Vertraulichkeit bzw. Verschwiegenheit, mit gegenseitiger Unterstützung oder Verbundenheit und mit geteilten Meinungen (also auch politisch-weltanschaulicher Nähe) zu tun hat. Ein Verständnis von Vertrauen als einen in die Zukunft gerichteten Vorschuss bzw. als Vorleistung, wie in der Forschungsliteratur häufig genannt (siehe Kap. 2.1), kommt in den Interviews nur selten vor.

5.2 Verhältnis zum Journalismus

5.2.1 Nutzung journalistischer Medien

Als Einstieg in den Themenbereich Medienvertrauen wurden die Interviewten nach den von ihnen genutzten Medien gefragt. Dabei wurde explizit nach journalistischen Medien gefragt, was durch eine vorangestellte Definition gewährleistet werden sollte (siehe Leitfaden im Anhang). Von der Nutzung kann jedoch nicht auf Vertrauen in diese Medien geschlossen werden. Die Befragten betonten teilweise explizit ihre kritische Distanz zu den von ihnen angegebenen Medien.

Neben der Nennung genutzter Einzelmedien äußerten sich einige Personen auch grundsätzlich zu ihrem Verhältnis zu bestimmten Mediengattungen. 14 der 61 Interviewten gaben an, kaum oder gar kein Fernsehen zu nutzen, zehn äußerten sich so zu Radioprogrammen und weitere drei zu Printangeboten. Allein sieben Interviewte meinten, sich grundsätzlich eher oder ganz von journalistischen Medien fernzuhalten.

Insgesamt machten 52 Personen mindestens eine Aussage zur Nutzung eines journalistischen Printmediums (siehe Tab. 4). In diesem Bereich haben regionale Tageszeitungen die größte Bedeutung: Im Sample wurde vor allem die *Sächsische Zeitung* (Hauptsitz in Dresden) und die *Freie Presse* (Hauptsitz in Chemnitz) gelesen, deutlich weniger die *Leipziger Volkszeitung*, die *Dresdner Neuesten Nachrichten* und die *Torgauer Zeitung*. Außerdem nutzen drei Befragte die in der Oberlausitz in ostsorbischer Sprache erscheinende Tageszeitung *Serbske Nowiny*. Darüber hinaus wurden überregionale Tageszeitungen (u. a. *Die Welt*, *Bild*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*), Wochenzeitungen (*Die Zeit*, *Welt am Sonntag*) und Magazine (*Der Spiegel*, *Focus*, *Stern*) sowie die anthroposophische Zeitschrift *Info3* jeweils von mehreren Personen genannt.

Im Rundfunkbereich (Fernsehen und Radio) nutzen 56 der 61 Interviewten Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (siehe Tab. 5), während privater Rundfunk nur auf 19 Erwähnungen kam (siehe Tab. 6). Am häufigsten wurden die Angebote des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) angeführt (bei 38 Interviews). Hier überwogen die Radiosender, von denen in 29 Interviews mindestens einer genannt wurde, vor dem MDR-Fernsehen, dessen Nutzung in elf Interviews erwähnt wurde. Beinahe ebenso häufig wurden Angebote im Ersten (ARD) geschaut (34), vor allem die *Tagesschau* (25), die *Tagesthemen* (7) und die Talkshow *Anne Will* (4). Das ZDF wurde nach eigenen Angaben von 21 Interviewten genutzt, wobei die Nachrichtensendung *heute* von sechs Personen genannt wurde, gefolgt vom *heute-journal* (5) und der Talkshow *Markus Lanz* (3). 20 der 61 Befragten hören zudem Sender des Deutschlandradios (Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur oder Deutschlandfunk Nova).

Tab. 4: Nutzung von Einzelmedien – journalistische Printmedien

Medium	Anzahl
Sächsische Zeitung	18
Freie Presse	17
Die Zeit	11
Die Welt/Welt am Sonntag	10
Der Spiegel	10
Leipziger Volkszeitung	8
Bild	7
Frankfurter Allgemeine Zeitung	7
Focus	6
Süddeutsche Zeitung	5
Stern	4
Serbske Nowiny	3
Torgauer Zeitung	3
Dresdner Neueste Nachrichten	3
Neue Zürcher Zeitung	3
Taz	2
Info3	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61),
ab 2 Interviews

Tab. 5: Nutzung von Einzelmedien – Öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen

Medium	Anzahl
Mitteldeutscher Rundfunk	38
Das Erste/ARD	34
ZDF	21
DLF/DLF Kultur/DLF Nova	20
Arte	6
Bayerischer Rundfunk	4
Phoenix	3
Rundfunk Berlin-Brandenburg	3
3sat	2
ZDFneo/ZDFdoku	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61),
ab 2 Interviews

Bei journalistischen Angeboten des privaten Rundfunks wurde RTL am häufigsten erwähnt (10), gefolgt von *Radio PSR* (5).

Tab. 6: Nutzung von Einzelmedien – Privates Radio und Fernsehen

Medium	Anzahl
RTL	10
Radio PSR	5
Absolut Oldie Classics	2
Sat.1	2
N-TV	2
Radio Energy	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61),
ab 2 Interviews

Reiner Online-Journalismus, der über digitale Angebote der bereits genannten Medien hinaus geht, wurde im Sample nur vereinzelt angegeben. Mehr als einmal wurden lediglich das Nachrichtenportal *t-online* (3) und das Onlinemagazin *Tichys Einblick* (2) angeführt.

Weitere nicht dezidiert journalistische Online-Quellen, über die aber zumindest partiell auch journalistische Inhalte verbreitet werden, kamen jedoch häufiger vor, obwohl wir nicht danach gefragt hatten. So gaben elf der 61 Personen an, sich über Social Media zu informieren, fünf nannten Suchmaschinen als Mittel für eigene Recherchen, drei weitere Podcasts. Instant-Messaging-Tools (*Telegram*, *WhatsApp*) sowie Streamingdienste (*Spotify*, *Netflix*) kommen auf je zwei Nennungen.

Neben diesen diversen digitalen Kanälen wurden vereinzelt auch weitere Quellen aufgeführt, die nicht oder nur bedingt unserer Definition von journalistischen Medien entsprechen, darunter Medien, die häufig als Alternativmedien bezeichnet werden (vgl. Schwaiger 2022, Holt et al. 2019), von *AUF1* bis zum *Compact*-Magazin. Die Interpretation dieser Angaben ist dabei nur begrenzt möglich: Vielleicht haben diese Medien für manche Befragten denselben gesellschaftlichen Rang wie etablierte Medien (im Sinne von Glaubwürdigkeit und Reputation), vielleicht wurde die Frage aber auch so verstanden, dass alle persönlich relevanten Informationsquellen genannt werden sollten.

Insgesamt scheint die Bedeutung etablierter Medien bei unseren Befragten jedoch zentral. Bis auf eine Person gaben alle an, mindestens ein solches Medium selbst zu nutzen.

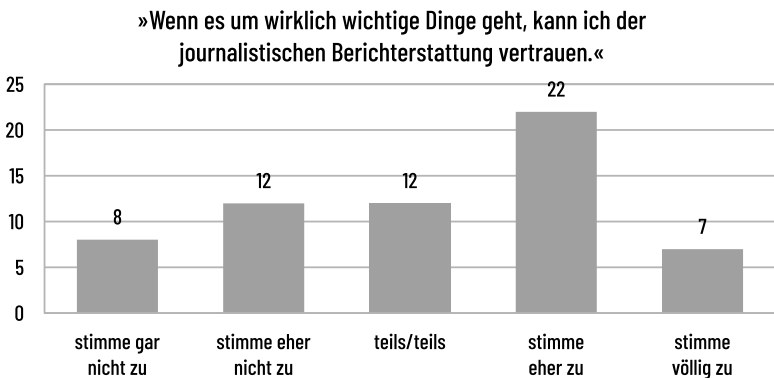
5.2.2 Ausmaß des Journalismusvertrauens

Das grundlegende Ausmaß des Journalismusvertrauens in unserem Sample lässt sich aus den Fragebogen-Angaben ablesen, die die Befragten jeweils nach dem Interview machten und die in der Auswertung zur Wahrung der Anonymität nicht mit dem Interviewtranskript verknüpft wurden. Wie in Abbildung 10 zu sehen ist, spricht knapp die Hälfte der Befragten der Berichterstattung das Vertrauen aus: 29 Personen stimmten der entsprechenden Aussage völlig oder eher zu, 20 Personen sortierten sich auf der misstrauischen Seite ein und zwölf waren unentschieden. Insgesamt tendierte unser Sample also sogar leicht in die vertrauende Richtung. Eine Mehrheit lehnte auch die »Lügenpresse«-These in Reinform ab, also dass die Bevölke-

rung von den Medien systematisch belogen werde (siehe Abb. 11). Tatsächlich verwendeten nur vier Befragte von sich aus und (teilweise) bejahend den Begriff »Lügenpresse«, allerdings wurde in deutlich mehr Gesprächen polemische und pauschale Medienkritik ohne dieses Wort geübt. Das mediale Repräsentationsgefühl – also die Wahrnehmung, die eigene politische Meinung werde gespiegelt – ist auch nicht überragend hoch: Nur 20 Personen bestätigten eine solche Wahrnehmung, während 22 sich nicht oder zu wenig repräsentiert sahen. Mit 19 Befragten sortierten sich auffallend viele bei der unentschiedenen Mitte ein (siehe Abb. 12).

Dies sind die Daten aus den begleitenden Kurzfragebögen. In den Interviews dominierte bezüglich des Journalismus die Kritik aber deutlich. Das ist nicht verwunderlich, da solche Gespräche naturgemäß eher problemzentriert ausfallen. Interessant ist, dass die Mehrzahl der Befragten – nämlich 36 – sowohl Vertrauen als auch Misstrauen äußerten und begründeten. Hingegen artikulierten 22 Interviewte nur Misstrauen, und drei zeigten sich in ihren Ausführungen ausschließlich vertrauend.

Abb. 10: Generelles Vertrauen in Berichterstattung



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Abb. 11: Zustimmung zum Lügenpresse-Vorwurf



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Abb. 12: Mediales Repräsentationsgefühl



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

5.2.3 Gründe für Vertrauen in Journalismus

Um den Gründen für das bestehende Ver- bzw. Misstrauen näher zu kommen, wurde in den Leitfadeninterviews nach der Frage zur Mediennutzung nun direkt nach dem Vertrauen in journalistische Medien gefragt: »Sie haben jetzt einige Medien genannt, die Sie nutzen. Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie den etablierten journalistischen Medien?« Falls der Erzählfluss zu Ausmaß und Gründen des Vertrauens oder Misstrauens nicht ausreichend angeregt war, stellte die Interviewerin konkretere Nachfragen, etwa wie sehr das Gegenüber das Gefühl hat, die eigene politische Meinung oder Themen, die einem persönlich wichtig sind, wiederzufinden. Im Folgenden stellen wir zunächst genannte Gründe für Vertrauen in Journalismus vor.

Tab. 7: Gründe für Vertrauen in Journalismus

Code	Anzahl
Wichtige Themen sind angemessen repräsentiert	17
Generelles großes Vertrauen (ohne besonderen Grund)	16
Wahrheit/zutreffende Fakten	8
Medien halten professionelle Grundsätze ein	8
Meinungsfreiheit bzw. -vielfalt ist gegeben	7
Absolute Objektivität oder Vollständigkeit ist unmöglich	7
Eigene Meinung ist angemessen repräsentiert	5
Journalismus ist unabhängig von Politik	5
Grundvertrauen mit gesunder Skepsis (ohne Details)	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

Die Ergebnisse in Tabelle 7 zeigen, dass die angemessene Repräsentation wichtiger Themen, zutreffende Fakten in der Berichterstattung und eingehaltene professionelle Grundsätze die häufigsten Argumente sind, warum Befragte dem Journalismus vertrauen.

Wichtige Themen sind angemessen repräsentiert

Möglicherweise bedingt durch die jeweils gestellte Nachfrage nach dem medialen Repräsentationsgefühl, landete die angemessene Repräsentation wichtiger Themen auf Platz 1 der genannten Gründe für Medienvertrauen und noch einmal auf einem hinteren Platz, was die Repräsentation der eigenen Meinung betrifft:

»Genau, diese Themen sehe ich eigentlich gerade in letzter Zeit relativ gut repräsentiert. Die Klimaproblematik ist in Hülle und Fülle in der Presse verfügbar, es ist glasklar von der Wissenschaft, von einer wissenschaftlichen Herleitung über Jahrzehnte, hat es jetzt ausreichend auch in der Presse Beachtung gefunden. Das sind hochwertige Artikel, finde ich auch, die es dazu gibt.« (T20)

»Aber was allgemein politische Meldungen betrifft, bin ich eigentlich nicht so kritisch, muss ich sagen. Ich kann nicht sagen, dass ich mich völlig nicht verstanden fühle oder dass da irgendein Spektrum fehlt, was ich gerne sehen würde, hören würde. Da bin ich im Allgemeinen ganz einverstanden.« (T05)

Zwei Interviewte betonten in diesem Zusammenhang die Breite des vorhandenen Angebotes und die sehr guten eigenen Wahlmöglichkeiten:

»Ja, es liegt ja an mir, wie viel ich mich informiere und wo ich meine Informationen raushole. Ich habe da ja viele Möglichkeiten und die gibt es ja. Und damit ist das Gefühl da, ja.« (T04)

»Ich suche mir die Sendungen raus, die mich interessieren. Was mich eigentlich interessiert, ist eigentlich schon Politik, Umwelt und Kinder, Bildung und so weiter. Das finde ich schon, das wird gut in den Medien abgebildet.« (T16)

Mehrere Personen bezogen sich auf häufig geäußerte Kritik an Einseitigkeiten oder Auslassungen in der Berichterstattung zu Themen wie dem Ukraine-Krieg und der Corona-Pandemie und distanzierten sich davon, argumentierten dagegen oder kritisierten implizit die Kritiker:

»Also, ich bin da nicht so. Ich glaube, da gibt es andere Gruppen, die das eher problematisch finden, die dann sagen, dass das, was eigentlich stimmt, aus-

geblendet wird. Das würde ich jetzt eigentlich für mich nicht unbedingt sagen. [...] Klar, ein vollumfängliches Bild kann man nie abbilden für jeden, aber grundsätzlich fühle ich mich da jetzt schon gut und auch umfassend informiert. Das würde ich schon sagen.« (T40)

»Es werden aus meiner Sicht immer beide Positionen tatsächlich vermittelt. Ich muss nur gewillt sein, beide Seiten zur Kenntnis zu nehmen.« (T35)

Gegen spezifische Medienkritik in Sachen Ukraine-Berichterstattung²² fand sich die Argumentation, dass eine russlandkritische bzw. westzentrische Grundhaltung eben die Mehrheitsmeinung in Deutschland abbilde und dass es trotzdem zu einzelnen Aspekten des Themenkomplexes kritische Beiträge gebe:

»Aber nichtsdestotrotz kann ich jetzt keine Schädigung des Meinungsbildes durch die Medien sehen. Also sagen wir einfach jetzt, eine *Süddeutsche* oder ein *Spiegel* schreiben jetzt natürlich viel über den Ukraine-Krieg. [...] Das wird natürlich in die Richtung geschrieben: Die Russen sind die Bösen. Das ist jetzt einfach mal das Statement und da kann man natürlich fragen: ›Ist es einseitig?‹ Aber es werden dann auch immer wieder Artikel gebracht: Wie viel bringt denn überhaupt eine Sanktion? Ist das, was wir machen, überhaupt sinnvoll? Welche Auswirkungen hat das? Man kann das alles sagen: Okay, das ist sehr einseitig. Es spiegelt sicher unsere eingefahrene westliche Meinung. Aber diese westliche Meinung ist vielleicht auch einfach da. Und was soll jetzt ein Medium anderes schreiben? Also es kann natürlich kritische Stimmen dazu bringen und das tut es auch, aber es spiegelt auch nur die Meinung einfach wider. [...] Es ist ein Abbild unserer Gesellschaft.« (T07)

In Sachen Corona-Berichterstattung konzidierte eine Person das politische Trial-and-Error in der Pandemiebekämpfung und bescheinigte den Medien, die Lage angemessen abgebildet zu haben:

»Da bin ich aber nicht der Meinung, dass das jetzt irgendwie immer schädlich ist oder alles Lüge ist. Das muss man immer so und so sehen. Gerade diese

22 Als Russland am 24. Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, waren bereits 24 Interviews (November 2021 bis Februar 2022) geführt.

Corona-Richtung... Ich war immer der Meinung, es ist für alle neu. Da den richtigen Weg zu finden, war für alle schwer, ist es immer noch. [...] Und die Medien haben ausgewertet, was ist. Wo sie das nun alles dann immer her hatten, die Zuarbeiten, da hat man jetzt keinen Einblick, aber dass ich da jetzt sage: »Das ist alles falsch!«, bin ich nicht der Meinung.« (T36)

Dieselbe Person argumentierte außerdem, dass sie die Corona-Berichterstattung »auch selbst in meinem eigenen Bereich nachvollziehen« konnte, also im eigenen »Umfeld«. Ähnlich sagte eine befragte Person mit einer Verwandten im Gesundheitsbereich:

»Das ist zum Beispiel die große Sache bei der ganzen Corona-Debatte, dass dort die Fakten nicht mehr für jeden gleich sind. Die Fakten zeigen, dass Geimpfte weniger oft auf der ITS [Intensivstation, Anm. d. Aut.] landen. Das berichten die Medien. Aber das erfahre ich auch von meiner Tante, die wirklich Schwester auf der ITS ist und die sagt: »Von 14 Leuten auf der ITS sind nun mal 14 ungeimpft [...].« Dann weiß ich: Die Realitäten, die mir im Fernsehen als Nachrichten verkauft werden, stimmen mit der Realität überein. Und dann bestärkt mich das in meiner Meinung, sodass ich sage: Okay, ich lasse mich impfen. Dort finde ich, dass bei den Öffentlich-Rechtlichen sehr gut die Faktenlage dargestellt wird.« (T58)

Weitere Gründe

In 16 Interviews wurde ein hohes Vertrauen in Medien geäußert, ohne dafür ausdrückliche Gründe anzugeben. Mit deutlich weniger Nennungen kommen dann weitere konkrete Gründe für Medienvertrauen, zum Beispiel dass Medien professionelle Grundsätze einhalten und dass sie wahrheitsgemäß berichten (je acht Interviewte):

»Also denen vertraue ich eigentlich. [...] Ich kann das nicht nachvollziehen, wenn dann geschrien wird: »Das ist Lügenpresse«, dabei stehen die dort, sagen wir jetzt mal das Fernsehen mit der Kamera. Die tun ja genau das filmen, was da passiert. Da wird nicht irgendwo gelogen.« (T17)

Sieben Interviewte gestanden bei der Begründung ihres Medienvertrauens zu, dass absolute Objektivität oder Vollständigkeit unmöglich ist, und zeigten damit die Bereitschaft, den Redaktionen auch fehlende Themen oder Parteilichkeiten durchgehen zu lassen. In fünf Interviews wurde explizit als Grund für Medienvertrauen die Unabhängigkeit von der Politik genannt:

»Ich empfinde unsere freien Öffentlich-Rechtlichen als frei und wirklich in ihrer Machart so frei, dass ich weiß: das ist *unabhängige* Berichterstattung. Zumindest schätze ich das so ein.« (T58)

»Also ich glaube schon an die Unabhängigkeit der Medien. Also, da bin ich zu tiefst überzeugt. Also dann würde für mich, weiß ich nicht, aber das Grundgesetz und die Freiheit der Medien, Freiheit der Kultur und so weiter. [...] Ja, also ein bisschen ans Grundgesetz glaube ich, und ich glaube, dass es bestimmte Rechte gibt und dass ein Journalist sich eigentlich nicht verbiegen muss, weil er eigentlich vom Grundgesetz geschützt ist.« (T26)

Letztgenanntes Zitat stammte von einer Person, die unmittelbaren Kontakt mit Politikerinnen und Politikern auf Landesebene und persönlichen Austausch mit Redakteurinnen und Redakteuren des MDR pflegt. Auch wenn es Verfehlungen Einzelner gebe, bekräftigte diese Person: »Ich würde das niemals unterstellen, dass ein Journalist käuflich ist, per se nie. Der ist unabhängig und berichtet unabhängig.« Auch drei weitere Interviewte brachten ihr Medienvertrauen in Zusammenhang mit persönlichen Bekanntschaften bzw. Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten.

5.2.4 Gründe für Misstrauen gegen Journalismus

Wie im vorigen Abschnitt erwähnt, formulierten 58 der 61 Befragten in den Leitfadeninterviews mindestens einmal Misstrauen gegen etablierte Medien (wobei 22 ausschließlich Misstrauen und 36 weitere *auch* Vertrauen artikulierten). Schaut man sich die meistgenannten Gründe für dieses Misstrauen in Tabelle 8 an, so kann man die meisten davon in zwei große Blöcke an Kritikpunkten einsortieren: zum einen »Tendenz-Kritik«, also der Eindruck, dass die Berichterstattung einer politischen Richtung bzw. Agenda folgt und bestimmte Meinungen oder Tendenzen durchsetzen will, oder zum anderen »Kommerz-Kritik«, also der Eindruck, dass Berichterstattung

aus wirtschaftlichen Gründen übermäßig zugespitzt, oberflächlich oder sensationsgetrieben ist. Diese von uns vorgenommene Unterteilung hat ihre Unschärfen, da etwa unkritische Berichterstattung, die Skandalisierung bestimmter Sachverhalte oder eine Eintönigkeit bzw. Einheitlichkeit der Nachrichten sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe haben kann, soll aber eine grobe Orientierung in der Vielzahl der Argumente geben.

Tab. 8: Gründe für Misstrauen gegen Medien

Code	Anzahl	Tendenz-Kritik	Kommerz-Kritik
Medien sind einseitig, tendenziös, parteilich, nicht neutral, nicht ausgewogen	34	×	
Fehlende Themen/Repräsentationslücken	30	×	
Skandalisierung/Sensationalismus	23		×
Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig	22	×	
Medien geben Meinung vor/Medien belehren und erziehen	21	×	
Medien üben moralischen Druck aus (»...dann bist du gleich der Nazi/Querdenker«)	18	×	
Eigene Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten	16		
Manipulation/Propaganda	15	×	
Kommerzialisierung der Berichterstattung	15		×
Eintönigkeit/Einheitlichkeit der Nachrichten	13	×	
Oberflächlichkeit/Verknappung der Inhalte	11		×
Medien sind zu unkritisch/schwimmen mit dem Strom	11	×	
Themenverdrossenheit (zu viel Krieg, Pandemie...)	9		
Medien veröffentlichen zu schnell	7		×
Nachrichten sind zu wenig konstruktiv	6		
Kritik am Gendern und an »Wokeness«	4	×	

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

Tendenz-Kritik

Einseitigkeit und Parteilichkeit

Spitzenreiter der Medienkritik ist der Vorwurf, die Berichterstattung sei politisch tendenziös, einseitig, nicht neutral bzw. nicht ausgewogen – diesen erhebt mehr als jeder Zweite im Sample (34 Befragte). Eine Person berichtete, wie sich mit Beginn der Corona-Pandemie ihre Wahrnehmung von Medieninhalten radikal wandelte. Vorher dienten ihr öffentlich-rechtliche Sender und die Regionalzeitung als Informationsquellen – nun nutzt sie sie

»nur um darin zu suchen, wo tendenziös berichtet wird. Ich gucke mit Argusaugen drauf und sehe auch sofort... Es ist wirklich verrückt, wie sich mein Blick geändert hat, wo ich früher darüber hinweggelesen habe. Heute denke ich: ›Mein Gott! Schon die Überschrift ist – ich will nicht sagen gelogen – aber doch schon eine Behauptung.« Ich sehe das jetzt sofort.« (T57)

Drei andere Personen meinten ähnlich, dass das Problem nicht sei, dass die Medien lügen würden, sondern dass sie selektieren, Fakten aussortieren oder in einen Meinungstenor einfärben:

»[...] es ist eigentlich unlogisch, wenn ich das sage, aber ein direktes Misstrauen, dass die mich falsch informieren, habe ich nicht. Sie informieren mich schon, aber total gefärbt, tendenziös, Schubladendenken und gefiltert nach deren Ermessen. Lügen, Falschinformationen, seltenst. [...] Den Fehler machen die nicht mehr oder kaum noch, zumindest nach meinem Empfinden. Aber die filtern das, die bringen den Kram, den die für schrecklich wichtig halten.« (T42)

»Pegida, damals, Dresden. Was haben sie gesagt: ›Lügenpresse‹. Das war vielleicht nicht richtig, aber die lassen viele Sachen weg. Die lügen nicht, in diesem Sinne, eine *Tagesschau* nicht oder das *heute-journal*, aber die lassen Fakten weg. Da kann man darüber reden, was das dann ist. Volksverdummung? Oder was ist es?« (T10)

»Ich finde auch schlimm, wenn man sich hinstellt und brüllt ›Lügenpresse‹, habe ich auch ein Problem damit. Aber man kann ja die Menschen teilweise

verstehen. Man kann sie ja inhaltlich, und das ist schlimm, sogar verstehen. [...] Also was willst du da sagen, es ist keine Lügenpresse, natürlich lügen die nicht. Aber sie lassen eben alles weg, was ihnen nicht gefällt oder was da nicht gerade in die Meinungen reinpasst.« (T23)

Bei einem genaueren Blick in die 34 Interviews zeigt sich, dass diese Kritik am häufigsten in Zusammenhang mit Berichterstattung über die Corona-Pandemie (15-mal), die Ukraine und Russland (13-mal) und den Komplex Migration/Flucht/Asyl/Pegida (4-mal) angebracht wurde. Kritisiert wurde etwa, dass »alle Pegida-Menschen oder alle Corona-Gegner oder Demonstranten [...] ja eher negativ dargestellt« würden (T46) und dass Informationen über Nebenwirkungen von Corona-Impfstoffen »unter den Teppich gekehrt« worden seien (T45). Im Fall Ukraine/Russland werde ein märchenartiges Gut-Böse-Bild gezeichnet, die Zustimmung der Deutschen für Waffenlieferungen übertrieben dargestellt oder die Vorgeschichte von Russlands Angriff nicht erzählt:

»Wenn dann irgendwie noch in einer Diskussion auftaucht: ›Wir müssten doch mindestens bei der Krim anfangen zu gucken oder bei dieser Maidan-Revolution oder wie auch immer.‹ Und dann wird gesagt: ›Nein, das müssen wir nicht mit beleuchten.‹ Dann denke ich: ›Was wollt ihr *denn* beleuchten?‹ Bei anderen Sachen, wenn es zum Beispiel um Israel geht, da wird unsere Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg immer hervorgeholt. Dann müsste man doch jetzt unsere Schuld gegenüber Russland auch mal hervorholen. Das ist noch etwas, was mich richtig aufregt, dieses Messen mit zweierlei Maß. Wenn es passt, dann messe ich ganz genau. Und wenn es mir nicht passt, dann lasse ich das.« (T09)

Dieselbe Person hat entsprechend den Verdacht, dass Absicht dahintersteht: »Und ich fühle mich, als ob man mich lenken möchte, indem man nur die Teile präsentiert, die gar keine anderen Schlüsse zulassen« (T09).

In vier Interviews wurde auf ähnliche Art die Klima-Berichterstattung kritisiert. Eine Person sagte:

»[...] also das Klima kommt schon vor, aber auch nur in einer monokausalen Beurteilung, festgefahren bis zum Gehnichtmehr und überhaupt nicht offen für all das, was es noch an Wissen daran ringsum gibt.« (T25)

Eine weitere Person, die oft Leserbriefe schreibt, bemängelte ähnlich: »Also wenn man über Klimawandel keine linientreuen Meinungen vertritt, dann kommt es überhaupt nicht. Überhaupt nicht. Das braucht man gar nicht einzuschicken« (T49). Eine dritte, für die die Grünen der »politische Feind« sind, forderte von der »seriösen Wissenschaftsberichterstattung«, dass sie »gegen alle scheinbaren Widerstände« auch einmal fragt, was »denn der Klimawandel eigentlich auch für Chancen« mit sich bringe (T18). Und eine vierte bemängelte Recherchedefizite »bei den wichtigen Themen – Pandemie, Ukraine-Krise, Klimawandel«; sie sehe da »nicht mehr so viele leuchtende Beispiele an investigativen Journalisten. Und die, die ich kenne, die gehen alle zu den alternativen Medien« (T09).

Als nicht neutral wurde die Israel-Berichterstattung von einer Person beurteilt, die persönliche Kontakte im Land angibt:

»Und wenn ich dann höre, erlebe und sehe, wie die etablierten Medien ARD, ZDF – ZDF ganz besonders – tendenziell [gemeint ist wohl tendenziös, Anm. d. Aut.] berichten über Israel, dann ist bei mir jegliches Vertrauen weg. [...] Bei jeder Nachricht, die über Israel kommt, sind die Palästinenser die Guten und die Israelis die Schlechten. Es gibt nie eine Nachricht, wo das mal umgedreht ist. Aber die tatsächliche Situation vor Ort wird mir von Leuten aus Israel ein bisschen anders dargestellt.« (T34)

Während in sozialen Medien der Lügenpresse-Vorwurf oft mit »links« oder »links-grün« attribuiert wird, nahmen unsere Befragten eher selten Links- oder Rechts-Charakterisierungen vor. Während eine Person kritisierte, dass deutsche Medien im US-Präsidentenwahlkampf 2016 gegen den »links außen« stehenden Kandidaten Bernie Sanders »gehetzt« hätten, weil der im Erfolgsfall eine »links-soziale Politik mit guten Sozialleistungen gemacht« hätte (T52), bescheinigten sechs Interviewte den Medien eine linke Schlagseite. Die Medien berichteten

»[...] einseitig, von der Mitte bis links. Nicht ausgewogen. [...] Ich habe nichts gegen links. Ein Linker soll seine Dinge verteidigen. Aber ich möchte objektiv informiert werden.« (T08)

»Man findet es wieder, dass die Medien eigentlich sehr links geprägt sind und Dinge, wie zum Beispiel ein großes Übermaß an Flüchtlingsströmen,

die gerade über uns kommen – diese Themen, die die Leute hier gerade in der Region, in der ich wohne, sehr verunsichern, die finden keinen Weg in die Medien.« (T39)

»Die vorgefertigte, linkssozialistische Meinung – und ich bin ganz bestimmt auch ein sehr linksliberaler Mensch –, aber das, was hier an vorgefertigter Meinung kommt, das wollen die Leute nicht. Das verstehen die nicht. Das glaube ich.« (T23)

»Die Medien manipulieren die Öffentlichkeit, aus meiner Sicht sehr links-liberal, und werden teilweise missbraucht.« (T34)

Eine interviewte Person beobachtete, dass Journalistinnen und Journalisten »von Natur aus sehr, sehr links« bzw. auf dem »sozialistischen« Pfad unterwegs seien und in Interviews konservative Gesprächspartnerinnen und -partner kritischer angingen als progressive:

»Wenn zum Beispiel ein Sender X zum Beispiel einen CDU-Politiker interviewt, dann wird der teilweise richtig angegriffen. Und wenn der aus der SPD ist oder gar jetzt gerade von den Grünen ist, dann wird der schon richtig hofiert. Und da merkt man richtig, das sind die besten Freunde, die gehen gleich eine Runde Kaffeetrinken [...].« (T03)

Jemand anderes bescheinigte den Medien »generell einen Touch [...] in Richtung rot-grün, also linksstehend«, und führte dies zurück auf »die ganzen alten 68er [...], die dann in die Medienbranche sind, und die Leute sind dann in den oberen Etagen gelandet« (T18).

Fehlende Themen/Repräsentationslücken

Direkt nach dem Vorwurf der Einseitigkeit steht auf Platz 2 im Ranking der Tendenz-Kritik die Beobachtung, Medien würden die Realität ungenügend abbilden bzw. wichtige Dinge nicht thematisieren (29 Befragte). Zuweilen – wie bei Kritik an Ukraine- und Corona-Berichterstattung – hing der Vorwurf der Einseitigkeit direkt zusammen mit dem Vorwurf, über die »zweite« oder »andere« Seite werde eben nicht (genügend) berichtet. Die Bandbreite der als fehlend wahrgenommenen Themen oder Themenaspekte

ist jedoch groß und es sind keine Top-Themen festzustellen, die von auffällig vielen Personen übereinstimmend vermisst wurden.

Im Themenfeld Corona sahen drei Befragte blinde Flecken. Eine Person vermisste in den Medien »Corona-Aufarbeitungsmaßnahmen«: Man mache zwar kleinere Zugeständnisse, »[a]ber man klopft sich auf die Schultern, im Grunde genommen haben wir eigentlich alles richtig gemacht« (T49). Eine Person, die von der »sogenannten Pandemie« sprach und bezweifelt, »dass es diese Gefahr in dem Maße gab«, bemängelte das Fehlen der Frage »Haben wir überhaupt eine Pandemie?« (T57). Eine dritte Person zählte gleich mehrere aus ihrer Sicht verschwiegene Themenaspekte auf: Über Corona-Hilfen für Unternehmen werde groß berichtet, aber es werde »nicht publik gemacht«, dass »viele Betriebe [...] die Unterstützung plötzlich zurückzahlen mussten«. Über die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern durch Schulschließungen und die Zusatzbelastung des Lehrpersonals »mit gesundheitsdienstlichen Aufgaben« werde nicht geredet. Über Ausschreitungen auf Corona-Demos – »natürlich ohne Maske, ohne Abstand und ohne Einhaltung der gesetzlichen Regelungen« – werde kritisch berichtet, aber verschwiegen, dass diese nur passieren würden, weil die Teilnehmenden von der Polizei »eingekesselt werden, bedrängt werden, mit Ordnungswidrigkeiten belegt werden« (T54). Auch beim Thema Bedrohungen von Politikerinnen und Politikern sieht diese Person einen blinden Fleck:

»Es ist ja zum Beispiel auch so gewesen – vor nicht allzu langer Zeit ging das ja auch durch die Medien – dass der Herr Kretschmer [der sächsische Ministerpräsident, Anm. d. Aut.] bedroht wurde, bis hin zu Todesdrohungen, was weiß ich. Ich meine, ich habe nichts gegen Herrn Kretschmer. Ich habe auch bisher nichts mit ihm zu tun gehabt, aber ich überlege mir dann, wie viele Tausende – jetzt sage ich Tausende – Zehntausende Leute hat er an den Rand der Existenz gebracht? Dass dann da ein paar dabei sind, die ihm auch ans Leder wollen. Das muss er dann aber auch reflektieren. Das wird in den Medien auch nicht gesagt.« (T54)

Zwei andere Befragte kritisierten Nichtberichterstattung über weitere Aspekte von Demonstrationen. Wenn zum Beispiel in Dresden eine Demo mit Tausenden Leuten stattfindet, seien ja nicht alle aus Dresden: »[...] die kommen aus allen Teilen von Deutschland, es gibt ja diesen Demo-Tourismus. Der wird in den Medien nicht abgebildet« (T16). Auch hätten friedliche De-

mos keine Chance auf Berichterstattung – man müsse schon »eine Flasche zerdonnern«, um wahrgenommen zu werden:

»Wenn es irgendwo eine Demo gibt oder eine Aktion für das Positive, wo sich alle benommen haben, wird das in den Medien gar nicht abgebildet. Es wird immer nur das Große, Reißerische abgebildet, sodass man das Gefühl hat, anderes findet gar nicht statt.« (T16)

Bei Pegida-Demonstrationen sei nicht darüber berichtet worden, wie viele friedliche Teilnehmende es gab, und: »Bei dem G7 Treffen in Hamburg, 2000 oder so, wann das war [gemeint ist wohl der G20-Gipfel 2017, Anm. d. Aut.], da wurde auch nicht darüber berichtet, dass es dort so ein großes Kunst-Projekt von 1.000 Künstlern gab« (T25). Dieselbe Person beklagte auch, medial fehlten

»die Dinge, die uns Leben ermöglichen, die lebensbejahenden Dinge, also was für Netzwerke entstehen, was für Menschen auf das Land gehen, wieder Selbstversorgung, also da gibt es ja Unmengen an Projekten mittlerweile, was alles angeschoben wird, das Baumpflanzen ›Trees for Planet‹ oder da gibt es so viele Organisationen, wo Kinder auch aktiv werden und auch Rechtsanwälte, die Ärzte für freie Impfentscheidung und lauter solche Sachen, also ganz, ganz viel. Das wird nicht benannt in den Medien. Jedenfalls habe ich es noch nie gefunden.« (T25)

An einer Baumpflanzaktion machte jemand auch Kritik an ungenügender Repräsentation von Wirklichkeit fest. Die örtliche Regionalzeitung habe berichtet, wie (männliche) Honoratioren die ersten vier Bäume setzten:

»Aber der eigentliche Akt, dass nämlich mehrere Tausend Bäume durch Bevölkerung, durch Kinder oder sonst irgendetwas gesetzt werden, das wurde nicht reflektiert. Also dieser Beteiligungsprozess, den wir ja brauchen, wie Menschen mitgenommen werden, das würde ich mir manchmal noch mehr wünschen.« (T26)

Dieselbe Person kritisierte, es seien »ja meistens Männer, die in der Zeitung abgebildet werden«, und anscheinend würden »nur noch Männer irgendetwas machen«. Eine Marginalisierung von Frauen beklagte auch eine andere Interviewte, die sagte,

»dass ich mich als junge Frau in dieser Welt zu wenig repräsentiert fühle und auch zu wenig Frauenvorbilder vorhanden sind. Also für mich ist die Welt sehr, sehr männlich dominiert. Und das spiegelt sich in den Medien tatsächlich auch nach wie vor wider. [...] Das sind häufig Männer, über die da berichtet wird, weil in den Gremien oder in Regierungen, in der Politik, in Verbänden, in Unternehmen immer noch mehr Männer in Spitzenpositionen sitzen.« (T19)

Drei Interviewte bemängelten blinde Flecken in der Ukraine-Berichterstattung, diese beträfen die Vorgeschichte des Krieges (T09, s. obiges Zitat), rechtsradikale Akteure in der Ukraine oder die Unterdrückung der russischen Sprache. In einem Interview wurde folgendes Fazit gefasst: »So, und dieses einseitige Schlagen auf die Seite der Ukraine, die haben auch Dreck am Stecken und das fehlt mir in diesen Berichterstattungen« (T18).

Ansonsten finden sich in den Interviews noch viele aus Sicht der Interviewten vernachlässigte Themen: die positiven Seiten von China (»ein Land, was gezielt seinen Fortschritt plant und den realisiert«, T41, »immerhin die zweite Wirtschaftskraft«, T10), »die Armut in der Dritten Welt« (T34) oder ein Mangel an Düngemitteln und eine dadurch drohende Nahrungsmittelknappheit. Eine Person kritisierte, dass die Nachrichten hauptsächlich aus Corona, Ukraine-Krieg und Fußball, »wirklich aus diesen drei Blöcken«, bestünden und Vieles vernachlässigt würde: »alles, was mit Bildung zu tun hat«, »Stadtentwicklung«, »Umwelt«, »Breitensport«, Ärztemangel auf dem Land und Personalmangel in der Pflege, vor allem weil »durch diese einrichtungsbezogene Impfpflicht so ein Druck ausgeübt wird« und es laut einer ihr bekannten Pflegerin eine »Hetzjagd« auf ungeimpfte Pflegekräfte gebe (T14).

Während eine Person beklagte, dass sie aus vielen ehemaligen Kriegs- und Krisengebieten nichts mehr erfahre – Libyen nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi, Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein, Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen –, kritisierte umgekehrt eine andere, dass 80 Prozent der Nachrichten von anderen Ländern handeln würden: »Aber im eigenen Land wird alles verpasst« (T32). Nicht genügend thematisiert werde »ein Nationalgefühl« und »dass unser Mittelstand verschwindet«: »[...] wir arbeiten jeden Tag hart und trotzdem rinnt uns das Geld unter den Fingern weg [...]. Und keiner traut sich darüber zu sprechen« (T39).

Eine andere Person hielt die Erderwärmung für unterbelichtet:

»Absolut ist es, glaube ich, das Thema Zukunft in unserem Land oder Zukunft in unserer Welt, was den Klimawandel betrifft. Das finde ich ganz wichtig. Das sollte noch mehr verdeutlicht werden und dann gerne auch heruntergebrochen werden auf die Beispiele, die hier vor Ort stattfinden, damit das vielleicht auch der Letzte, die Letzte versteht, dass auch der Klimawandel hier in meinem kleinen [Ortsname] oder in unserem beschaulichen Sachsen vorhanden ist.« (T19)

Eine weitere Person vermisste Alltagspraktisches und Nutzwertiges in den Medien: Es sollte weniger darüber berichtet werden »mit welchen 13, 14 Politikern [sich] unsere Außenministerin getroffen hat«, denn: »Das ist uns eigentlich ziemlich egal.« Wichtiger »für das einfache Leben« wäre ein Thema wie »Wie wirkt eine Heizungsumstellung?« Es werde »vielleicht der falsche Schwerpunkt gesetzt. Zu viel Formelles, als Inhaltliches, was für den einfachen oder den durchschnittlichen Bürger fürs Leben wichtiger wäre« (T31).

Zwei Interviewte hielten die Inflation und Energiepreise für ungenügend diskutiert. So bemängelte eine Person, es würde als »schrecklich wichtig« dargestellt, »was mich überhaupt nicht interessiert. Das Wesentliche, das wird ignoriert. [...] Aber das Wesentliche, dass hier eine Inflation herrscht wie sonst was, da wird nichts gemacht und nichts getan« (T42). Hier vermischt sich offensichtlich (wie auch in manchen anderen Interviews) Medienkritik mit Kritik an der Politik, die untätig sei. Es folgt jedoch noch eine emotional aufgeladene Medienkritik:

»Nehmen wir mal die Geschichte des Diesel- und Heizölpreises. Ich habe noch nie in einer Zeitung gelesen, dass massenweise Tanker in der Nordsee rumkurven, im Kreis fahren, weil sie nicht entladen werden können. Die Lager in Rotterdam sind rappellvoll. In Duisburg die Lager sind rappellvoll. Die wissen nicht mehr, wohin mit dem Heizöl. Aber was kostet das Zeug? Diesel immer noch an der Tankstelle 1,80 ungefähr, Heizöl immer noch 1,20 ungefähr. Wir werden doch hier verarscht. Entschuldigung, wenn ich das so sage. Warum steht das nicht mal in der Zeitung? Das mit den Tankern, haben Sie das mitbekommen mit den Tankern? Ja, das habe ich mal gelesen, fragen Sie mich nicht mehr wo. Einmal, eine kleine Bemerkung, dass da mehrere Reedereien nicht mehr weiterwissen mit ihren Tankern, die kurven da hin und her. Steht nicht in der Zeitung. [...] Das ist doch ein Witz.« (T42)

Durch die Unterschlagung dieser Information, so der Vorwurf, werde also ein falsches Bild der Lage zu den Energiepreisen gezeichnet (es gebe Überfluss statt Knappheit an Diesel und Heizöl) und die Bevölkerung betrogen – was an die Rede von der »Volksverdummung« (T10, siehe obiges Zitat) erinnert.

Medien geben Meinung vor/Medien belehren und erziehen

20 Interviewte kritisierten ausdrücklich, dass Medien eine Meinung vorgeben würden, Meinungsmache betrieben bzw. Fakten und Meinungen vermischten. Oft wurde dabei implizit, manchmal explizit eine Belehrungs- und Erziehungsabsicht unterstellt, selten die Absicht, Politik zu machen. In manchen Gesprächen war dieser Kritikpunkt eng verbunden mit der oben beschriebenen Wahrnehmung von einseitiger, parteilicher Berichterstattung.

Von einigen Interviewten wurde geäußert, dass sie von den Medien nicht neutral und faktenbasiert informiert werden:

»Die Medien sollen, glaube ich, als Spiegel funktionieren, beziehungsweise als Korrektiv oder als Beobachter. Als Beobachter und vor allen Dingen nicht-wertender Beobachter und als Berichterstatter. Das ist wohl die ursprüngliche Aufgabe der Medien. Aber das ist Geschichte, wie es aussieht, weil ich eben beobachte, dass Artikel vorgeblich über ein Sachthema sprechen und dann aber auf manchmal so üble Art und Weise Meinungsmache sind, dass mir ganz komisch wird.« (T28)

»[E]s ist wirklich so, dass die [...] niemanden eine Meinung bilden lassen, sondern eine Meinung vorgeben. Das sollten sie eigentlich nicht machen, weil man ein Recht auf freie Meinungsbildung hat. [...] Das ist manchmal ganz schön eingeschränkt mittlerweile.« (T50)

»Und dass wir auch immer wieder den Verdacht hatten, Medien sollten eigentlich neutral berichten. Und man hat mittlerweile den Eindruck, Medien können Politiker stürzen oder in Misskredit bringen zumindest. Dass sie sich nicht mehr darauf konzentrieren, neutral zu berichten, sondern sie verlagern sich darauf, fast lenkend zu wirken. Die Bevölkerung zu beeinflussen mit bestimmten Meinungen. Das gefällt uns auch nicht mehr. Das haben wir früher nicht so... Das ist die letzten Jahre zunehmend so geworden. Wo man sagt: Das steht doch den Medien nicht zu.« (T27)

Auch andere Befragte meinten, dass die Neutralitätsnorm früher stärker eingehalten wurde:

»Wo es quasi das Höchste, Erstrebenswerteste ist, also das Berufsethos per se war, über den Dingen zu stehen und Beobachter, Beobachterin zu sein und wiederzugeben, was es zu beobachten gab. Und wo Kommentar drin war, stand Kommentar drüber. Und das hat sich im Verlauf der letzten Jahre nach meiner Beobachtung stark verändert und vermengt.« (T60)

»Das ist, wie nennt man das, nicht mehr klar und faktisch und nüchtern und so und so und so. Oder man sagt nicht: »Der hat das gesagt oder der hat das gesagt«, was man wirklich als Fakt vielleicht noch irgendwo nachvollziehen könnte, sondern es wird sofort... Es kommen eigentlich vorgefertigte Nachrichten. Es werden Meldungen gebracht, wo sozusagen ein Urteil bereits gefällt ist. Der ist böse, der ist gut, zack, fertig. Was sind das für Nachrichten?« (T48)

Das Motiv der Lenkung durch Meinung (siehe obiges Zitat von T27) tauchte mehrmals auf: Eine interviewte Person sprach davon, »dass die Leute bewusster werden, dass Medien die Macht haben zu lenken, Interessen und Meinungen zu lenken« (T61). Eine andere bekomme »immer das Gefühl, wenn man genau hinhört, an leichten Formulierungen und so, das lenkt halt im Kopf in Richtungen, auch wenn es trotzdem sachlich sein soll«, und es sei »immer dieses Gefühl dabei: Es will jetzt schon was vermittelt werden, ein Gefühl, irgendetwas, auch wenn es nur Informationen sind« (T02). Im Zusammenhang mit Corona störte sich jemand an

»der moralischen, belehrenden Art. Ich empfinde jetzt viele Zeitungen oder Medien in der letzten Zeit als belehrend. Ich habe das Gefühl, man will mich belehren und man will mir erzählen, was ich als richtig und als falsch empfinden soll. Und dadurch lässt man aber aus meiner Sicht... verunglimpft man Leute oder lässt auch was weg.« (T53)

Dieselbe Person reflektierte, dass der Medien-Tenor früher wohl nicht neutraler war, aber dass sie selbst sich verändert habe bzw. im Fall Corona erstmals einer Minderheitenposition anhängt:

»Das ist aber auch einfach eine persönliche Sache, die, wenn man selbst plötzlich nicht mehr der Mehrheit angehört, weil man eine Meinung hat, eine Einstellung zu einer Sache, die eher am Rand steht. Erst dann bemerkt man ja, was es bedeutet, wenn die Mehrheit die Deutungshoheit hat und das ist etwas, was ich vorher so in der Stärke gar nicht erlebt habe. Also das ist auch meine eigene Veränderung. Und das ist schon eine Erschütterung, die muss man erst mal wegstecken. Ich finde das gar nicht so einfach. [...] Also, dass ich so den Eindruck habe: Okay, die waren schon immer in so einer moralischen Schiene unterwegs und das war für mich aber okay, nur weil die Themen, die dort..., oder die Anklagen, die kamen, mir recht waren.« (T53)

Der Vorwurf des moralisierend-paternalistischen Tons vor allem in der Corona-Berichterstattung findet sich auch in einem weiteren Gespräch: Die Art sei

»wirklich entweder pädagogisch oder gar aggressiv, arrogant, belehrend. Also in einer Art, wie man mit mündigen Bürgern nicht umgeht. Natürlich kann man eine Definition vom Volk haben, dass man das Volk erziehen muss, weil das Kinder sind. Das hat der Goethe sehr schön beschrieben im ›Egmond‹. [...] Aber ich glaube, es ist nicht aktuell.« (T49)

Ihre Regionalzeitung, so die Person weiter, sei »in den letzten Jahren – vielleicht seit Corona, da muss man auch diese Zäsur wirklich festhalten, leider – schon sehr tendenziös geworden. Genauso die Nachrichten. Da hat man schon den Eindruck, dass man mehr politische Erziehung als Informationen genießen darf.«

Eine weitere Person, die durch die Corona-Maßnahmen politisiert wurde, zeigte sich »schwerst erschüttert« über die Vermischung von Nachricht und Meinung, welche sie auch psychisch beeinträchtigen würde. Sie sei »auf der Suche nach der Wahrheit« und »möchte die Fakten wissen«, doch finde statt Berichterstattung nur »Meinungsmache« vor:

»Und das ist eine Sache, die mich so erschüttert. Ich habe langsam Angst um meinen Geisteszustand, ehrlich gesagt, also um meine psychische Gesundheit. Weil ich nicht mehr genau weiß, wird jetzt über eine Tatsache berichtet? Oder was ist denn das? Da ist so was merkwürdig Diffuses, was ich fast als schleichende Vergiftung bezeichnen würde.« (T28)

Kritik an Meinungsmache in Zusammenhang mit Corona wurde auch in fünf weiteren Gesprächen geübt. Eine Person beschrieb ihre Suche nach neutraler Information sowohl in den etablierten Medien als auch in den Alternativmedien: »Es war alles, von jeder Seite, mit Meinung vergiftet. Und ich wäre gerne an die Fakten rangekommen« (T09). Eine andere, die in ihrer Funktion im Gesundheitswesen häufigen Kontakt zu Medienvertretern und -vertreterinnen hat, schilderte ihre Erfahrung, dass lokale Medien auf das »Dramatische« aus waren und

»Meldungen aus Covid-Krankenhäusern förmlich erpresst wurden, so ungefähr wie: ›Jetzt sagt doch, wie schlimm das ist, jetzt sagt doch schon, wie viele Leute sterben.‹ Aber das war nicht richtig gewesen, weil, auch wenn Covid in manchen Monaten wirklich sehr schlimm war, in Krankenhäusern wird immer gestorben. Bei uns sterben jedes Jahr mindestens 400 Menschen. [...] Und die sterben nicht auf der Palliativstation, die sterben auf allen Stationen. Gestorben wird im Krankenhaus, aber die Leute hatten solche Angst vor Corona. [...] Das werfe ich den Medien vor! Ich werfe es ihnen vor, das war wie Politik. [...] Da haben sich die Medien angemaßt, eine Rolle zu spielen, die sie *nicht* haben. Sie sind *nicht* die Politiker. Sie haben das so herübergebracht.« (T39)

In einem Gespräch wurde Kritik an einem zunehmenden Versuch des Journalismus, »fertige Meinungen zu präsentieren«, mit parteilicher Berichterstattung über gewerkschaftliche Aktionen und Tarifrunden illustriert. Es werde stets davon ausgegangen, dass Forderungen der Arbeitnehmerseite berechtigt seien:

»Es wird berichtet: ›Und die armen Menschen, und das muss ja nun so sein. Und wir haben ja Inflation. Und wie soll das anders gehen?‹ Ich komme aber aus der Wirtschaft. Ich bin Unternehmer, ich bin Steuerberater. Ich betreue ganz viele mittelständische Unternehmen, die hier die Basis bilden dessen, wovon die da reden bei Tarifforderungen. Ich kenne auch die Finanzen von Städten und Gemeinden, zumal es um den öffentlichen Tarif geht. Wo ich einfach nur sage, es wird gar nicht diskutiert, ob hier auch ein Realitätsverlust dahinterstehen könnte, ob hier eine Spirale in Gang gesetzt werden könnte, die für uns zu ganz gravierenden wirtschaftlich negativen Folgen führt. Das wird gar nicht mehr *diskutiert*. Es wird nur: ›Die Gewerkschaft fordert, und das ist in Ordnung, weil das sind arme Menschen.‹« (T23)

Die Person kenne auch die »Nettolöhne von den Leuten«, alle könnten sich Haus, Auto und Urlaub leisten. »Es wird mir eine Meinung präsentiert und nicht ein Bericht. Damit habe ich ein Problem« (T23).

Medien üben moralischen Druck aus (»...dann bist du gleich der Nazi/Querdenker«)

Das Argument, dass durch eine vorherrschende Mainstream-Meinung ein moralischer Druck auf Andersdenkende ausgeübt werde, fand sich in 18 Gesprächen. Man werde bei Kritik an Corona-Maßnahmen oder an der Flüchtlingspolitik »in die rechte Ecke gestellt« (T14, T15), »in eine rechte Ecke geschoben« (T43), »sofort in die AfD-Richtung geschoben« (T39) oder »ins Abseits geschoben« (T21) oder »abgestempelt«:

»Und es gibt sehr viele Themen, wenn Sie versuchen, darüber zu diskutieren, dann sind Sie gleich ein Rechter, dann werden Sie gleich abgestempelt. Und wenn ich so reagiere, ist jede Diskussion von vornherein zum Scheitern verurteilt. Geht gar nicht mehr. Diese Tendenz, wenn mein Gegner irgendwas sagt und dann bist du ein Rechter, das tötet jede Diskussionskultur.« (T42)

»Wenn hier jemand auf die Straße geht, seien es Schwurbler, Linke, Rechte. Wenn in China hundert Mann mit einer Fahne winken, sind es Aktivisten, bei uns sind es Gangster.« (T10)

Von einer »Rechtskeule« statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Argumenten sprach eine Person, die »ungevaxxt« (ungeimpft) sei, »weil ich da meine Bedenken habe«. Sie berichtete von »Stigmatisierung« und »Diskriminierung«. Ihr »Schlüsselerlebnis« habe sie bei einer großen Corona-Demonstration in Leipzig 2020 gehabt:

»Es war sehr friedlich alles und es waren ganz viele Menschen, durch jedes Alter hinweg, durch jede Gesellschaftsschicht. Viele aber denke ich auch Grüne, ehemals Linke oder irgendwie Alt-68er, jedenfalls überhaupt nicht das, was man mit Rechts in Verbindung bringt. Am nächsten Tag stand aber überall in allen Medien: »Das waren Nazis.« Da habe ich mich natürlich selbst auch angegriffen gefühlt.« (T45)

Ähnliches erzählte eine weitere ungeimpfte Person, die sich »einsortiert« fühlt in eine »Querdenker-Richtung«:

»Also es gab mal eine Phase [...], wenn ich da früh den Laptop angeschaltet habe, da musste ich mir jedes Mal durchlesen, was ich für ein schlechter Mensch bin, also wie furchtbar ich bin. »Diese Impfgegner.« Also, und ich bin ja auch einer. Und das haben die auch sehr betrieben, *Die Zeit*. Also dort habe ich das viel gelesen, neben allen anderen Zeitungen auch, *Süddeutsche*, *FAZ* und so. Immer wieder dieses sich wiederholende Ding von: »So darfst du nicht sein, wenn du so bist, bist du falsch.« Und das löst Widerstand aus. Das ist ein ganz normaler Vorgang.« (T53)

Die Person habe »schon immer gesellschaftlich ein bisschen am Rand gestanden, mit allem, was ich tue und denke [...], aber noch nie so im Fokus«. Sie berichtet von emotionalen Verletzungen, als sie »plötzlich die Zielscheibe« wurde:

»Und natürlich kann ich dann nicht sagen: »Toll, super. Ihr habt recht!«, weil es ja gegen mich geht. Also persönlich, es ist einfach sehr persönlich. Und ich finde, dass auch die ganzen Formulierungen sehr persönlich geworden sind. Also das ist schon schmerzhaft. Also immer wieder persönlich angegriffen zu werden, weil man sich nicht so verhält, wie man sich verhalten soll.« (T53)

Den Corona-Diskurs rekapitulierte eine weitere befragte Person so:

»Corona war folgendermaßen: Alle die, die – sagen wir mal eine kritische Meinung hatten oder wie auch immer – »Covidioten«, »Rechte«, »Aluhüte«, »Spinner« [...]. Da sage ich, dort geht für mich doch schon der Spaß los. [...] »Man wird ja wohl noch sagen dürfen«, ist ein Slogan, aber es muss möglich sein, dass wenn wir in einer Diskussion sind, wenn wir jetzt hier zu fünft oder zu sechst sitzen und Sie vertreten eine Meinung: »Das darfst du nicht, das darfst du nicht, das darfst du nicht.« Da bist du ein Nazi, da bist du das und das.« (T18)

Eine andere Person sprach von einer »Hetzjagd«, die auf Menschen mit konträrer Meinung »veranstaltet« werde; statt die Streitfragen auszudiskutieren, »wurde man sofort als Corona-Leugner bezichtigt« und »niedergemacht« (T14).

Zwei weitere Befragte kritisierten die Ausgrenzung von rechten Themen und Parteien aus der öffentlichen Diskussion. Eine Person, die auf einer Corona-Demo mit Reichsbürger-Themen in Berührung kam, vermisste eine öffentliche Debatte der Frage, »ob das Deutsche Reich noch existiert«:

»Das ist doch eine ganz berechtigte Frage. Was ist daran Verschwörung? Warum lässt man das nicht zu? [...] So ist es doch mit vielen Dingen. Da ist man rechtsradikal, nur weil man die Frage stellt. Schrecklich. [...] Für mich kaum zu ertragen. Das wird nicht totgeschwiegen, man wird diffamiert.« (T57)

Eine andere befragte Person erinnerte an den erstmaligen Einzug der AfD in den Bundestag und dass die Partei aus der sogenannten Elefanten-Runde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen »ausgeladen« worden sei mit der Begründung »Das sind Rechtsradikale«:

»Es war ein deutliches Zeichen, wie ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden. In dem Fall war es besonders dramatisch, weil es eine Wahl war. Leute haben denen die Stimme gegeben. Das waren auch gar nicht so wenige. Dann werden nicht nur diese Vertreter ausgegrenzt, sondern auch im Grunde genommen diejenigen, die ihre Stimme für sie in die Wahlurne geschmissen haben. Das kann nicht sein. Das kann gar nicht gehen. Da habe ich gar nicht drüber nachgedacht, und dachte spontan: Was ist denn das? Das kann man doch nicht machen. Was ist denn das für eine Demokratie? Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das ist im Grunde genommen schon eine Vorform von Faschismus. Man grenzt aus. Wenn man das aber sagt, dann bist du sofort voll bekloppt.« (T48)

Hierzu ist anzumerken, dass sich in diesem Fall falsch erinnert wurde: Tatsächlich nahmen an der Elefantenrunde 2017 der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen und an der Runde 2021 die Ko-Vorsitzende Alice Weidel teil.

Manipulation/Propaganda

Aus den beschriebenen Wahrnehmungen folgt fast schon logisch, dass manche Befragte die von ihnen beobachteten Phänomene als Manipulationsversuch und/oder als Propaganda klassifizieren. Häufig wurden entsprechend starke Schlagworte im Zusammenhang mit der Corona-Berichterstattung

verwendet. Eine Person kritisierte, dass Corona-kritische Wissenschaftler »in Talkshows nicht mehr auftauchen« oder anderweitig der Öffentlichkeit unterschlagen würden, mit dem Fazit: »Ich würde das schon fast ekelhaft nennen, so eine Art das zu manipulieren« (T02).

Wenn ein Manipulationsverdacht geäußert wurde, lag dem zuweilen ein sehr breiter Begriff von Manipulation zugrunde:

»Aber wenn jetzt die Politik sagt: Hier, wir müssen jetzt alles dichtmachen. Oder die sagen, erstmal bauen wir einen Weihnachtsmarkt auf, und kurz bevor der Weihnachtsmarkt aufgebaut wird: ›Wir müssen jetzt alles dichtmachen.‹ Da ist schon irgendwo eine Manipulation. Alle freuen sie sich, alle wollen sie Geld verdienen, alle wollen sie shoppen gehen, und auf einmal darf keiner mehr was. Die einen dürfen kein Geld verdienen. Die anderen dürfen das Geld nicht ausgeben. Die müssen wieder zuhause bleiben. Ja, also, das ist ja schon Manipulation hohen Grades. Der eine freut sich, der andere ist sauer.« (T37)

Die interviewte Person versteht dieses »Hin und Her« bzw. das »Dichtmachen« offenbar als Manipulation vonseiten der Politik – und anschließend würden die Medien Teil dieser Manipulation:

»Da wir wahrscheinlich sowieso immer nur Lügen verkauft kriegen, weil die Leute uns dahin haben wollen, wo wir also manipuliert werden. Es wird ja manipuliert. Und da ja die Medien eigentlich nur das recherchieren, kriegst du eigentlich genau das dann, nur ein bisschen anders, geliefert. Weil sie es ja auch noch verkaufen wollen. Weil wenn sie es halt so lasch machen, dann guckt ja nachher keiner mehr Nachrichten. Gucken ja jetzt eh schon so wenige Menschen Nachrichten. Aber dann ist ja die Manipulation nicht da, wo so sein soll. Wir werden manipuliert über Werbung, über Nachrichten und über die Politik.« (T37)

Die befragte Person nimmt offenbar sowohl Werbung als auch Journalismus und Politik als Teil eines größeren Verblendungszusammenhangs wahr, in dem journalistische Redaktionen manipulatives politisches Handeln abbilden und zu einer attraktiven Nachricht aufbereiten, um diese als Ware feilbieten zu können. Deutlich wird der Verdacht, durch konzertiertes Handeln wollten verschiedene Akteure im Elitenmilieu die normalen Bürgerinnen und Bürger zu einem erwünschten Verhalten bringen oder drängen. An anderer Stelle im Interview heißt es:

»Aber heutzutage ist ja auch viel Propaganda dabei. Also Manipulation und Propaganda für Leute, die natürlich auch dahin wollen, wo die anderen Politiker heute sind, und die vielleicht noch mehr vorhaben, mit anderen Sachen. Da muss man halt sowieso ein bisschen vorsichtig sein.« (T37)

Eine interviewte Person machte ebenfalls im Corona-Zusammenhang an der Art der Sprache, die »oft suggerierend« sei, fest, dass Medien »bestimmte Kampagnen zu bestimmten Zeiten« fahren und

»in meiner Wahrnehmung falsche Wirklichkeiten errichten. Und Menschen steuern und an einen Punkt gebracht haben. [...] Und die Methoden der Medien sind zum Teil sehr perfide, weil sie bestimmte Gefühle tenorieren. Es ist sehr manipulativ, zum Teil. Es ist in keinsten Weise mehr eine Berichterstattung und dann kannst du das selbst verstehen, sondern es hilft dir immer jemand bei der Einordnung des Geschehens.« (T44)

Deutlich wird hier, dass einordnende Berichterstattung auch als kommentierend und, zumindest im Corona-Kontext, entmündigend und desorientierend erlebt werden kann.

Eine andere befragte Person, die die damaligen Corona-Maßnahmen stark ablehnte, vergleicht im Zuge des Propaganda-Arguments einen öffentlich-rechtlichen Radiosender mit nationalsozialistischem Hörfunk:

»Wie gesagt, ich habe Geisteswissenschaften studiert und ich habe mich auch mit Medien beschäftigt. Und wenn ich jetzt Radio höre, auch zum Beispiel *MDR Figaro*, was ich früher sehr gerne gehört habe, wenn ich das anmache und es kommen Nachrichten, kriege ich einen Brechreiz, kriege ich von der Propaganda, was da kommt, wirklich ein körperliches Missempfinden, dass ich das ausschalten muss. [...] Das hätte ich nie gedacht, dass es einmal so weit kommt. Ich habe Geschichte ja auch mal unterrichtet und habe die Kinder über die Nazizeit unterrichtet, da gab es die Goebbelsschnauze [Radiogerät als Instrument nationalsozialistischer Propaganda, Anm. d. Aut.], und das könnte man da auch ausmachen.« (T45)

Ohne Bezug zu Corona meinte eine Person, dass sie sich durch den »Propaganda-Ton« und das »Schubladendenken« – »Das ist gut und das ist böse und das müssen wir verurteilen« – in ihrer »Intelligenz wie beleidigt fühle«

(T55). Eine andere sprach von »Manipulationstechniken wie Framing oder solchen Sachen« und sagte:

»Ich habe immer das Gefühl, dass wir nicht das vollständige Bild präsentiert bekommen, sondern halt immer nur einen Teil. Und ich fühle mich, als ob man mich lenken möchte, indem man nur die Teile präsentiert, die gar keine anderen Schlüsse zulassen.« (T09)

Ähnlich kritisierte jemand in einem Gespräch »die Art des Agenda-Settings, des Setzens von Themenschwerpunkten, [das] – auf ich sage mal böswillige Weise – des Volkes Gedanken beeinflusst« (T39). In einem Interview wurde Framing sowie Nachrichtenselektion (auch wenn diese Begriffe nicht fallen) als Manipulation negativ bewertet:

»Es wird nicht unbedingt gelogen, aber ich kann jede Nachricht färben, einiges verstärken, einiges vielleicht ignorieren. Da habe ich nicht gelogen. Aber ich habe trotzdem den anderen, ich möchte fast sagen, manipuliert. Und wenn ich das mitbekomme, dann ist das Vertrauen natürlich hinüber. [...] Nein, die lügen nicht, die lügen fast nicht. Aber durch die Auswahl, durch die Formulierungen, durch das unterschiedliche Setzen der Prioritäten, da wird manipuliert.« (T42)

Zwei Interviewte zeigten sich erschöpft davon, manipuliert zu werden, oder vom Zeitbudget her nicht in der Lage, alle Manipulationen durch Überprüfungsrecherchen zu entlarven:

»Dann müsste man aber schon wieder recherchieren, was von dem ist wirklich nur Propaganda? Dazu fehlt mir einfach die Zeit. Ich habe einen ziemlich anstrengenden Beruf und das dann noch mal nachzurecherchieren und zu schauen, was von dieser Propaganda stimmt wirklich und was nicht, ist eben schwierig.« (T21)

»Energie hat man ja nur begrenzt. Und wenn die Energien einfach entweder in schlechte Sachen gesteckt werden, weil man manipuliert wird, also die Dauer-Manipulation, jetzt kommen wir zu den Medien zurück. Diese Dauer-Manipulation, diese Entkräftung.« (T49)

Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig

Kritik an Einseitigkeiten oder Meinungsmache und sogar Vorwürfe wie Manipulation sowie Propaganda bedeuten noch nicht zwangsläufig, dass den Medien keine Autonomie zugestanden wird – sie können prinzipiell auch aus freien Stücken bestimmte Werte, Weltbilder und Meinungen präferieren bzw. propagieren. 21 Personen aus dem Sample vermuten aber ausdrücklich eine Lenkung oder Steuerung der Medien von außen und sprechen den Redaktionen die Unabhängigkeit mehr oder weniger ab.

»Also der *Freien Presse* misstrauere ich grundsätzlich. Also das ist ein völlig einseitiges, gekauftes Medium, das kann ich ganz klar so definieren.« (T06)

»Wie sagte einst ein großer Herrscher: »Wenn mein Volk sich streitet, streitet es sich nicht mit mir.« Die Medien sind dazu ein wirksames Mittel. Und da brauchen wir nicht reden, die, die die Macht haben in den Medien, die können die entsprechend lenken. Das ist so, da brauchen wir uns nichts vormachen. Wer klar denkend ist, muss sich dessen bewusst sein, dass das schon gesteuert ist.« (T54)

»[A]m Ende werden die auch irgendwo gelenkt. Die können ja auch nicht machen, was sie wollen.« (T15)

Wer genau die steuernden Instanzen sind und über welche Kanäle der Einfluss läuft, darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Häufig ist es »der Staat«, »die Politik« oder »die Regierung«: Eine Person vermutet, »dass die Politik den Medien gewisse Spielregeln vorgibt, und das nicht wenig« (T32). Laut einer anderen sind die Medien »Sprachrohr« der »Bundesregierung« (T52), was vor allem in der Pandemie deutlich geworden sei. In einem Gespräch vermutete man zusätzlich »vorausseilenden Gehorsam« (T49) als Wirkmechanismus, während in zwei anderen Interviews sogar das Bild staatlicher Zensur bei öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen entworfen wird:

»Und da nehmen wir als Beispiel die *Tagesschau*, oder die Öffentlich-Rechtlichen, die sind nun einmal dem Staat unterlegen. Also die können nicht schreiben, was sie wollen. Da wird dann nochmal drüber geguckt.« (T02)

»Manchmal denkt man, dass die Nachrichten, gerade im Fernsehen, nur das bringen, was abgenickt ist von oben. [...] Die werden unterstützt vom Staat. Ich weiß es nicht.« (T50)

Andere Befragte machen als Einflusskanal des Staates die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten aus, in denen unter anderem Politikerinnen und Politiker sitzen und die den Intendanten wählen:

»Es kann keinen freien Journalismus geben in diesen Strukturen. Also wenn die Intendanten von Rundfunksendern durch die Politik bestimmt werden, wie soll das dann noch... Das geht gar nicht. [...] Die Journalisten [...] fühlen sich nicht frei und unabhängig. Sie wissen es ganz genau, ob sie es wissen oder nur spüren, wenn sie hier weiter machen, braucht der Herr Söder nur dort anzurufen und dann ist sie weg vom Fenster, die Dame, die zu hartnäckig nachgefragt hat.« (T48)

»Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen wir doch bloß mal gucken, was passiert ist mit der Kampagne, als die Künstler die Kampagne gemacht haben [gemeint ist die Corona-kritische Videokampagne #AllesaufdenTisch]. Da wo der Vorsitzende, ein Beirat vom ZDF, gesagt hat, der bekommt keinen Auftrag mehr. [...] Der ist wieder zurückgerudert, aber da sehe ich, welche Gedanken dahinter sind, wie parteipolitisch das ist. Diese Gremien, die sozusagen in den einzelnen Vorständen sitzen, vom ZDF, von ARD und so weiter, wie das politisch versucht wird, von Politikern irgendwie – ich sage jetzt nicht zu missbrauchen, das wäre schon zu viel – aber zumindest wird es mitbenutzt, beziehungsweise guckt man dort, was dort gemacht wird. Da habe ich Zweifel an der *Unabhängigkeit*.« (T43)

»Ich denke ganz klar, dass die zu nah beieinander sind. Ich hatte, das ist schon eine Weile her, da ging es um die Besetzung des Verwaltungsrates ARD und ZDF. Ich weiß nicht, ob ich es jetzt verwechsle, aber es war dann so, dass, sagen wir jetzt ARD, eher von den Konservativen besetzt ist und ZDF, der Verwaltungsrat eher von links, also SPD und Grüne oder so besetzt ist. Das muss sich dann auch ganz klar in der Ausrichtung des Senders widerspiegeln. Sonst bräuchte es keinen Verwaltungsrat.« (T15)

Mit »Beirat« und »Verwaltungsrat« sind hier offenbar die Rundfunkräte der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten sowie der ZDF-Fernsehrat gemeint. Im Zusammenhang mit privaten Medien spricht eine weitere Person über die Eigentümer als Quelle von Einfluss und Medienkonzentration als Problem:

»[Zu DDR-Zeiten] wusste man aber, es war ja von der Partei alles vorgegeben. Jetzt tut man so, als wenn das nicht mehr so wäre. Aber es ist genau das gleiche. Es ist vorgegeben, nur eben jetzt vom Kapital. [...] Und die, die das Geld haben, die machen das auch. [...] Wer besitzt denn die Zeitungen? Wer besitzt denn die Fernsehsender, kann man ja nachschauen. Und dann stellt man fest: Ach, das sind ja immer die Gleichen.« (T21)

In dieselbe Richtung geht ein Argument aus einem anderen Interview:

»Dann habe ich mich informiert, wem hier was gehört in diesem Land. Welche Verlagshäuser kontrollieren oder besitzen welche Publikationen. Zum Beispiel das Redaktionsnetzwerk Deutschland, was zum großen Teil der SPD gehört, bestimmt hier den Inhalt sämtlicher deutscher Regionalzeitungen sozusagen. [...] Da habe ich wenig Vertrauen.« (T44)

Eine weitere Person vermutet homogenisierenden Druck aus der Chefredaktion auf die Redaktion: »Der Chefredakteur, wenn der links eingestellt ist und Scholz toll findet, dann wird er darauf achten, streng, dass also nur noch die Artikel veröffentlicht werden und die Journalisten in seinem Team sind, die ihm ein ruhiges Leben bescheren« (T23).

Zwei Befragte benutzten das Wort »Gleichschaltung« der Medien mit der Politik bzw. Regierung, meinten dies aber nicht im Sinn eines totalitären Regimes. Erkennbar ist in einem Interview, dass damit eine Übernahme von Themenkonjunkturen aus dem politischen Raum gemeint ist:

»Ich sage jetzt mal, vor Corona, da ging es nur um den Klimawandel und CO₂-Einsparungen und so, da war alles voll von Klimawandel. Da hat man das alles vollgemacht, um jetzt von wirklichen Problemen wie zum Beispiel viel zu niedrigen Sozialleistungen abzulenken. Das kommt nur mal ganz kurz in den Medien hoch, wenn es neue Regelsätze gibt oder wie jetzt dieser, in Führungsstrichen, Systemwechsel, von Hartz IV zum Bürgergeld. Dann kommt

das mal kurz rein. Aber dann ist es auch schon wieder weg. [...] Also die Medien, man kann es wirklich sagen, auch wenn es offiziell nicht gesagt wird, die sind mit der Politik gleichgeschaltet.« (T52)

In einem anderen Gespräch wurde angemerkt, dass das nicht so funktioniere, »wie wir das aus der DDR vielleicht kennen, aber ja, letztlich ist es eine Art von Gleichschaltung«. Die Kontrolle laufe »viel subtiler«, nämlich über Geschäftsbeziehungen der Medienhäuser zu Werbekunden:

»Ich stelle mir das vor: Jetzt sitzt man in der Redaktionssitzung, für den *Spiegel* oder für den *Focus*. Und dann sitzen die drin und dann hat jemand eine kritische Meinung und bringt das an und *jetzt* geht es doch schon los. *Jetzt* wird schon überlegt: Wo sind unsere Beziehungen? Zu wem haben wir die? Können wir das machen? ›Wenn wir das herausbringen...och nee. Das Bundesministerium hat jetzt gerade eine große Werbung geschaltet bei uns... da können wir den Artikel doch nicht so herausbringen.‹ Verstehen Sie?« (T57)

Corona-Anzeigen der Bundesregierung machte jemand auch als Einfluss auf die redaktionelle Unabhängigkeit aus, zudem Anzeigen von »Pharmafirmen« sowie Stiftungs-Projektgelder für den *Spiegel*:

»[W]enn ich den *Spiegel* sehe, da fühle ich mich an das *Neue Deutschland* der DDR erinnert. Wo bestimmte Sachen einfach nicht stattfinden. Wir haben ja die Corona-Pandemie jetzt gehabt, [...] und da ist mir die Berichterstattung zu einseitig gewesen, zum Beispiel. Wo ich sage: *Ganze Erfahrungen von Bevölkerungsschichten finden dort nicht statt!* Und dann auf der anderen Seite zu sehen, dass 2,1 Millionen alle drei Jahre reingepulvert werden, von Leuten, die Interesse haben, dass zum Beispiel eine Impfung vorangetrieben wird.« (T43)

Gemeint sind offenbar Projektgelder zum Thema »Globale Gesellschaft«, die *Der Spiegel* bei der Bill & Melinda Gates Foundation beantragt hatte (vgl. *Der Spiegel* 2020) und die wegen des Engagements der Stiftung für weltweit höheren Impfschutz vielen negativ auffielen, die den Corona-Maßnahmen kritisch gegenüberstanden.

Drei weitere Befragte sahen ein anderes Einfallstor für äußere Interessen in den Redaktionen: die Abhängigkeit von dominanten Quellen und PR-Material. Da wurde etwa bezweifelt, dass das in den Medien

»unabhängige Meinungen sind, die da vertreten werden. Also wenn ungeprüft Pressemitteilungen abgedruckt werden, die ja, wo man eigentlich glaubt, dass da ein Journalist nochmal nachschaut, ob das Tatsache so passiert, wie es denn das Ministerium gerade veröffentlicht.« (T06)

Und eine umweltpolitisch aktive Person berichtete von ihren gescheiterten Versuchen, kritische Themen im Lokalteil der Regionalzeitung unterzubringen:

»Da haben wir selbst festgestellt, dass wir unsere Themen, die uns bewegen, in der [alternativen Lokalzeitung] wiederfinden und auch dort selbst einbringen können, mitunter. Während das bei der LVZ so gut wie unmöglich ist. Und da haben wir halt das Gefühl, dass die LVZ sehr nah an den Administrationen, also an den jeweiligen Gemeinde-Administrationen dran ist und auch sehr nach deren Wünschen berichtet. Sobald man irgendwie, ich sage jetzt nicht ›gegen‹, aber doch irgendwie andere Argumente auch mit thematisieren will, ist es ganz schwierig, die auch mal in einer Printversion von der LVZ zu sehen.« (T20)

Sonstige Tendenz-Kritik

Drei Punkte aus den Gesprächen, die ebenfalls einer (mehr oder weniger) politischen Tendenz-Kritik zugerechnet werden können, seien noch erwähnt: 13 Interviewte bemängelten eine *Einheitlichkeit oder Eintönigkeit der Nachrichten*. So heißt es: »Und ja, je diverser der Markt wird durch Internet & Co., desto eintöniger werden aber die Nachrichten« (T06) oder auch: »Was mich genauso stört, ist, ob ich jetzt ZDF angucke oder ARD oder 3sat, es ist alles das Gleiche. Alles ist gleich« (T10). In zwei Interviews wird als ein Grund dafür identifiziert, dass viele Medien dieselben Meldungen von Nachrichtenagenturen benutzen:

»Ich habe das Gefühl, dass die alle von Reuters [Nachrichtenagentur, Anm. d. Aut.] dieselben Informationen, dasselbe, nur ein bisschen anders formuliert bringen. Dann bin ich oft unzufrieden.« (T55)

»Übrigens gibt es noch etwas, was mich sehr ärgert oder stört, es werden ja in der Regel überall als erstes die Agenturmeldungen verbreitet, und dann lese

ich aber in jeder Zeitung den gleichen Artikel, ich höre in jedem Radiosender den gleichen Beitrag. Und wenn bei diesem Beitrag, meiner Meinung nach, die andere Seite fehlt, die fehlt dann aber auch wirklich auf jedem Sender.« (T09)

Mehrere Personen wännen sich beim Konsum etablierter Medien implizit oder ausdrücklich in einer »Blase« und wünschen sich ein Kontrastprogramm, das gleichsam von außen eine ganz andere Perspektive auf das Geschehen hat und bei der Bildung einer eigenständigen Meinung hilft, ähnlich wie das Westfernsehen in der DDR:

»Wobei ich eben manchmal denke – aber da fehlt mir die Zeit –, dass ich gerne Vergleichsmassen haben wollen würde. Weil ich schon [...] denke, man ist in einer Blase. Wenn man zum Beispiel MDR Sachsen im Radio hört und dann abends im MDR nochmal die Nachrichten sieht, das ist, kannst du fast sagen, synchron. Da siehst du: »Hm«. Zu DDR-Zeiten, da hat mein Papa die *Aktuelle Kamera* angeguckt und hinterher *heute* oder die *Tagesschau*. Und da hattest du einen Vergleich.« (T27)

»Dann war es bei uns so, Sachsen, speziell hier im Vogtlandkreis hatten wir die Möglichkeit, im Fernsehen nicht nur die *Aktuelle Kamera* zu schauen, man konnte immer zwei schauen. Das war so. Da hat man sich schon erst einmal ein Bild gemacht. Man konnte 19:30 Uhr die *Aktuelle Kamera* und 20 Uhr *Tagesschau*. Und dann konntest du sagen: »Ok, hm hm.« Da konnte jeder selbst seine Meinung bilden. Das haben wir heute schon gar nicht mehr. Diese zwei Gegenseiten.« (T10)

Dieselbe Person T10 monierte, dass zwar »der Bürger mündig sein soll« und »möglichst wie beim Arzt mehrere Meinungen einholen« soll, aber: »Wie soll ich das hier machen? [...] Den Russensender [gemeint ist RT Deutsch, Anm. d. Aut.] haben sie abgestellt, gibt es nicht mehr. [...] Es gibt nur noch den Einheitsbrei. Wo soll ich mich jetzt, wenn ich nicht über die *Nachdenkseiten* gehe, informieren?« Eine Person dachte über eine andere Alternative nach: »[V]ielleicht müsste man das französische Fernsehen irgendwie gucken können, wenn man es verstehen würde. Oder von anderen Ländern« (T27). Jemand anderes macht dies bereits:

»Mir fällt doch auf, dass deutsche Medien aus meiner Sicht einen Blickwinkel haben, der relativ ähnlich ist. Zum Beispiel, was den Umgang mit Berichten

aus Nachbarländern oder überhaupt Internationalem betrifft. Da fehlen mir durchaus manchmal... Wenn ich mir jetzt ein französischsprachiges Medium anschau, dort habe ich viel mehr Berichte aus Maghreb, aus Afrika et cetera.« (T47)

Ein zuweilen verwandter Kritikpunkt, der in elf Interviews zur Sprache kam, war, dass die *Medien zu unkritisch gegenüber den Mächtigen* seien bzw. *mit dem Strom schwimmen* würden. Mit Bezug zur Hauptsendezeit im Fernsehen wurde etwa bemängelt, dass »da zu wenig Kritik unterwegs« sei (T05). Ähnlich heißt es in anderen Interviews:

»Die sind nicht so, dass sie irgendetwas hinterfragen, sondern nur ganz neutral alles halten. Ich bin kein Querdenker oder so etwas, aber manchmal wünscht man sich schon, dass auch mal mehr Kritik geübt wird.« (T50)

»Man macht sich ja auch seine Vorstellungen und Gedanken. Und dann fällt mir auf oder ich empfinde es so – das war schon früher so und wird auch nicht anders – es wird immer die Fahne nach dem Wind gehängt. Wenn eine Linie drin ist, will jeder mitschwimmen.« (T11)

Eine Person spricht von »Mainstream« und dass es »überhaupt nicht mehr um investigativen Journalismus geht, wo ja auch unterschiedliche Meinungen präsentiert werden« (T45). Zwei Befragte bemängelten, dass bei Polit-Interviews nicht härter nachgefragt werde, bzw. wurde sich ein schärferer Interviewstil gewünscht:

»[I]ch wünsche mir mal einen Reporter, der im Gespräch zu einem Politiker oder zu jemand anderem sagt: ›Falsche Antwort. Würden Sie bitte mal auf meine Frage antworten? Das habe ich doch jetzt gar nicht gefragt!« (T59)

»Warum zum Beispiel fragt ein Journalist nie hartnäckig nach? Die könnten das. Die könnten einen Politiker in so einem Gespräch so lange in die Ecke treiben, bis der Farbe bekennen muss. Das wird aber nicht gemacht.« (T48)

Mit besonders viel Emphase prangerte eine Person »diese Kritiklosigkeit« der Journalistinnen und Journalisten an:

»Es kann passieren was will, die können in Berlin Beschlüsse fassen, blöder geht gar nicht. Jeder Mensch mit ein bisschen gesundem Menschenverstand würde sagen: ›Ist doch klar, das funktioniert nicht.‹ Aber in Berlin, die denken da nicht.« (T42)

Als Beispiel nannte die Person die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und den Plan, das Wahlrecht auf 16 Jahre abzusenken [unseres Wissens hat die Ministerin keinen solchen Plan vorgelegt und ist vermutlich mit Saskia Esken verwechselt worden, die sich 2020 dafür eingesetzt hatte, Anm. d. Aut.]; ihrer Meinung nach müsste dann aber logischerweise auch für die Jugendlichen »das Strafrecht angepasst werden«:

»Kein Journalist hat geschrieben, also in den Zeitungen, die ich zu dem Thema gelesen habe: ›Es kann nicht sein, das Wahlrecht herunterzusetzen, also mehr Rechte zu geben, ohne entsprechende Pflichten anzupassen.‹ Warum sagt das kein Journalist? Wozu sind die Typen überhaupt da? Das frage ich mich manchmal. Da wird keine Kritik geübt. Es wird berichtet, ja. Aber dass die mal schreiben: ›Die hat sie nicht mehr alle.‹ Das kann man doch mal schreiben.« (T42)

Beim *Schwimmen mit dem Strom* wird allerdings nicht nur eine Konformität mit der Regierung oder auch der Nato konstatiert. Befragte stören sich auch an einer unkritischen Haltung gegenüber den Klebe-Aktionen der »Letzten Generation« sowie Greta Thunberg, die gegenüber »Frau Merkel« zu respektlos aufgetreten sei (T11), sowie daran, dass kein Medium fordere, der Polizei bei der Verfolgung von Jugendbanden mehr Rechte zu geben (T42). Es klingt also in einigen Interviews die Wahrnehmung an, der Tenor der Berichterstattung sei zu linksliberal bzw. grün-klimabewegt.

In vier Gesprächen schließlich wurde *Kritik am Gendern und an »Wokeness«* geäußert, also an der Verwendung geschlechtergerechter Sprache und am Engagement gegen rassistische oder sexistische Diskriminierung. Eine Person erzählte: »Und ich schrecke tatsächlich auch regelmäßig zurück, wenn in öffentlich-rechtlichen Sendern gendert wird, in Formen, wo ich sage, das macht sprachlich gar keinen Sinn« (T60). Gemeint sind Formen wie »Forschende«, die schon dann nicht mehr sinnvoll seien, wenn die gemeinten Personen in die Kantine gehen und dann ja »Essende« seien:

»Da macht man zu. Man hängt sich nur noch an dieser einen Formulierung auf. Da mag der Inhalt gut und richtig sein. Aber den bekommt man dann tatsächlich nicht mehr mit, weil man im schlimmsten Fall abschaltet. Und sagt: Nein, das will ich jetzt nicht haben.« (T60)

Denselben Punkt kritisierte auch eine weitere Person (»Aber wenn der Studierende backt, ist er ein Backender, aber er bleibt Student von Beruf.«) und hält das »grammatikalisch« für einen »Fehler«: »So einen Blödsinn sagen die Leute, aber wenn einer heute sagt ›größer wie‹, das wird toleriert. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Die Schuld liegt voll bei diesen Journalisten.« Die deutsche Sprache werde »verhunzt«, und es werde den Leuten

»eingeredet: Du bist ganz böse, wenn du ›Indianer‹ sagst. Wer heute in einer Kneipe ›Zigeunerschnitzel‹ bestellt, ist ein Rechter. Schwachsinn! [...] Man kann es auch übertreiben. Uns werden sprachliche Eskapaden aufs Auge gedrückt, die ich für idiotisch halte. Das ist eine Maßnahme, das kommt nur von Journalisten.« (T42)

Zwei Befragte betonten, dass dies für die Mehrheit irrelevant sei und es gravierendere Dinge gebe, die man diskutieren sollte:

»Und da denke ich immer, haben wir nicht schlimmere Probleme? Also müssen wir uns wirklich daran aufhängen? Und müssen wir wirklich darüber diskutieren, ob jemand Rastalocken trägt oder nicht, oder ob wir ›Indianer‹ sagen oder nicht?« (T39)

Es gebe, so die befragte Person weiter, »[...] manchmal eine falsche Verschiebung, dass Minderheitenthemen zu viel Präsenz gegeben wird und gesagt wird, die würden immer zu kurz kommen, was aber dann dazu führt, dass man sagt: ›Ich kann es bald nicht mehr hören.‹« (T39) Eine Abkürzung wie »LGBTQI« [Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Intersexuell, Anm. d. Aut.] hat man

»wahrscheinlich schon so oft gehört, dass es einem zu den Ohren rauskommt. Und das finde ich schon schlimm. [...] Wir sind auch hier in [sächsische Kleinstadt] sehr liberal, aber das muss man doch nicht auf jeder zweiten Seite lesen.« (T39)

Ganz ähnlich argumentierte eine weitere Person:

»Und diese Genderei, sage ich mal, [ist] seitdem gefühlt der Mittelpunkt unseres Seins [...]. Ja, aber ich sehe die Menschen hier kämpfen. Ich sehe die Unternehmen kämpfen. Die haben ganz andere Probleme.« (T23)

Es interessiere »sich in der Welt keiner fürs Gendern, wirklich niemand«, betont die Person, berichtet allerdings kurz danach von ihrer Tochter, die sich offenbar dafür interessiert:

»Aber wenn ich mir unsere Jüngste anschau, die jetzt im zweiten Studienjahr ist und diese Gruppe von jungen Leuten, die haben ja kaum noch einen Realitätsbezug. Für die ist ja Gendern der Bestandteil des Lebens. Also die sind ja erstmal mit 20 wirklich am Fragen, was sie denn sind, Männlein, Weiblein oder etwas dazwischen. [...] Die reden viel. Aber die denken viel zu viel nach. Und die koppeln sich vom normalen Leben ja total aus.« (T23)

Es ist zu vermuten, dass in diesem Statement ein Konflikt sowohl zwischen Generationen als auch zwischen Milieus bzw. weltanschaulichen Richtungen hervortritt.

Kommerz-Kritik

Ein zweites größeres Bündel an Kritikpunkten, nach der Kritik an Parteilichkeiten und politischer Tendenziosität, kann mit dem Begriff »Kommerz-Kritik« zusammengefasst werden. Beanstandet werden hier Phänomene, die vor allem wirtschaftliche Ursachen zu haben scheinen.

Sensationalismus/Skandalisierung

In 23 Interviews wurde unangemessene Skandalisierung und Sensationalismus als Grund für Medien-Misstrauen genannt. Darstellungen seien »überspitzt« (T47) und »übertrieben« (T51); »ob das Corona ist, ob das Pegida-Aufmärsche sind, es wird alles so gigantisch umschrieben« (T35); alles werde »ausgeschlachtet bis zum Ultimo« (T10). Medien versuchten, »immer den Skandal rauszukitzeln«, und betrieben »Effekthascherei«, denn »es muss immer irgendwie was los sein, auch wenn vielleicht gerade eigentlich nicht

so viel los ist« (T40). Eine andere Person bringt dasselbe Argument, indem sie Journalismus mit einem spannenden Film vergleicht:

»Weil drastisch verkauft sich schon mal besser, glaube ich. Das war früher schon so. Ja, wenn man da einfach nur eine Zeile liest, »wir erwarten vielleicht in drei Wochen Lockdown«, verkauft sich das vielleicht nicht so gut. Wenn sie schreiben, »ja über 1.500 Neuinfektionen, jetzt überlegt die Politik...« Also wie beim Film, wenn man so Filme sieht, die auf wahren Verbrechen beruhen, die sind natürlich dann so aufgebaut, dass es vielleicht auch noch spannend ist und man weiß ja dann nie, ob es sich so ereignet hat, wie es im Film dargestellt wird oder ob es halt doch schleichender, langsamer, mit weniger Action war. Und hier ist natürlich die Action mit drin, weil die natürlich auch ihre Auflagen haben wollen.« (T37)

Es werde aus kommerziellen Gründen auf die »Tränendrüsen« gedrückt (T15, T51) oder »Panik« bzw. »Angst« gemacht. Eine Person hielt die Corona-Berichterstattung für kommerziell getrieben:

»Tagesblätter werden kaum noch gelesen, die Zahlen gehen zurück, zurück, zurück. Also müssen sie Krawall machen. Corona kam denen echt zupasse. Die Corona-Berichterstattung, das war doch Angstmake, Panikmake der Endstufe. Man muss den Virus wirklich ernst nehmen, der Virus ist da, das ist ein neuer Virus, und es ist eine Art neue Seuche und auf die muss man wirklich aufpassen, alles klar. Aber das war ja schon Panikmake der Endstufe.« (T03)

Eine weitere Person erzählte, wie vor allem ihrer alten Mutter die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg, Corona-Wellen oder die Inflation Angst mache:

»Wenn dann jeden Tag drinsteht, die Heizkosten steigen, der Strom wird abgestellt, die Heizung wird abgestellt. Dann sitzt sie da. Ich sage: »Ach, Mutti!«. Das muss man doch rankommen lassen, man muss das nicht jeden Tag, würde ich jetzt sagen, so breit ausbauen. [...] Man muss jetzt nicht schon Angst schüren, was im Herbst ist. Was kommt, das kommt, das können wir sowieso nicht ändern.« (T51)

Einige Male wurden »reißerische Schlagzeilen« (T46) kritisiert, die vom Text des jeweiligen Artikels nicht gedeckt seien:

»Aber was diese Verantwortung in Richtung ›Formulierungen‹ angeht, also, dass ich der Schlagzeile wegen sozusagen alles aufgebe, und den Eindruck habe ich schon [...]: Hauptsache die Schlagzeile stimmt. Manchmal steht sogar im Bericht oder im Artikel selbst dann etwas Relativierendes. Aber die Schlagzeile ist schon so schmerzhaft, so, dass man denkt: ›Das geht doch nicht, du kannst doch nicht...‹, dass da eine Form von Menschenverachtung teilweise transportiert wird und das völlig unreflektiert.« (T53)

»Es ist auch oft so, dass selbst in den *Dresdner Neuesten Nachrichten* eine Überschrift prangt und ich denke: ›Hä? Was ist denn jetzt? Das kann ja nicht sein.‹ Dann lese ich den Artikel und im Artikel relativiert sich das alles. Dann wird eigentlich der Überschrift widersprochen.« (T16)

»Es gibt die Medien, die mit der Überschrift etwas prophezeien, die auch die Klicks brauchen, wenn es Online-Medien sind und eine Überschrift machen, die einfach reißerisch klingt und wo dann nur heiße Luft dahinter ist, die würde ich jetzt mal in die unterste Ecke stellen.« (T14)

In diesem Zusammenhang wird am häufigsten (von zehn Befragten) die *Bild*-Zeitung negativ genannt. Sie sei »schreierisch aufgemacht« (T60) und »die Massen [werden] aufgepusht« (T59). Man würde »keine *Bild* lesen – zu platt« und lobte dafür den *Spiegel* und die *Süddeutsche Zeitung*, die unter den Schlagzeilen noch Unterzeilen hätten, die »sind so lang, dass man schon von mehreren Seiten nachdenken muss, was da so drinsteht« (T07). Ähnlich meinte jemand, dass man »die *Bild* generell meide« und versuche,

»bewusst Sachen zu lesen, von denen ich denke, das hat auch eine inhaltliche Schwere oder Wichtigkeit und Vertrauen einfach auch, was ich jetzt bei der *Bild* irgendwie nicht habe. [...] Ich weiß nicht, da wissen Sie wahrscheinlich besser den Unterschied zwischen *Spiegel*, *Zeit* und *Bild*, wo das herkommt, aber vom Gefühl her fühle ich mich mehr zu den anderen hingezogen, weil es für mich einfach fundierter rüberkommt. Das ist nicht so Skandal-lastig, sondern hat irgendwie mehr Tiefgang.« (T20)

Auch einige andere Interviewte betonten einen Gegensatz zwischen Boulevardmedien und seriösen Medien oder aber zwischen privaten und öffent-

lich-rechtlichen Medien, wobei sie dann den Erstgenannten jeweils mehr Grund zum Misstrauen bescheinigen:

»Journalismus sollte von den Instrumenten und im Prinzip von der Freiheit, von den Gegebenheiten, öffentlich-rechtlich frei sein. Bei den Privaten habe ich den Eindruck, dass sie Medien zum Selbstzweck machen, um Quoten zu machen. So hat man bei *Bild* oder bei RTL oder wie auch immer dann diesen gewissen Drauf-Schlag-Hammer in Richtung Überschriften, Bashing, dass man sagt: »Okay, die muss jetzt übelst krass sein, dass wir soundso viele Klicks oder Quoten und so bekommen.« Das verfälscht die Berichterstattung.« (T58)

»Ich denke, man merkt, ob das so ein Boulevardjournalismus ist, der etwas Reißerisches bringen will, oder ob das seriöse Journalisten sind. Aber ich denke, das liegt auch daran, wie die bezahlt werden oder wie ihre Anstellung ist. Ob die für etwas Reißerisches Geld kriegen oder ob gesagt wird: »Die Stelle ist da, versucht so gut wie möglich zu recherchieren, ihr kriegt das Geld, auch wenn ein Ergebnis herauskommt, das nicht besonders populär ist.« (T16)

Vereinzelte wurde nicht nur die *Bild*-Zeitung mit Effekthascherei in Verbindung gebracht, sondern auch die *Morgenpost* (eine Boulevardzeitung in Dresden und Chemnitz), der *Spiegel*, RTL, die *Sächsische Zeitung* und die *Dresdner Neueste Nachrichten*. Selbst öffentlich-rechtliche Sender, so eine Person, gingen »in die Falle [...] der Boulevard-Berichterstattung, teilweise« (T18).

Kommerzialisierung der Berichterstattung

Wie schon angeklungen ist, werden für reißerische Überschriften und emotionalisierende Berichterstattung wirtschaftliche Hintergründe des Mediensystems verantwortlich gemacht. In 15 Interviews wurden entsprechende Kommerzialisierungstendenzen, ökonomische Zwänge bzw. Konkurrenzdruck angesprochen: So beklagte jemand »Kommerz bis zum Gehnichts mehr« (T38), andere Personen erwähnten »diese enorme Verwirtschaftlichung auch des Journalismus«, die »überhaupt keine Möglichkeit für Journalisten« lasse, »selbst investigativ etwas zu tun« (T45), oder glaubten, »wenn die Privaten diesen Druck nicht hätten, diesen wirtschaftlichen Druck, wäre auch die Medienberichterstattung anders« (T58). Teilweise wurde dieser Aspekt ausdrücklich mit dem Thema Vertrauen verknüpft,

weil wirtschaftlicher Druck der Verlässlichkeit, Wahrheit, Unabhängigkeit oder Neutralität abträglich sei:

»Also ich würde schon sagen, für mich wiegt die Abhängigkeit davon, dass die meisten Medien Profit machen müssen, das wiegt für mich schwerer als die Verquickung mit der Politik.« (T09)

»Und man muss ja von News leben. Das ist eben jeden Tag irgendein Aufmacher, den man braucht, damit die Menschen natürlich auch die Zeitung kaufen. Da ist ein anderer Gedanke manchmal dahinter, während ich vielleicht eben wahrheitsliebend irgendetwas abbilden würde, ist natürlich so ein Verkaufsprozess dahinter. Kriege ich die Zeitung auch am nächsten Tag irgendwie los?« (T26)

»Und Journalismus besteht ja, meiner Ansicht nach, nur noch aus Geldverdienen. Deshalb wird ja auch, meiner Ansicht nach, das immer wieder in eine Richtung manipuliert, damit das absetzbar ist. [...] Und deshalb habe ich auch so starke Bedenken. Überall dort, wo das Kapital eindringt, ist diese Verlässlichkeit eben nicht mehr da, ist das Vertrauen nicht mehr da.« (T21)

Eine interviewte Person, die direkte Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten gesammelt hat, bemängelte, dass aus kommerziellen Gründen »bei Politik zum Beispiel [...] eigentlich grundsätzlich erst mal alles schlecht« sei und »auch immer so ein bisschen in die korrupte Richtung geschoben« werde. Fragen auf Pressekonferenzen würden gestellt mit der Absicht, eine spektakuläre Headline zu produzieren:

»Aber diese Fragen gehen dann halt schon in so eine Richtung, wo man halt weiß: Ah, der will halt in diese... Ja, der will halt diese Schlagzeile rausholen, sozusagen, und irgendwie rauskitzeln. Und das ist für mich... [atmet hörbar aus] Ja... Wenn man eben da auch wieder zum Vertrauen zurückkommt, das ist für mich nicht neutral. Also Neutralität ist halt wichtig. Und die fehlt mir dann in dem Zusammenhang.« (T40)

Oberflächlichkeit/Verknappung

Elf Interviewte kritisierten eine Oberflächlichkeit bzw. Verknappung der journalistischen Inhalte, die auf kommerzielle Zwänge, Boulevardisierung oder Zeitknappheit bei der Recherche zurückgeführt wurde. Objekte der Kritik waren manchmal die Regionalzeitung, manchmal private Sender und manchmal auch Öffentlich-Rechtliche.

»Also, der *Freien Presse* vertraue ich jetzt nun nicht hundertprozentig, auf gar keinen Fall. Das ist mir oft zu oberflächlich, zu wenig oder auch ein bisschen zu tendenziell [gemeint ist tendenziös, Anm. d. Aut.].« (T05)

»[I]ch sage das jetzt mal ganz böse, das ist vielleicht arrogant, aber mir ist das zu flach. Mir ist das zu oberflächlich. Also wenn ich die privaten Sender habe, wo ich dann sage: ›Oh, nee, bitte nicht.‹ Es ist aber auch, wenn ich MDR jetzt selbst nehme, ist mir zu stark Boulevard-orientiert.« (T35)

»[M]anche Sachen sind so kompliziert – das Leben ist nun mal komplex und kompliziert – und der Bevölkerung muss etwas verkauft werden, was einfach ist. Und dann macht man es einfach. Sachen, die kompliziert sind... Man will die Leute ja nicht verunsichern. Aber das ist natürlich falsch, weil, wenn man auf der anderen Seite sagt: ›Das ist ein mündiger Bürger‹, dann muss man ihm eben auch zugestehen, sich eine Meinung zu bilden.« (T41)

Einige Befragte drückten indirekt eine politische Tendenz-Kritik (zu den Themen Corona oder Ukraine) als Kritik an Oberflächlichkeit aus, durch die eben wichtige Informationen fehlen würden. So gab eine Person an, »sehr unzufrieden mit der Corona-Berichterstattung« zu sein, und erzählte:

»[I]ch habe das Gefühl, wenn ich mich mit einer Sache beschäftige, mich da hineinknie und versuche, mir einen Überblick zu verschaffen, und lese dann das, was in der Zeitung darüber steht, habe ich den Eindruck, da fehlt etwas, die beschäftigen sich nicht ausreichend damit. [...] [H]äufig wird nicht auf den Kern der Sache eingegangen, nicht umfangreich und sachlich berichtet, sondern sehr oberflächlich. Dass die Tendenz oftmals dahin geht: ›Das musst du jetzt glauben, und so ist es und der Wissenschaftler X oder Y hat das gesagt und Punkt.‹« (T33)

Neben Corona, so die Person weiter, betreffe dieser Eindruck auch Themen, in die sie aufgrund früherer beruflicher Tätigkeit in einem Museum näheren Einblick hatte:

»[I]mmer wenn ich genau wusste, wovon ich rede oder weil ich es selbst miterlebt habe – jetzt im kleineren Maßstab, irgendeine Museumsgeschichte oder was auch immer – und dann die Berichterstattung darüber gelesen habe und feststellen musste, wie weit, oder wie sehr weit das von der Wirklichkeit entfernt war, wie oberflächlich und wie ungenau das alles ist.« (T33)

Dass eigene Fach-Expertise in bestimmten Feldern sie die Fehler in verknappter Berichterstattung über diese Themen erkennen lässt, reklamierten vier weitere Befragte für sich. Ein Interview nahm beispielsweise Bezug auf einen Eigentumsübergang im Lausitzer Bergbau von Vattenfall zur LEAG:

»Und jetzt bringen Sie das mal einem Journalisten bei, was diese Probleme dann nachfolgend sind, weil das hat alles mit Rekultivierung, Sanierung, mit Geld zu tun. Und da ist man manchmal enttäuscht, wenn dann vielleicht nur zehn Sekunden im *Sachsenspiegel* [Sendung im MDR-Fernsehen, Anm. d. Aut.] wieder kommen. Und da kann niemand draußen verstehen, was ich eigentlich wollte, niemand. Das ist mir manchmal, wo so verknappt wird, negativ aufgefallen.« (T26)

Aktualitätsdruck und Beschleunigung der Berichterstattung

In sieben Gesprächen wurde Misstrauen gegen Journalismus mit der zeitlichen Dimension verbunden: Der Aktualitätsdruck sei zu hoch, Medienschaffende hätten zu wenig Zeit zum Recherchieren und würden Informationen zu schnell veröffentlichen.

»Ich möchte als Zeitung immer der Erste sein, der die Informationen hat.« Ich weiß, dass Journalismus so funktioniert. Aber gerade jetzt in dieser Corona-Zeit erwarte ich eigentlich, dass man so lange wartet, bis jetzt eine Ministerpräsidentenkonferenz sagt: »Jetzt kann veröffentlicht werden.« (T35)

Auch eine andere Person wünschte sich eine langsamere Berichterstattung und Kommentierung – mit Blick auf die letzte UN-Klimakonferenz fragte sie: »[D]ie sind noch gar nicht fertig mit Beraten, da wird schon ein Standpunkt dazu gesagt. Ist denn das so richtig?« (T02).

Der Zeitdruck, so wurde in einem anderen Gespräch betont, sei in den Redaktionen das Einfallstor für PR-Inhalte:

»Und ich sehe zum Beispiel, wenn eine Firma oder irgendjemand eine Presseerklärung abgibt oder Pressemitteilung in die Redaktion gibt, dass aus Zeitgründen die Pressemitteilung, sage ich mal, nicht ungefiltert durchgeht, aber weitgehend als gegeben hingenommen wird und die Zeit nicht besteht, die Pressemitteilung zum Beispiel nochmal zu hinterfragen und zu kontrollieren und gegenzurecherchieren. Die Zeit ist einfach nicht da und der Artikel muss raus, weil es muss passieren und es muss sein.« (T43)

Die Beschleunigung führe aber auch zu inhaltlichen Schlagseiten und Parteilichkeiten: So meinte jemand, dass Medien »wahnsinnig schnell auf die Dinge reagieren und natürlich ganz schnell uns mit Mitteilungen, Nachrichten versorgen wollen und dadurch sicherlich manche Dinge auch zu einseitig betrachtet werden« (T07). Es wurde aber auch kritisiert, dass Medien schon aus reinem Zeitdruck politische Statements oder Meinungen ohne ausreichende Prüfung wiedergeben:

»Also ich glaube, wir haben furchtbar hektische, schnelle Medien. Die Politik denkt schon daran, dass die Medien das brauchen, und man könnte ja fast meinen, die sprechen schon so, dass die Medien das nur mitschneiden müssen, dass die auch nicht mehr etwas kürzen oder verlängern. [...] Wahrscheinlich kann ich das morgen in der Zeitung mit einer ähnlichen Überschrift lesen und das ist eine Entwicklung, wo die Medien, finde ich, nicht mehr neutral genug sind. Das ist eigentlich ein Spiegeln der politischen Inhalte. Das wird einfach nur weitergegeben. Die machen dieses Tempo mit. Steigern sich gegenseitig. Die werden immer schneller.« (T39)

»Ich habe manchmal den Eindruck, den Journalisten fehlt vielleicht die Zeit, – ich weiß es nicht, ich kann das nicht beurteilen – bevor sie einen Artikel raus-hauen, dass sie sich wirklich nach allen Seiten absichern. Die nehmen dann von irgendetwas eine Meinung auf.« (T27)

Sonstige Kritik

Zwei Kritikpunkte, die weder explizit politische noch wirtschaftliche Hintergründe haben dürften, seien noch dargestellt: Neun Personen äußerten eine *Themenverdrossenheit*, also eine Übersättigung mit Großthemen wie Corona oder Ukraine:

»Es ist immer wieder das Gleiche. Gerade jetzt mit der Pandemie oder mit dem Krieg. So schlimm, wie es ist, aber irgendwann hat man sich das übergehört. Man hört mal hin: ›Ja, es ist wieder das.‹ Aber wenn es den ganzen Tag läuft, ist es dann zu viel.« (T01)

»Ich fühle mich relativ schnell übersättigt mit Informationen, wenn es einen bestimmten Nachrichtentrend gibt, wo alle draufspringen. [...] Das ist was, wo ich ganz schnell müde werde und wo ich eher zu viel bekomme und mich frage, wo ist denn jetzt noch der Neuigkeitswert ab einer bestimmten Stelle.« (T60)

Eine Person bezeichnete die Dauerbeschallung mit negativen Themen als »Irrsinn«, das sei »zum Teil überfüttert« und sie habe »die Faxen dicke« (T18). Eine solche Übersättigung, so gaben zwei Personen zu Protokoll, führe dann auch zu Nachrichtenvermeidung:

»Wir haben dann wirklich teilweise auch keine Nachrichten mehr angesehen, als Corona war, weil wir gesagt haben: ›Als ob es keine anderen Themen mehr gibt!‹ Die gibt es aber für jeden Menschen, ob Schule, ob Arbeit, was weiß ich. Wenn dann zu sehr dieses eine Thema behandelt wird, das ist nicht gut.« (T27)

»Ich stelle aber fest, dass ich mich in den letzten Wochen und Monaten mehr entferne von Nachrichten, weil ich einfach die Dinge für mich schon gar nicht mehr filtern kann, diese Negativität und diese Eingleisigkeit, diese Einseitigkeit von Berichterstattung belastet mich zunehmend. Ich fange wirklich an, mich aus Nachrichten zurückzuziehen. Ich habe auch festgestellt, dass es vielen Menschen in meiner Umgebung genauso geht. Und ich stelle eine gewisse Aggressivität fest, mit der ich Nachrichten wahrnehme.« (T23)

In sechs Interviews klang an, dass *die Nachrichten zu wenig konstruktiv seien* und man sich positivere Inhalte wünscht. Eine Person bemängelte die destruktive Diskussionskultur in politischen Talkshows:

»Entweder man versucht ein Thema wirklich konstruktiv anzugehen, aber es läuft genauso wie in der Politik. Geht man die Sachen wirklich konstruktiv an oder werden sie einfach nur zerredet beziehungsweise will jeder nur seinen Standpunkt als den richtigen oder wahren bestätigt haben.« (T48)

Eine interviewte Person, der Medienkonsum »nicht guttut«, hielt es für »so ein grundsätzliches Medienproblem, das sind halt vorrangig die negativen Nachrichten. [...] [A]ber positive Nachrichten verkaufen sich halt nicht« (T48). Ähnlich meinte jemand anderes, man »habe oft das Gefühl, es sind Strategien da, um Probleme zu lösen. Aber wir beschäftigen uns nicht mit diesen Strategien.« Medien pickten das heraus, »was Aufmerksamkeit erheischt«, aber mit den »kleinen, langsamen Lösungen [...] gewinnt man halt keinen Blumentopf«. Konkret vermisste die Person ausreichende Berichterstattung über »die Permakultur als Lösungsansatz für unsere [...] Klimawandelprobleme« sowie über »das Thema freie Bildung« (T09). Eine andere, naturverbundene Person mit Interesse an Spiritualität und alternativen Gemeinschaften fände es »fantastisch«, wenn der Journalismus entsprechende zukunftsgerichtete »Visionen einstreut« und eine abendliche Nachrichtensendung die Menschen nicht mit einem »Riesenproblem« (etwa: »die Flüchtlinge an der Grenze, im Winter, dann das ganze Leid«) ins Bett schickt, sondern mit positiven Aspekten (»wie denen geholfen wird, was man machen kann, welche Wirkung das hat«, T25). Ein ehemaliger Stadtrat einer sächsischen Mittelstadt nahm einen Mangel an konstruktiven Berichten zu kommunalen Themen wahr:

»[I]ch schaue auch gerade nach überregionalen Informationen, um Beispiele zu finden, was geht kommunalpolitisch in anderen Regionen Deutschlands? Wo werden bestimmte gute Ideen verwirklicht? Was weiß ich: in Elektromobilität, Digitalisierung von Verwaltung, solche Dinge, Best Practice. Da muss man schon suchen, um dort gute Informationen zu finden.« (T60)

Diese Kritik an zu negativer und zu wenig konstruktiver Berichterstattung sehen wir, wie gesagt, weder als Tendenz- noch als Kommerz-Kritik an. Auch wenn eine Dominanz negativer Themen mitunter wirtschaftliche

Gründe haben kann, stehen wohl eher Fragen des journalistischen Rollenverständnisses und der Routinen und Kriterien der Nachrichtenauswahl in Redaktionen hinter diesem wahrgenommenen Problem.

5.2.5 Ängste vor Schäden durch Journalismus

Wir vermuten, dass hinter Misstrauen bzw. Skepsis oder Ärger bzw. Wut gegenüber etablierten Medien ein anderes Gefühl stehen kann: Angst.²³ Um entsprechenden Ängsten auf die Spur zu kommen, fragten wir relativ direkt, nachdem uns die Gründe für das Ver- oder Misstrauen gegenüber den Medien erzählt wurden: »Haben Sie Befürchtungen, dass die Medien Schaden in unserer Gesellschaft anrichten? Was wären da Ihre Befürchtungen?« Die relativ wenigen Antworten zu dieser Frage insgesamt zeigen, dass viele Befragte keine entsprechenden Sorgen hegten bzw. keine Schäden durch Medien in der Gesellschaft sahen (siehe Tab. 9). Viele nutzten diese Frage auch dazu, allgemein Medienkritik zu üben oder andere Gründe für Misstrauen zu nennen – konkrete Angaben zu Ängsten und befürchteten Schäden liegen uns daher nicht von allen misstrauenden Interviewten vor.

Tab. 9: Ängste vor Schäden durch Medien

Code	Anzahl
Gesellschaftliche Spaltung/Polarisierung/Radikalisierung	18
Etablierte Medien erreichen viele nicht mehr	10
Psychische Belastung/Druck/Gewalt	9
Keine (oder keine großen) Gefahren	9
Menschen können sich keine eigene Meinung bilden	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

23 So hatten etwa in der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen die »Medienzyniker«, auch wenn sie wirtschaftlich nicht schlechter gestellt waren als die »Medienfans«, größere Angst vor einer künftigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (vgl. Jakob et al. 2017: 127). Generell ist die Gefühlsverschiebung zur Vermeidung schwer aushaltbarer Gefühle wie Angst, Ohnmacht oder Trauer ein verbreiteter Abwehr- und Schutzmechanismus des Menschen; in der Literatur wird auch vom »Deckgefühl« gesprochen, welches das (noch schmerzhaftere) Ursprungsgefühl zudeckt (vgl. Geuter 2019: 174).

Gesellschaftliche Spaltung/Polarisierung/Radikalisierung

Am häufigsten genannt wurde die Sorge, dass die Medien durch einseitige Berichterstattung bzw. durch eine Diffamierung abweichender Meinungen (v.a. zu Corona, genannt wurden aber auch der Klimawandel und Rassismus) zu einer gesellschaftlichen Spaltung bzw. Polarisierung beitragen:

»Dass die Polarisierung in der Bevölkerung zunimmt. Wenn die sich dort nicht wiederfinden oder die Themen nicht ernst genug genommen werden. Gerade jetzt im Erzgebirge sind alle ein bisschen sehr konservativ und da denke ich, dass die dann noch sensibler darauf reagieren, wenn jetzt zum Beispiel über Demonstrationen berichtet wird und das auch sehr einseitig. Und die das Gefühl haben, sie werden in die rechte Ecke gestellt, obwohl sie nur ihrem Ärger Luft machen wollten.« (T15)

»Aber überall an den ganzen Bruchstellen verlieren wir ja Menschen mit einer demokratischen Grundeinstellung. Die verlieren wir. Die werden zunehmend in ihrem Denken diktatorisch. Die sagen: »Hauptsache etwas anderes. Ein Starker muss her, der Besen muss kehren.« [...] Da müssen wir Angst davor haben. In dieses Loch hauen Medien rein und verstehen gar nicht, welche fundamentale, grundlegende Rolle ihnen zukommt. Durch ehrliche Berichterstattung, *alle* Seiten beleuchten und die Menschen selbst denken lassen.« (T23)

Zwei Befragte sahen Schäden für die Demokratie, entweder weil aufgrund unterschiedlicher Berichterstattung in öffentlich-rechtlichen Medien und in Boulevardmedien »Bevölkerungsschichten [...] immer weiter auseinanderdriften« und sich durch Skandal-Überschriften im Boulevard »Unzufriedenheit immer weiter [festigt]« (T40) – oder weil aufgrund von Repräsentationslücken in etablierten Medien viele Menschen zu Alternativmedien abwandern würden, was eine gesellschaftliche Teilung in verschiedene Bubbles zur Folge habe:

»Es ist schon bedenklich, wenn die Leute sagen: »Ich lese keine Zeitung mehr.« Alle, die das sagen, gebe ich Ihnen Brief und Siegel, die wandern ab, zu, nennen Sie es alternative Medien, also sprich Internet. Und dort gucken die gezielt nach Dingen, die sie interessieren. Und da wird der Blick immer weiter eingengt und das ist gefährlich, in dem Moment, also wenn die Medien, sagen wir

mal, nichts dafür tun, wieder mehr Leute zu fesseln, durch eine ausgewogene, scheinbar objektive Berichterstattung, ganz objektiv wird es nie sein. Da ist schon die Gefahr, dass die Demokratie Schaden nimmt, langfristig oder mittelfristig, weil man eben sagt, die Leute informieren sich anders. Und das trägt meiner Ansicht nach auch zur Radikalisierung bei. Das ist nicht gut.« (T18)

Andere Befragte konstatierten eine »Trennung« und »Spaltung der Gesellschaft« dadurch, »dass viele Journalisten und Moderatoren Meinungen vorbringen, die vorgefertigt sind« (T54). Die Spaltung erscheint hier nicht als unintendierte Nebenwirkung, sondern als Absicht der Herrschenden, um das Volk zu kontrollieren: Man »muss sich dessen bewusst sein, dass das schon gesteuert ist« (T54).

Vom Steuern und Gesteuert-Werden sprachen auch zwei weitere Personen. Eine sah in der »Spaltung der Gesellschaft« das »Prinzip ›Teile und Herrsche‹«, das »wahrscheinlich fortgesetzt werden müssen [sic!], damit man eben die Herrschaft aufrechterhalten kann« (T21). Eine andere machte im Corona-Kontext den Punkt, dass die der Politik »angegliederten« Medien ihr Publikum in Richtung »Bürgerkrieg« steuern würden:

»Die richten in dem Sinne Schaden an, dass sie in meiner Wahrnehmung falsche Wirklichkeiten errichten. Und Menschen steuern und an einen Punkt gebracht haben. Wir waren und vielleicht sind wir es auch immer noch, fand ich, einen Steinwurf von einem Bürgerkrieg entfernt. Sehr viele Leute sind hier und haben vielleicht auch immer noch die Einstellung, die man ihnen via Politik und angegliederten Medienhäusern nähergebracht hatte, dass für ihr Unglück und ihr Leid die Ungeimpften schuld seien.« (T44)

Ebenfalls im Corona-Kontext wird in einem weiteren Interview von »der Spaltung« und dem »Gefühl, dass wir mit Meinungen gegeneinander aufgehetzt werden«, gesprochen (T09). Zwei andere Befragte sahen die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Polarisierung nicht als eine aktiv-bewusst steuernde an, sondern sahen das Problem in der Passivität von Medien und deren Neigung zur Mehrheitsmeinung:

»[W]enn irgendjemand der allgemeinen Meinung widerstrebt und irgendwie im Ansatz was vielleicht Falsches sagt, wird er in Grund und Boden gehasst. Aber die Medien tun auch nichts dagegen, um das aufzuhalten. Und

machen es auch immer mit diesem Ansatz, jetzt nicht aktiv, aber passiv in dem Sinne, dass man dann halt manche Wissenschaftler einfach nicht mehr hört oder die in Talkshows nicht mehr auftauchen, die da irgendwas dagegen sagen und davor aber oft gehört wurden und das ist so hinterrücks irgendwie.« (T02)

»[S]ie werden der Aufgabe, diese Polarisierung mit ihren Mitteln zu bekämpfen oder zu verändern, nicht gerecht. Das Gefühl habe ich schon. Sie könnten eigentlich etwas ganz anderes machen. Sie könnten für mehr Freiheit in der Debatte sorgen und für mehr Offenheit. Und das würde die realen Prozesse in der Gesellschaft natürlich beeinflussen, möglicherweise zum Besseren, als sich auf die Seite der Mehrheitsmeinung zu schlagen und die Minderheitsmeinung nicht zu Wort kommen zu lassen oder zu diffamieren. Das kann man auch feststellen, dass Leute, die sich Gedanken machen, als ›Covidioten‹ oder ›Corona-Leugner‹ oder sonst irgendwas bezeichnet werden.« (T33)

Bei manchen Befragten schien die Angst durch, in gewisser Weise durch den medialen Diskurs *selbst* von der (Mehrheits-)Gesellschaft abgespalten und zu Aussätzigen gemacht zu werden – auch wenn dies in objektivierte Formulierungen über die Gesellschaft gekleidet wurde:

»Diese Spaltung, ganz schlimm. Ich sehe da sehr schwarz, obwohl ich eben kein pessimistischer Mensch bin, im Grunde genommen. Aber ich befürchte, dass diese Feindseligkeit, dieses: Die Guten müssen die Bösen irgendwann ausrotten... [...] Davor habe ich Angst, vor solchen Sachen.« (T49)

Auch diese Person nahm wahr, dass diese Tendenzen von den Medien »[r]ichtig gefördert« würden:

»Die Medien hätten ja die Aufgabe, erstens neutral zu berichten und zweitens auch die Menschen einander ein bisschen näher zu bringen. Indem man den Gegner fair zeigt und indem man ihm das Menschsein nicht abspricht. Weil wir wissen ja – Soziologen haben es untersucht – diese Schritte, wie man jemanden entmenslicht und dann ist er Freiwild, irgendwann kann man ihn abschießen, weil er ein ›Schädling‹ ist. Dieses Wort wurde leider benutzt. Von Politikern.« (T49)

In eine ähnliche Richtung argumentierte eine Person, die einen Kommentar zum Thema Impfpflicht (vgl. Blome 2020) als »Gewalt« erlebte und in der Nähe von »Goebbels« und den »Nazis« sah:

»Diese rhetorische Gewalt, die man immer wieder erlebt, auch im Bundestag oder in öffentlichen Medien, die da reden, ob es Politiker oder Journalisten sind. Na klar, richtig Schaden und dort mache ich auch wirklich zwischenmenschliche Werte kaputt. Wie heißt er? Nikolaus Blome? Vom *Spiegel*. Der war vor kurzem in der ARD. Ich weiß es nicht mehr. Der gesagt hat: »Die, die sich nicht impfen lassen wollen – das Land oder die Republik sollte mit Fingern auf sie zeigen.« [...] Ich meine, das muss man sich auch einmal vorstellen, das darf der einfach so sagen. Es gibt für mich überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen der Rhetorik der Nazis und unserer. Das muss ich so *deutlich* sagen: Ich sehe da keinen.« (T57)

Psychische Belastung/Druck/Gewalt

Die zuletzt zitierte Person ist eine von neun, die eine psychische Belastung durch mediale Berichterstattung als Gefahr konstatierten. Jemand anderes erzählte, die Corona-Berichterstattung habe »einfach so einen starken psychischen Druck hinterlassen [...] und so eine Angst. Und das finde ich ganz schrecklich« (T14). Medien würden »Angst schüren« (T51) bzw. »erzählen [den Menschen], sie sollen Angst voreinander haben, sie sollen sich voreinander fernhalten, sie sollen ihr Gesicht in Staubmasken hüllen« (T44). Drei Befragte begründen mit dieser psychischen Belastung ihre Nachrichtenvermeidung, die ein »Selbstschutz« (T45) sei, weil Artikel »mich beschädigen« (T28) könnten oder weil man sagt »Schluss, es geht nicht mehr« (T23).

»Wir leben in einer vollkommen traumatisierten Gesellschaft langsam. Da ist einfach auch eine ganz große Mitschuld und Verantwortlichkeit, die ich bei den Medien sehe. Es ist eine permanente psychologische Beregnung mit immer diesen gleichen Worthülsen und Framing sozusagen. Das macht den Menschen kaputt und das wirkt auch auf mich selbst, wenn ich selbst sage, ich habe physische Erscheinungen, dass ich das Radio ausmachen muss, dass ich mich dem entziehen muss, weil das mein Körper, Geist und Seele nicht aushalten.« (T45)

Leute können sich keine eigene Meinung bilden

Vor allem misstrauende Befragte benannten zuweilen die Sorge, dass die Medien durch einseitige Berichterstattung oder Meinungsmache ein unzutreffendes Bild der Wirklichkeit zeichnen und es den Menschen unmöglich machten, sich eine eigene Meinung zu bilden.

»Man hat gesagt, dass Medien die vierte Gewalt sind. Das spricht für sich. Die können vieles beeinflussen. Manchmal machen die Medien ja auch eine Meinung und lassen einen nicht eine bilden, sondern geben etwas vor.« (T50)

»[D]ass die Leute eine Denkweise entwickeln, die so gar keine Flexibilität zulässt, sodass man mal nach links oder rechts guckt oder nach oben oder unten. Oder wo kommt das her? Oder wo führt das hin? [...] Das ist alles irgendwie weg. Als ob es geschafft worden ist, dass die Leute wegschalten, dass sie einen wesentlichen Bestandteil ihres Denkens weglassen.« (T48)

Auch ein großer Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung und anschließende Handlungen der Menschen wurde postuliert:

»[V]iele Leute denken, das, was sie lesen, ist das wahre Leben. Und das ist ja nur ein Teil des wahren Lebens. Und wenn man einen Teil weglässt, entsteht ein falsches Bild. Und das falsche Bild kann zu Reaktionen führen, die man sich nicht wünscht. Also ich will jetzt... Ich finde das auch überzogen, aber diese Demos, die manchmal stattfinden: Ich gehe mal davon aus, da sind viele Leute dabei, die sind dazu gekommen, weil sie unzufrieden sind, weil sie unglücklich sind mit bestimmten Situationen. Dass dort sehr unschöne Erscheinungen auch entstehenden und dass die dort eventuell auch missbraucht werden, das ist eben nicht auszuschließen. Aber dadurch, dass die Medien etwas einseitig darstellen, drängen die bestimmte Leute zu Sachen, die sie sonst nicht machen würden.« (T41)

Etablierte Medien erreichen viele nicht mehr

Sieben Personen (eher dem Lager der Medienvertrauenden zuzurechnen) hegten die Befürchtung, dass etablierten Medien immer mehr Menschen nicht mehr erreichen – weil sich das Mediennutzungsverhalten im Zuge der

Digitalisierung ändere oder aber weil sie unter Propaganda-Verdacht stünden –, was dann weitere Schäden etwa für den Informations- und Bildungsstand dieser Menschen oder für die Demokratie nach sich ziehe. Es bestehe die Gefahr, diese Personen »rutschen [...] irgendwann ab in eine Meinungsrichtung, die nicht passt, die nicht realitätsnah ist« (T59). Die Metapher des Abrutschens findet sich dabei auch in einem anderen Interview:

»Ein Aspekt ist, dass die Leute aufhören, sich zu informieren, einerseits. Das heißt, viele ziehen sich zurück und nehmen, zum Beispiel, die *Tagesschau* gar nicht mehr wahr. Ein großer Teil. Und die verliert man, dass man die normal informieren kann, die rutschen ab in alternative Informationsmedien. Und viele Medien – ich sage nicht alle – nehmen entweder das Politische ganz raus und berichten nur Trallala. Und andere Medien werden von vielen als Propaganda empfunden und werden nicht mehr wahrgenommen. Und dieser Schaden, der dort angerichtet wird, dass man denen nicht mehr wirklich glaubt, das ist schon wirklich riesig, finde ich.« (T43)

Auch weitere Befragte, die den etablierten Medien eher vertrauend gegenüberstehen, äußerten sich so.

»Ja, ich frage mich immer, jetzt ist man natürlich immer bei Corona, wo beziehen solche Querdenker ihre Meinung her, wo sie doch eigentlich an jeder Ecke etwas anderes lesen und hören könnten. Ich denke manchmal, die stellen eben öffentlich-rechtliche Sender gar nicht ein. Aber leider sind das wahrscheinlich ganz schön große Prozentzahlen. Das ist schon bedenklich.« (T05)

»Aber ich glaube, dass sie [die Medien] an Glaubwürdigkeit verloren haben in dieser Zeit, vielleicht nicht unbedingt nur durch sie selbst, sondern auch durch das, worüber sie berichten mussten. [...] Und dass es eben immer mehr Menschen gibt, die sich Medien nicht mehr angucken oder anhören. Die sagen: ›Es kommt immer dasselbe. Und ob das wahr ist, wissen wir nicht, wer weiß, wer *die* jetzt bezahlt, damit sie das *so* sagen.« Diese Meinung höre ich oft und das finde ich eigentlich schade.« (T14)

Die Gefahr, dass durch das schnelle Informieren via Smartphone bzw. durch soziale Netzwerkplattformen die Menschen nur noch Schlagzeilen wahrnehmen, aber keine Hintergrundinformationen mehr bekommen wie durch

Lektüre einer gedruckten Zeitung, wurde in zwei anderen Gesprächen formuliert.

Sonstige Schäden

Es sei noch erwähnt, dass zwei Befragte extrem große Schäden durch Medien konstatierten: Denn diese würden (Mit-)Verantwortung für Kriege und Pandemien tragen. Eine befragte Person, die als Schaden die »Spaltung der Gesellschaft, definitiv«, sah, schob hinterher:

»Und die Kriegstreiberei, die zurzeit hier stattfindet, verursacht natürlich auch einen erheblichen Schaden, nicht nur einen materiellen, sondern im Bereich des Lebens. Also wir vernichten Leben und wir vernichten unsere eigenen Ressourcen. Und das wird übrigens durch Medien wirklich mit betrieben.« (T21)

Jemand anderes sah eine noch weitaus größere Schuld und stellte einen umfassenden Manipulationsverdacht in den Raum, nämlich dass die Medien

»verantwortlich sind für *jeden einzelnen Krieg*, der stattfindet. Für jeden Einzelnen. Das sage ich jetzt aus Überzeugung. Sie sind auch verantwortlich für das, was in den zwei Jahren passiert ist. Es gäbe ohne die Medien kein Corona. Das muss einem auch klar sein, es gäbe das nicht. Es ist eine rein fiktive und mediale Geschichte, die da gefahren wurde. [...] [I]ch halte sie eigentlich für die größten Verbrecher weltweit. Viele, viele Dinge gäbe es nicht, wenn das Medium nicht da ist, es zu verbreiten. Wer hätte denn diese Pandemie hier verbreiten können? Wer? Wenn es keine Tageszeitung gäbe, kein Fernsehen? Die angeblich Toten auf der Straße gab es nicht.« (T57)

Als die Interviewerin übrigens einwandte, dass sich früher Informationen über die Pest ja auch verbreitet hätten, ohne dass es Massenmedien im heutigen Sinne gab, nahm die Person den Vergleich dankbar auf und zweifelte auch die Korrektheit der überlieferten historischen Fakten an – da sie ja jetzt erlebe, wie »Zahlen gebogen« würden: »Nicht, dass es die Pest nicht gab, aber wie sie uns übermittelt wurde. [...] Wer hat denn damals... Das sind doch auch tendenziöse Berichterstattungen gewesen.«

5.2.6 Wurzeln des Verhältnisses zum Journalismus

Neben aktuellen Ängsten und Befürchtungen können auch frühere Erfahrungen mit Medien ein Erklärungsfaktor für das Medienvertrauen sein, etwa die Sozialisation mit Medien in Elternhaus und Schule, das Verhältnis zu den Medien im Staatssozialismus der DDR oder Journalismus-Erfahrungen in der Transformationsphase der Nachwendezeit. Die häufigsten Angaben zur entsprechenden Frage (*»Können Sie irgendwelche Erfahrungen im Umgang mit Medien festmachen, die Sie geprägt haben? Wie sind Sie mit Medien aufgewachsen, wie war der Umgang mit Medien in der Schule, im Elternhaus?«*) können der Tabelle 10 entnommen werden.

Tab. 10: Wurzeln des Verhältnisses zu Medien

Code	Anzahl
Medienkonsum der Eltern	42
Erfahrungen mit Medien in der DDR	32
Vergleich DDR-Medien mit heutigen Medien	15
Studium oder Beruf	7
Schule	5
Eigene reflektierte Beschäftigung mit Medien	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

Medienkonsum der Eltern

Die meisten Befragten (42) beantworteten die Frage nach den Ursprüngen ihres Verhältnisses zu Medien mit Erzählungen über ihr Elternhaus und den Medienkonsum der Eltern. Zuweilen beschränkte sich das auf ein bloßes Referieren von Medientiteln (*»Da wurde regelmäßig die Freie Presse gelesen und Fernsehen geguckt.«* T54), Mediengattungsvorlieben (*»Was mir spontan einfällt ist, dass meine Eltern sehr viel Fernsehen geguckt haben.«* T33) oder Ritualen (*»Und dann war das ein kleinbürgerliches Haus, wo es jeden Abend Fernsehprogramm gab, es wurde vor dem Fernseher gegessen«* (T55). Viele Befragte gaben darüber hinaus zu Protokoll, dass sich Elemente des Medien-

konsums der Eltern auf sie selbst vererbt haben, zum Beispiel Mediennutzungsrituale:

»Ich habe es ja von meinen Eltern immer mitbekommen, dass die abends immer Nachrichten geguckt haben. (Das haben sie?) Ja. (*Tagesschau*? Oder MDR?) Auch meistens *RTL aktuell*. [...] Ja, oder auch früh, mein Vater liest Zeitung, jetzt lese ich auch immer Zeitung.« (T29)

»Also ich bin tatsächlich mit diesem Ritual aufgewachsen und kann mich auch gar nicht erinnern, dass es jemals anders war: Zu dem Zeitpunkt, wo ich lesen konnte, habe ich mit Zeitung am Frühstückstisch gesessen. Das ist auch der Grund, warum es noch heute ein Printprodukt gibt. Das ist einfach ein Muster, was ich nicht ablegen kann.« (T60)

Für manche Befragte war ein hoher oder geringer Konsum bestimmter Medien in der Kindheit der Grund für ähnlich hohen oder geringen Konsum heute: »Wir haben wenig Fernsehen geguckt bei uns zu Hause, das machen wir auch immer noch nicht« (T14). Oder:

»Ich denke schon, dass es eine Art Erziehung ist, dass meine Eltern viel Zeitung gelesen haben, dass meine Eltern viele Bücher gelesen haben, dass wir mit Kunst und Kultur uns befasst haben, dass sich das dann natürlich durchpaust. Das ist ja bei meinen Geschwistern nicht anders, wie sie Zeitung lesen. Diese Gefasstheit oder Kindheit hat sich schon durchgeprägt.« (T26)

Selbst konkrete Medientitel oder -marken scheinen sich vererbt zu haben – weil man deren Qualität anerkennt oder weil sie tradierte Pfade zum Auffinden von Nachrichten darstellen:

»Der *Spiegel* lag im Haus und die *Süddeutsche* war abonniert, das ist einfach übernommen worden. Deswegen lese ich *Süddeutsche* und nicht *Zeit*. Ja. Freunde von mir haben *Die Zeit* zu Hause liegen und ich habe die *Süddeutsche* zu Hause liegen und das ist definitiv aus dem Elternhaus.« (T07)

»Ja, mein Vater hat – für uns als Kinder war das ein bisschen belastend – regelmäßig Deutschlandfunk gehört, zu DDR-Zeiten schon. Jetzt weiß ich, warum: weil er wirklich gut ist.« (T13)

»Also, wenn ich mich jetzt erinnere, dann glaube ich, dass ich die *Tagesschau* weiter gucke, ist nur so eine Kombination aus Nichtwissen, weil meine Eltern das immer getan haben, und wenn ich jetzt überlege, wo kriege ich Informationen her, wir haben das damals immer angeguckt, dann würde ich jetzt auch die *Tagesschau* gucken, weil ich es nicht besser weiß, irgendwie.« (T02)

Auch eine Einstellung zu Medieninhalten haben Eltern offenbar manchen Befragten mitgegeben. Von einer Art indirekter medienpädagogischer Schulung berichtete eine Person, die mit ihrer Mutter auf Phoenix »viele Live-Übertragungen aus dem Bundestag geguckt« und mit der Zusammenfassung im Deutschlandfunk »eine halbe Stunde später« verglichen hat:

»Dadurch bin ich schon geprägt, dass man sich auch die Debatten anhört, die Politiker führen, und nicht nur die Berichterstattung darüber. Dass die Berichterstattung schon nur eine Essenz ist, von jemandem, der sich das angeguckt hat, dessen bin ich mir schon bewusst.« (T24)

Zuweilen wurde ausdrücklich erwähnt, wie das Ver- oder Misstrauen der Eltern einen Einfluss auf das Kind hatte: Eine Person mit hohem Medienvertrauen meinte, dass die *Tagesschau* »eine gesetzte Größe« in ihrem Elternhaus war, und geht »davon aus, dass mein Vertrauen sich dadurch auch ein bisschen geprägt hat« (T19). Eine weitere vertrauende Person resümierte im selben Zusammenhang, »dass man erst einmal das übernimmt, was die Eltern denken, sagen und tun. Dass man sich dann erst später weiterentwickelt« (T05). Auch drei Befragte mit grundsätzlichem Medienmisstrauen berichteten von starkem Einfluss der Eltern:

»Sie hatten einen gesunden Abstand zur Macht. Eine gesunde Distanz zur Macht, genau das. Das haben sie mir in gewisser Weise mitgegeben. Stimmt, dafür muss ich ihnen dankbar sein.« (T44)

»Also ich durfte Fernsehen gucken, keine Frage. Aber meine Eltern haben immer gesagt: ›Guck dir das bitte aktiv an, was da läuft und überlege dir, wie du das einzuordnen hast.‹ Also ich würde sagen, das habe ich denen zu verdanken, die haben mich einfach wirklich... Also verdanken im Sinne von, dass ich mich unabhängig halten kann.« (T53)

»Und er [der Vater] hat immer gesagt: ›Weißt du was, Kapitalismus, Sozialismus, so hat er angefangen: ›Sozialismus ist scheiße und Kapitalismus taugt auch nicht für den Menschen.« Also er hat mich auch frei losgelassen, mir selbst eine Meinung zu bilden.« (T25)

Es gab im Sample auch diametral entgegengesetzte Verhältnisse zwischen dem eigenen Medienvertrauen und dem der Eltern. Eine Person mit hohem Vertrauen in die heutigen Medien wurde zu DDR-Zeiten zum Misstrauen erzogen: »Ich [...] bin wirklich aufgewachsen mit dem Fokus, dass das, was in der Zeitung steht, stimmt erst einmal nicht. Vielleicht stimmen zwei oder drei Sachen, aber ansonsten stimmt das nicht« (T16). Dagegen erzählten drei weitere, alle misstrauisch gegenüber den heutigen Medien, dass zu Hause die SED-Bezirkszeitung und die staatlichen Nachrichten nicht hinterfragt worden seien:

»Was in den Medien kam, was in der Presse stand und was im Fernsehen kam, das war immer die Wahrheit. [...] Das hat immer gestimmt. So ist er [der Vater] auch jetzt noch. Was in der Presse steht und was im Fernsehen kommt, das ist die Wahrheit.« (T21)

»Wir hatten damals auch noch zwei Zeitungen, die da kamen, regelmäßig, und zumindest mein Vater hat sie auch geschaut und schaut bis heute auch die Nachrichten. Und vertraut da auch den Dingen.« (T06)

Während in den Gesprächen mit den beiden zuletzt Zitierten das heutige Medienmisstrauen als Distinktionsmerkmal zum leichtgläubigen Vater fungierte und dessen Medienvertrauen als nicht gerechtfertigt dargestellt wurde, verteidigte jemand in einem anderen Interview das damalige Vertrauen der Familie in die DDR-Medien und den Staat: »Das waren einfach gute, sehr gute Gesetze und Regelungen für jedermann« (T32).

Erfahrungen mit Medien in der DDR

Am zweithäufigsten wurden auf die Frage nach den Wurzeln des Medienvertrauens Erfahrungen mit Medien in der DDR angeführt (die sich teilweise mit den oben skizzierten Erzählungen über das Elternhaus überschneiden). 32 Befragte riefen entsprechende Erinnerungen an die realsozialistische Zeit

ab, die sowohl von DDR-Medien handelten (meist vom Staatsfernsehen, seltener auch vom SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, von SED-Bezirkszeitungen oder von Blockpartei- und Kirchenzeitungen) als auch von mehr oder weniger heimlich konsumierten bundesdeutschen Medien (v.a. das »Westfernsehen«, seltener auch Hörfunkprogramme wie RIAS, Deutschlandfunk, Sender Freies Berlin oder Bayern 3 sowie *Der Spiegel*) handelten. Die DDR-Medien wurden dabei fast durchgängig als unglaublich, einseitig bzw. verlogen bewertet:

»Da [in der DDR-Hauptnachrichtensendung *Aktuelle Kamera*] berichteten die gefühlt die Hälfte, weiß ich nicht, von den Erfolgen der Ernte. Da wurden Bauern interviewt. Als gäbe es in der Welt keine Meldungen oder so etwas. Da wusste man natürlich, dass das, was gebracht wird, absolut liniengerechte Sachen waren. Aber man hat es nie in Frage gestellt. Das wusste man einfach. Und dann hat man versucht, sich hier und da das, was an sachlichen Informationen verfügbar war, herauszuziehen.« (T48)

»Ich kann nicht behaupten, dass ich zu DDR-Zeiten das *Neue Deutschland* gelesen hätte, weil das konntest du ja nicht lesen. Die haben ja schon mit dem Titel von Erich Honecker die halbe Zeitung vollgemacht. Und diese ständigen Phrasendreschereien um die Erfüllung des Fünf-Jahr-Planes. [...] Das war ja nicht wahr. Das wusste man schon, dass das gelogen war.« (T23)

»Ja, in der DDR konnten Sie ja nun nichts glauben. [...] Die Glaubwürdigkeit bei Medien gab es in der DDR überhaupt nicht. Ich selbst habe vielleicht zwei Prozent DDR-Fernsehen geguckt, Zeitung nicht gelesen.« (T08)

Nur drei Befragte ließen erkennen, dass sie DDR-Medien damals vertraut hätten. Für eine den Medien heute vertrauende Person (selbst vor und nach der Wende im Medienbereich tätig) war die *Sächsische Zeitung* »eine DDR-Zeitung und aus heutiger Sicht eine ohne Ende rote«, doch »[d]er Lokalteil war wichtig«, die Zeitung habe ihn »die ganzen Jahre begleitet« und es »kann nur so gewesen sein, dass ich Vertrauen hatte«, sonst »hätte ich sie nicht gelesen oder abonniert« (T12). Eine heute den Medien misstrauende Person sagte:

»[D]ie Staatsmedien habe ich jetzt nicht verurteilt, das kann ich jetzt nicht sagen. Ich habe also das *ND* [*Neues Deutschland*, Anm. d. Aut.] oder die *Junge*

Welt gelesen. Da hat man natürlich auch seine Witze drüber gemacht, aber letztlich habe ich das jetzt nicht abgelehnt.« (T15)

Doch das waren Ausnahmen. In der Regel wurden die DDR-Medien als nicht vertrauenswürdig angesehen und bundesdeutsche Medien standen hoch im Kurs. Eine Person mit hohem Medienvertrauen sagte:

»Und ich weiß auch, [...] dass da [im Elternhaus] selbstverständlich Westfernsehen geguckt wurde. Und dass den in Anführungszeichen Westmedien, der ARD und dem ZDF vertraut wurde oder die Nachrichten dort angeschaut wurden und eben explizit nicht die DDR-Nachrichten. [...] Das habe ich erst einmal hingenommen. Und auch dass das, was dort gesendet wird, schon zum großen Teil der Wahrheit oder dem Abbild der Realität entspricht.« (T19)

Ähnlich sagte eine weitere interviewte Person: »Wir haben sehr auf die Westmedien vertraut«; es sei zwar auch eine regionale Blockparteizeitung der Ost-CDU (*Die Union*) gelesen worden, vor allem für Lokales und Kultur, »aber für alles, was politisch komplizierter war, wurde sich in unserem Haushalt mehr auf die Westmedien verlassen« (T47). Die DDR-Medien, hieß es in einem anderen Interview, »hingen mir mehr oder weniger zum Hals raus. Heimlich hat man dann versucht, ARD und ZDF zu empfangen, um die Weltsicht etwas zu vergrößern« (T34). Das »Nonplusultra« sei es gewesen, »wenn man mal einen *Spiegel* in der Hand hatte« (T38). Zwei Personen betonten, dass die West-Medien eine Vergleichsfolie geboten hätten, vor deren Hintergrund man sich dann eine »eigene Meinung« bilden konnte (die Zitate von T10 und T27 finden sich im Abschnitt zur »sonstigen Tendenz-Kritik« in Kap. 7.2.4.1). Sechs Befragte meinten denn auch, diese Erfahrungen mit Medien zu DDR-Zeiten mache Ostdeutsche »skeptischer als die Westdeutschen« (T31) und sensibler für heutige Einseitigkeiten und Lügen, man habe ein feineres Gespür für Propaganda:

»Wie gesagt, diese Vergleiche, das haben wir schon dadurch kennengelernt. Zu sagen: ›Wie wird denn etwas berichtet, dass es nicht nur die eine Wahrheit gibt.‹ Und ich denke, das hat uns schon geprägt, dass wir da vielleicht kritischer drauf gucken, weil wir wissen, du kannst über ein und denselben Sachverhalt ganz unterschiedlich berichten. Das denke ich, hat uns schon geprägt.« (T27)

»[D]ie DDR-Medien [waren] auch sehr einseitig orientiert [...], das war ja noch schlimmer, da wurde ja fast vorgeschrieben, was sie zu sagen hatten. Und dass ich da jetzt meine, so etwas in Ansätzen zu merken, da reagiere ich sensibel drauf.« (T18)

»Aber ich habe dann gemerkt, dass ich die offizielle Sichtweise schon immer kritisch gesehen habe. Nun bin ich auch Kind der DDR, da ist man sowieso ein bisschen anders konditioniert, [...] also, dass man den Dingen generell erst einmal kritisch gegenübersteht oder ein feineres Gehör hat oder so ein Hintergrundgefühl, bei dem man merkt: ›Was ist dran? Was ist nicht dran?‹ Ja, das war also der Punkt, wo ich stutzig geworden bin.« (T48)

Dinge zu hinterfragen, so meinte eine Person, die in einem südosteuropäischen Land Diktaturerfahrungen gesammelt hatte, »hat man mit der Muttermilch praktisch aufgesogen« – und weiter:

»Aber jetzt vergleiche ich immer meine damalige Gesellschaft mit der jetzigen und ich sage: ›Die elenden [südosteuropäisches Land] Staatsbürger, die wir alle waren, wir waren so viel wahnsinnig aufgeklärter und sensibler.‹ Man hat den Riecher gehabt, man wusste, das ist wieder eine Lüge. Man konnte zwischen den Zeilen lesen und man hat sich einfach nur ein bisschen angestoßen und gesagt: ›Guck, siehst du, schon wieder...‹ Man hat sich verstanden.« (T49)

Neben dieser Selbstaufwertung in Sachen Erkenntnisfähigkeit und Kritikvermögen findet sich noch ein weiteres interessantes Muster in Passagen über die DDR-Erfahrungen mit Medien, und zwar eine spätere Enttäuschung über die bundesdeutschen Medien, denen man in der DDR- oder Wendezeit so vertraut hatte:

»Viele DDR-Bürger wussten ja, dass wir uns eigentlich untereinander belügen. Planerfüllung und Blablabla. [...] Und jetzt war man der Annahme, dass es im Westen ganz anders ist. Dort wird von früh bis abends die Wahrheit gesagt. So bilde *ich* mir das ein. Und dann muss man feststellen, dass es da auch nicht so richtig ist, wie da was versprochen wird.« (T59)

»Aber ich wusste immer, es gibt irgendwie zwei Äußerungsebenen oder zwei Kontexte von Vertrauen oder eben eher Misstrauen. In dem einen kann ich so

und so, und in dem anderen muss ich vorsichtig sein. Das habe ich, glaube ich, wirklich verinnerlicht. Und habe es aber, also diese Doppelbödigkeit oder dieses doppelte Gesicht, wenn man so will, den Januskopf, den habe ich nach der Wende abgesetzt. Das habe ich verloren, glaube ich. Weil dann diese Situation für mich beendet war. Und ab da habe ich, glaube ich, gedacht oder geglaubt, wirklich geglaubt, alles, was jetzt gesagt wird, offiziell, ist die Wahrheit. [...] Also es scheint mir jetzt rückblickend, dass ich das Misstrauen gegenüber offizieller Berichterstattung aufgegeben habe, das gab es nicht mehr.« (T28)

Letzteres Zitat stammt von einer Person, die erklärtermaßen in der Corona-Pandemie das Vertrauen in die etablierten Medien verloren hat.

Vergleich DDR-Medien mit heutigen Medien

Während bisher u. a. das Nebeneinander von DDR- und westdeutschen Medien zur damaligen Zeit und dessen empfundene Wirkungen und Folgen geschildert wurden, geht es nun um Vergleiche, die zwischen den DDR-Medien *damals* und den bundesdeutschen Medien *heute* gezogen wurden. 15 Personen unternahmen explizit solche Vergleiche, die meist von Parallelen handelten: Auch wenn es Unterschiede im System gebe, laufe doch alles im Endeffekt auf dasselbe hinaus: auf einseitige Berichterstattung, Konformität mit einem Mainstream und eingeschränkte Meinungsfreiheit.

»[In der DDR] wusste jeder Bescheid: Was in der Presse steht, was im Fernsehen kam, war die eine Geschichte. Und dann wusste man aber, es war ja von der Partei alles vorgegeben. Jetzt tut man so, als wenn das nicht mehr so wäre. Aber es ist genau das gleiche. Es ist vorgegeben, nur eben jetzt vom Kapital. Nicht mehr von der Partei, sondern jetzt wird es eben vom Geld bestimmt.« (T21)

»Dann mache ich meine Vergleiche und sage: »Du kannst die Hälfte glauben.« Man macht sich ja auch seine Vorstellungen und Gedanken. Und dann fällt mir auf oder ich empfinde es so – das war schon früher so und wird auch nicht anders – es wird immer die Fahne nach dem Wind gehängt. Wenn eine Linie drin ist, will jeder mitschwimmen. Und dann wird sofort vergessen, was gestern war. [...] Die [Journalisten] trauen sich wahrscheinlich manchmal vielleicht auch gar nicht, damit sie ihren Posten nicht verlieren. Es war zu DDR-

Zeiten so, wenn du die Wahrheit gesagt hast in manchen Sachen... Und das bleibt.« (T11)

»Eigentlich haben uns die Medien früher beschissen und heute auch.« (T14)

Eine befragte Person verglich den DDR-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler mit einem Journalisten der *Sächsischen Zeitung* (SZ), der in einem Kommentar zur Krim-Annexion Russlands als verantwortlich am Ausbruch des Georgien-Kriegs 2008 dargestellt hatte, was ihres Wissens nach falsch sei: »Da bin ich dann hin zur SZ nach Hoyerswerda und habe gesagt, ich bin kurz davor, ihre Zeitung abzubestellen. Also so geht's nicht. Das ist ja wie Schnitzler früher« (T18).

Nach Meinung von zwei Befragten sei die Medienkontrolle in der DDR »ehrlich« bzw. »ehrlicher« als heute gewesen. Eine Person prangerte eine »ganz klare politische Tendenz und Richtung« in der Berichterstattung an, die auf eine »Verbandelung« zurückgehe:

»Ich denke nicht, dass dort ein Minister hingeht und sagt der ARD: ›Das könnt ihr nicht senden.‹ Das glaube ich nicht. Wobei... ganz ehrlich, das wäre ja noch ehrlich. Ich meine, ich hatte ja so über die DDR geschimpft. Die haben sich aber ganz klar dazu bekannt und gesagt: ›Okay, es gibt eine Kontrollkommission, die kontrolliert jedes Lied und jeden Text.‹ Aber das, was heute passiert, ist viel subtiler, diese Kontrolle. Die Kontrolle passiert über dieses Unbewusste, indem man Leute wirklich über Jahre indoktriniert.« (T57)

»Es war ehrlicher. Die Medien waren klipp und klar ehrlicher. [...] Zumindest hier bei uns in Ostdeutschland. Die Wahrheit. Die Wahrheit war: Heute ist Pionier-nachmittag, ich muss dahin. Das hat die Frau Honecker [gemeint ist Margot Honecker, 1963-1989 Ministerin für Volksbildung der DDR, Anm. d. Aut.] festgelegt. Das war die Wahrheit, das war aber gut. Das war eine gute Sache.« (T32)

In sechs Gesprächen äußerten die Befragten einen Eindruck, den man mit »Es geht wieder los...« betiteln könnte. Bestimmte bedrückende Phänomene wie eine inadäquate Abbildung der Realität, ideologische Parolen und ein enger Meinungskorridor würden an die DDR erinnern:

»Und ja, es scheint so, dass man *wieder* nicht mehr alles sagen kann, oder seine Meinung nicht mehr äußern kann, ohne zu fürchten, dass man Schwierigkeiten bekommt.« (T28)

»[In der DDR haben] die Leute gemerkt [...], meine Wirklichkeit hat mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun, die ich erlebe, jeden Tag. Und man konnte die Wirklichkeit nur aufrechterhalten dadurch, dass man einen höheren Staatssicherheitsapparat installiert hat und immer mehr Druck auf die Leute ausgeübt hat, damit die Leute die Wirklichkeit, die verlangt wird, auch zeigen und leben, und zu Hause eine andere Wirklichkeit haben. Und dort rutschen wir wieder rein. Das heißt, es gibt sozusagen eine Wirklichkeit, die wird vorgegeben ›Wie denke ich nach außen hin‹ und eine Wirklichkeit ›Wie bin ich zu Hause?‹« (T43)

»[M]an muss heute wieder zwischen den Zeilen lesen. Also in den 90ern war es nicht so, in den Nullerjahren auch nicht so. Aber jetzt bin ich der Meinung, das Spiel beginnt wieder.« (T03)

Den Es-geht-wieder-los-Eindruck verknüpften zwei Befragte mit einem wahrgenommenen Meinungsdruck in Richtung progressiver Werte:

»Also ich beobachte eine Wiederkehr von Parolen. Die kommen natürlich in einer anderen Färbung und sind eher progressiv, weltoffen, et cetera. Aber wenn ich mich mit dieser Art von Weltanschauung, Politik nicht identifizieren kann, nehme ich es auch wahr als etwas An-die-Wand-Gemaltes. Und das erinnert mich schon an DDR-Zeiten, ›Vorwärts immer, rückwärts nimmer‹ und was es da nicht alles für Parolen gab. Und da ist ›Wir schaffen das!‹ auch nicht so weit weg gewesen. Das wurde natürlich medial dann auch noch einmal aufgeblasen und immer wieder, immer wieder.« (T60)

»Vom Journalismus erwarte ich Informationen und bilde mir dann meine Meinung selbst. Und zu Ostzeiten war es so: ›Ich drücke dir meine Meinung auf, ich will dich zum sozialistischen Bürger erziehen. Ich will dein Weltbild so formen, wie ich es gerne möchte.‹ Das war DDR. Jetzt habe ich wieder das Gefühl: ›Ich will dich so haben, wie du sein sollst. Und alles andere brauchen wir nicht, wollen wir nicht haben. Du musst jetzt ein Weltretter sein.‹« (T03)

Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wurde, ist zu vermuten, dass mit »weltoffen« und »Weltretter« die Befragten auf die Themen Migration und Klimaschutz anspielten und dass sie den medialen Sound bei diesen Themen als etwas Aufgesetztes, als eine aufgezwungene Erziehungsmaßnahme oder – um im DDR-Vokabular zu bleiben – als Agitprop erleben.

Sonstige Wurzeln des Medienverhältnisses

Vier weitere Faktoren, die ihr Verhältnis zu den etablierten Medien beeinflusst haben, wurden von mindestens vier Befragten genannt. Dass das eigene Studium oder der eigene Beruf entsprechende Erfahrungen oder Einblicke ermöglichte, erzählten sieben Personen. Eine den Medien stark vertrauende Person meinte:

»Ich habe Medienmanagement studiert, tatsächlich zwar eher in die Marketing-Richtung mich entwickelt, aber auch da habe ich Grundlagen gelernt, dass es einen Pressekodex gibt und dass es da – sagen wir mal – Werkzeuge gibt, die schon dafür sorgen, dass man den Medien, den etablierten Medien oder den Medien, die nach den Grundsätzen arbeiten, vertrauen kann.« (T19)

Doch auch ihr Studium zu DDR-Zeiten erschien manchen Befragten als prägend. So erzählte eine Person – heute sehr medienkritisch – vom Studium der Politischen Ökonomie während der »Gorbatschow-Zeit«: Dort habe ein Professor, der ehemaliges Mitglied des Politbüros des ZK des SED gewesen sei, sie das kritische Denken gelehrt; zudem habe sie dort »viele Dinge über den Kapitalismus« gelernt, die dann nach der Wende »sehr genau [...] eingetroffen« seien (T21).

Auch Erfahrungen aus der Schulzeit wurden geteilt: »Wir haben in der Schule täglich Zeitung gehabt, und ich halte das für eine wichtige Geschichte [...]« (T35). »Aber ich würde auch schon sagen, dass auch die Schule einen sehr geprägt hat, weil die [Lehrer] uns, zum Beispiel, immer gesagt haben, dass wir die *Tagesschau* schauen sollen, oder sie haben Sachen wie RTL schlechter geredet. [...] Es war vieles im GRW-Unterricht [Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Schulfach in Sachsen, Anm. d. Aut.]« (T50). Drei Befragte nannten DDR-Erlebnisse in der Schule prägend: »Da war mal ein Lehrer und der hat immer nachgefragt, ob man wirklich *Aktuelle Kamera* geguckt hat, und dann Fragen dazu gestellt. [...] Und wehe, du konntest

nicht antworten« (T37). Von regelmäßiger »Zeitungsschau« oder einer Auswertung der Nachrichten des Vortages wurde in einem anderen Interview berichtet:

»Ich habe das gehasst, aber wir haben uns einen Artikel aus der Zeitung rausuchen müssen, mussten den vorstellen und interpretieren. Abgesehen davon, dass das auch immer der größte Mist war zum großen Teil, aber es hat uns in irgendeiner Weise trotzdem geprägt. Es hat dazu geführt, dass wir das Verständnis dafür entwickelt haben, dass wir gesagt haben: ›Wir lesen diesen Artikel, wir verstehen den Inhalt, und dann wird er bewertet.« Natürlich wurde er immer positiv bewertet, aber trotzdem ist diese Abfolge, was man also mit einem Artikel macht, die ist uns ja noch bewusst.« (T14)

Im Material findet sich ein weiterer Bericht von einem besonderen Erlebnis mit dieser medienpädagogischen Erziehung: Eines Tages sollte ein Artikel aus dem SED-Organ *Freie Presse* mit einem Artikel der *Bild*-Zeitung verglichen werden, beide handelten vom Wehrunterricht in der DDR, genauer von der Schießausbildung in der 9. Klasse am Luftgewehr. »Das sollten wir diskutieren, das fand ich recht eindrucksvoll. Ich war auch erstaunt über diese Methode, dieses Einander-Gegenüberstellen« (T47).

Dass sie sich selbst die eigene Haltung gegenüber den Medien erarbeitet haben, deuteten fünf Interviewte an. Da heißt es von einer misstrauenden Person: »Also das habe ich mir alles selbst beibringen müssen, so ein kritischer Rezipient zu werden, weil ich aber auch den ganzen Weg gegangen bin« (T44). Den ganzen Weg, nur andersherum, ist auch eine Person gegangen, die heute den Medien eher vertraut, aber noch vor Jahren fasziniert war von Erich von Däniken, Ufos und Verschwörungstheorien zum 11. September:

»Ich habe nicht alles geglaubt, aber ich fand das schon faszinierend. Ich bin dann erst durch die Erfahrung dazu gekommen, dass es gut ist, dass es Öffentlich-Rechtliche gibt, sodass nicht einzelne Spinner komplette Blogs, komplette Wahrheiten und Weltsichten zusammenschustern, dass es wenigstens im Ansatz ein demokratisches Mediensystem gibt, durch die Medienräte und so weiter, die das kontrollieren, sodass nicht ein Spinner mit seinen Gedanken der Leitfaden für die Medienproduktion ist. Das hat mich wirklich geprägt. Von Anfang an im Web dabei, alternative Kanäle konsumiert und durch die Erfahrung dann wieder davon weggekommen.« (T58)

Es scheint also, dass intensiver Kontakt zu Alternativmedien nicht zwingend zu bleibendem Misstrauen, sondern mitunter sogar zu einer Dankbarkeit gegenüber den etablierten Medien führt.

5.3 Verhältnis zu Politik

5.3.1 Politisches und gesellschaftliches Engagement

Als Einstieg in den Teil des Interviews, der sich mit dem Politikvertrauen beschäftigte, wurde zunächst danach gefragt, inwiefern man sich »selbst an Politik beteiligen oder im weitesten Sinn politisch engagieren« würde. Die Frage enthielt als Beispiele dafür Wählen, die Mitarbeit in einem Verein oder einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an Demonstrationen sowie eine Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Von den 61 Interviewten gaben über drei Viertel (47) an, von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch zu machen.²⁴ Fünf Personen erwähnten hingegen, dass sie aus einer Enttäuschung gegenüber dem politischen System nicht oder nicht mehr wählen würden (»Da habe ich [...] gesagt: ›Ihr könnt mich mal.«, T10), zwei von ihnen hatten zuletzt bewusst ungültig gewählt. In einem Fall wurde sich gegen die Wahlteilnahme entschieden, da man sich nicht entscheiden konnte. Zehn Interviewte nutzten zudem ihr passives Wahlrecht: Vier waren zum Zeitpunkt des Interviews gewähltes Mitglied kommunaler Vertretungen (Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag). Vier weitere waren dies früher. Eine Person war in der Vergangenheit nicht nur auf kommunaler Ebene gewählt, sondern auch Mitglied des Sächsischen Landtages. Eine weitere bekleidete früher ein Bürgermeisteramt. Zwei Personen hatten ohne Erfolg für ein kommunalpolitisches Amt kandidiert.

Zur Mitgliedschaft oder aktiven Mitarbeit in Parteien machten 19 Personen in den Leitfadeninterviews Angaben, wobei sich zehn aktuell für eine Partei engagierten, während ebenso viele früher Mitglied einer Partei waren (eine Person war früher Mitglied einer anderen Partei als heute). Diese verteilten sich weitgehend auf das gesamte politische Spektrum (siehe Tab. 11).

24 Die Parteipräferenz wurde parallel zu den Interviews über einen Fragebogen erhoben, der aus forschungsethischen Gründen nicht mit den Interviews verknüpft wurde (siehe Kap. 4.3).

Die Verteilung entspricht in etwa den Mitgliederzahlen der Parteien in Sachsen²⁵. Mitgliedschaften bei den Grünen wurden nicht genannt; die mit der Corona-Pandemie thematisch stark verbundene Partei Die Basis kam zwei Mal vor. Mit Blick auf die Vergangenheit erwähnten vier Befragte zudem eine frühere Mitgliedschaft in der SED.

Tab. 11: Mitgliedschaft bzw. Engagement in Parteien

Partei	Anzahl (aktuell)	Anzahl (früher)
CDU	2	1
Die Linke	2	-
Die Basis	2	-
SPD	1	3
Freie Wähler	1	-
Piraten	1	-
SED	-	4
FDP	-	1
AfD	1	-
Unabhängige Wählervereinigungen	1	1
gesamt	10	10

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Viel häufiger als Parteiarbeit kam jedoch Engagement in weiteren Organisationen vor, das als Erfahrungshintergrund unabhängig davon erfasst wurde, ob es noch fortgesetzt wurde. Das Engagement musste dabei nicht unmittelbar politische Ziele verfolgen, sondern wurde von uns vielmehr als allgemeiner Indikator dafür verstanden, dass die Interviewten an der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Umwelt aktiv mitwirken wollen. Vereinen

25 So hatte im Untersuchungszeitraum die CDU 9.145 Mitglieder, die Linke 6.559, die SPD 4.552, die Grünen 3.508 und die AfD 2.185 (zum 31.12.2022, vgl. Niedermayer 2023). Lediglich Die Basis bildet hier eine gewisse Ausnahme.

kommt dabei eine herausgehobene Stellung zu (siehe Tab. 12). Mit 23 Personen gab über ein Drittel der Interviewten ein Vereinsengagement an.²⁶ Sechs Personen waren in Bürgerinitiativen aktiv. Es folgten mit Gewerkschaften und den christlichen Kirchen klassische zivilgesellschaftliche Institutionen, wenn auch mit fünf bzw. vier Personen in geringerer Zahl. Ebenfalls vier Befragte leisteten ehrenamtliche Elternarbeit in der Schule oder Kindertagesstätte ihres Kindes.

Tab. 12: Engagement in weiteren Organisationen

Organisationen	Anzahl
Vereine	23
Bürgerinitiativen	6
Gewerkschaften	5
Kirche	4
Elternarbeit in Schule/Kindertagesstätte	4
Sonstige	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Die Formen des politischen Engagements (siehe Tab. 13) reichten von der Teilnahme an Demonstrationen (26 Interviewte) über den persönlichen Kontakt zu Politikerinnen und Politikern (7) sowie der Arbeit als Wahlhelferin bzw. Wahlhelfer (5) bis hin zum politischen Engagement im Rahmen der eigenen beruflichen Tätigkeit (5). Hinzu kamen jene, die angaben, in ihrem Umfeld politische Diskussionen zu suchen und zu führen (4) oder Petitionen bzw. offene Briefe zu unterschreiben (3).

Im sozialen Bereich wurde der Einsatz für Geflüchtete, etwa die Aufnahme von oder Patenschaft für geflüchtete Familien, viermal genannt. Engagement in weiteren Bereichen (die Unterstützung von älteren Menschen, Umweltschutz und Kultur) wird von fünf Personen angegeben, vier spendeten.

26 Dem Kontext der Leitfrage folgend machten die Interviewten hier im Wesentlichen Angaben zu Vereinen, die politische Interessen vertreten oder gesellschaftlich wirken wollen (ideelle Vereine). Freizeitvereine, insbesondere Sportvereine, wurden kaum genannt (vgl. zur Unterscheidung Müller-Jentsch 2008).

Tab. 13: Formen des politischen und sozialen Engagements

Form des Engagements	Anzahl
Teilnahme an Demonstrationen	26
Kontakt zu und Gespräche mit Politikerinnen und Politikern	7
Wahlhelferin oder Wahlhelfer	5
Soziales Engagement für Ältere, Kultur, Umwelt	5
Politisches Engagement im Beruf (einschl. politische Bildung)	5
Spenden	4
Soziales Engagement für Geflüchtete	4
Politische Diskussionen suchen/führen	4
Petitionen oder offene Briefe unterschreiben	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

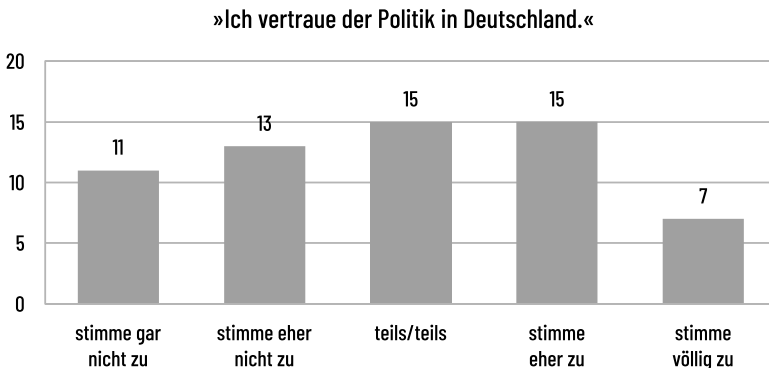
Insgesamt können wir unser Sample als grundsätzlich politisch und gesellschaftlich interessiert beschreiben. Allein 52 unserer 61 Befragten gaben dabei mindestens eine Art des politischen oder sozialen Engagements an, auch wenn dies nicht in jedem Fall zum Zeitpunkt des Interviews noch bestand. Dieser hohe Wert erklärt sich zumindest partiell durch eine mutmaßlich größere Bereitschaft engagierter Personen zur Teilnahme an einem umfangreichen Interview (siehe Kap. 6.2).

5.3.2 Ausmaß des Politikvertrauens

Der Interviewteil, der sich mit Politikvertrauen beschäftigte, wurde mit einer Definition von Politik eingeleitet: Es sollte um staatliche und kommunale Institutionen (wie Regierungen, Parlamente, Bürgermeister, Gemeinderäte usw.) und die in ihnen tätigen Politikerinnen und Politiker gehen. Schließlich wurde gefragt: »Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie der Politik oder Politikerinnen und Politikern oder Parteien?« Nachfragen erkundigten sich im weiteren Verlauf, in welchen Bereichen besonders viel oder wenig vertraut werde, ob eigene Themen in der Politik ausreichend vorkämen und wo zentrale Probleme lägen.

Ergänzend zu den Interviews, kann eine Abschätzung des Ausmaßes des Politikvertrauens im Sample zunächst mithilfe von standardisierten Antworten aus dem gesonderten Fragebogen erfolgen, den unsere Interviewten ausgefüllt hatten (siehe Abb. 13). Nimmt man als allgemeinen Indikator die Zustimmung zur Aussage »Ich vertraue der Politik in Deutschland«, variiert das Politikvertrauen stark: Zwischen den elf Personen, die »gar nicht« vertrauten und den sieben Befragten, die »völlig« vertrauten, ordneten sich die meisten Befragten mittig ein, was einer gewissen Differenzierung entspricht, wie wir sie auch in vielen Interviews finden konnten.

Abb. 13: Ausmaß des Politikvertrauens



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

In den Interviews sind negative und kritische Äußerungen zur Politik, wie wir folgend noch sehen werden, zwar deutlich überrepräsentiert. Dies könnte aber auch Ausdruck einer gewissen Problemzentrierung gewesen sein, die mit Gesprächen dieser Art grundsätzlich einhergeht, und ist nicht zwingend ein guter Indikator für das Vertrauensniveau an sich. Das Bedürfnis, seine Sorgen, Kritik und Ängste zu teilen, ist gerade für Menschen von besonderer Bedeutung, die an anderer Stelle angeben, dass ihre Lebensrealität nicht gesehen wird.

Ungeachtet dieser Tendenz zum Kritischen, äußerten einige der Befragten in den Interviews sehr grundsätzliches Vertrauen in die Politik. Eine Person betonte beispielsweise, dass Politikerinnen und Politiker einen schweren Job haben würden, und dass man froh sein könne, »dass es noch Politiker gibt, die das machen wollen« (T14).

»Prinzipiell überwiegt mein Vertrauen. Zumindest in die Politiker in Deutschland der etablierten demokratischen Parteien. Wenn man immer sagt: ›Tendiert das Gefühl eher zum Vertrauen oder zum Misstrauen?‹ Dann würde ich sagen, es ist hier in Deutschland schon sehr stabil bei mir, dass ich eher vertraue. Und ich vertraue gern.« (T13)

Teilweise wurde dies ergänzt durch die Markierung von Grenzen des Vertrauens, etwa durch die Einschränkung auf bestimmte Parteien und politische Ebenen.

»Es [die institutionalisierte Politik] funktioniert schon noch ziemlich gut, würde ich sagen. Mit Europa ist es so ein Ding. Das ist ja auch bloß so ein halb-demokratisches Gebilde. [...] Die haben nämlich eigentlich nicht so viel zu sagen, wie es eigentlich sein müsste. [...] Ansonsten funktioniert es eigentlich schon noch ziemlich gut.« (T31)

Am anderen Ende des Vertrauensspektrums finden wir Interviews, in dem das eigene politische Misstrauen sehr emotional und zugespitzt zum Ausdruck gebracht wurde. Das Vertrauen sei gerade einmal noch bei »20 Prozent« (T32), das Misstrauen »auf einer Skala [bis zehn] die Nummer zehn« (T49).

»Mein Misstrauen ist überdimensional groß. Weil ich es ja erlebe. Ich erlebe es ja. Also es ist ja nicht nur vom Hörensagen, sondern ich erlebe es ja. Gemeinderat, Kreistag, Bürgermeister, Landrat, selbst der Ministerpräsident, den habe ich ja schon gehört und erlebt. [...] Da ist mein Misstrauen in allergrößter Alarmbereitschaft.« (T21)

Vereinzelte werden dabei auch sehr starke, teils emotional aufgeladene Formulierungen verwendet:

»Eigentlich, wenn ich ganz ehrlich bin, habe ich mit diesem Land, wie sagt man: ›Ich habe fertig.« [...] Ich sage es ehrlich, ich wünsche mir nichts anderes, als dass diese Bundesrepublik den – Entschuldigung – Arsch hoch macht und dass sich hier endlich etwas Neues, Menschliches aufbaut. Das würde ich mir wünschen. Von dieser Seite aus: Ich vertraue hier keiner einzigen Institution mehr.« (T57)

Die meisten der Befragten befinden sich aber, im Einklang mit den Ergebnissen des Fragebogens, irgendwo dazwischen. Bei ihnen wurde Misstrauen vor allem gegenüber bestimmten Teilen der Politik (z. B. der Bundesregierung) geäußert, ohne dies aber auf die gesamte Politik zu verallgemeinern.

»Ich würde sagen, also auf die heutige Zeit, auf das heutige Kabinett unter Olaf Scholz [bezogen], würde ich sagen, da ist mein Vertrauen etwas gestört, also zur Bundespolitik, nicht auf die Landespolitik, weil mir da zu viele Leute dabei sind, da wird zu viel, wie soll ich denn sagen? Da ist Aktionismus.« (T18)

»Zu Parteien habe ich kein festes Verhältnis. In die Politik habe ich schon Vertrauen, zum Beispiel in unsere Stadtpolitik. Ich finde unseren Oberbürgermeister nicht schlecht. Das, was für [Stadt in Sachsen] gemacht wird, ist streckenweise sehr gut. Es ist nie alles gut. Die große Politik, naja...« (T56)

5.3.3 Gründe für Vertrauen in Politik

Während der Interviews wurden verschiedenste Faktoren genannt, die das persönliche Ver- oder Misstrauen gegenüber Politik begründeten. Diese sind im Rahmen dieser Studie von besonderem Interesse, ermöglichen sie doch komplexere Einsichten, als es quantitative Befragungen leisten können. Wir haben uns hier, wie auch beim Medienvertrauen, im Rahmen der Kodierung entschieden, diese Faktoren grob in Gründe für Misstrauen und Gründe für Vertrauen einzuteilen.

Wie bereits zuvor erwähnt, wurde der Begründung von Vertrauen von den Befragten weit weniger Platz eingeräumt als der Begründung von Misstrauen. Diese Faktoren des Vertrauens konnten zu fünf zentralen Kategorien zusammengefasst werden (siehe Tab. 14).

Tab. 14: Gründe für Vertrauen in Politik

Code	Anzahl
(Kommunal-)Politik ist nahbar	20
Die richtigen Personen machen Politik	16
Politik macht gute Arbeit	10
Eigene Meinungen und Themen werden repräsentiert	9
Persönliche Kontakte zu Politikerinnen oder Politikern	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

(Kommunal-)Politik ist nahbar

Am häufigsten wurde als Grund für Vertrauen genannt, dass Politik – und hierbei vor allem Kommunalpolitik – als nahbar empfunden wird (in 20 von 61 Interviews). Das Vertrauen wurde hier an konkreten Personen festgemacht, entscheidend war eine lebensweltliche oder örtliche Nähe bzw. Erreichbarkeit. Statt Strukturen oder Institutionen zu vertrauen, wird Vertrauen hier auf einer persönlichen bzw. menschlichen Stufe hergestellt.

»Insofern würde ich sagen, ich habe Vertrauen in ein paar Kommunalpolitiker, weil sie mir persönlich näher sind, weil sie mit mir hier aufgewachsen sind. Es gibt hier zum Beispiel im Stadtrat jemanden, den ich seit meiner Jugend kenne und noch jemand anderes, bei dem ich schon... und so drei, vier Leute, von denen ich weiß, wie die ticken und dadurch auch ungefähr einschätzen kann, wie die reagieren werden auf was. Da habe ich auch Vertrauen, und zwar in alles.« (T53)

»In die Gemeindeebene hätte ich mehr Vertrauen, weil, genau deswegen: direkte Demokratie. Da hat man mehr... Man kennt sich einfach. Das Beispiel gerade, Landrat, das ist der [anonymisiert] jetzt bei uns, vor kurzem gewählt. Der engagiert sich wirklich in dieser [anonymisiert]-Sache sehr. Der hört die Bürger, der fährt wirklich hin, der spricht mit den Bürgern. Da hat man wirklich einen sehr positiven Eindruck. Also der nimmt die Bürger ernst.« (T49)

Zwei der Befragten erwähnten hier, als interessante Alternative zur Herstellung von wahrgenommener Nähe, die Präsenz von Politikerinnen und Politikern in sozialen Medien:

»Also bei den Politikern, von denen ich sage, deren Arbeit verfolge ich auch gerade durch das immer stärker werdende Engagement in den sozialen Medien, wo man auch ganz gut sehen kann, was die so machen, wo die sich zeigen oder mitdiskutieren, da habe ich schon großen Respekt vor deren Arbeit, deren vollen Terminkalendern. Ich habe Vertrauen in deren Arbeit.« (T39)

Die richtigen Personen machen Politik

Ebenfalls auf Vertrauen in Personen zielt der zweithäufigste Vertrauensfaktor ab, der in 16 Interviews vorkam. Demnach basiert das Vertrauen darauf, dass man konkrete Politikerinnen oder Politiker für fachlich fähig bzw. geeignet hält. Hier seien »die richtigen Personen« in politischer Verantwortung. Es geht also weniger um persönliche Nähe und mehr um wahrgenommene Eigenschaften und Kompetenzen konkreter, zumeist auch namentlich genannter Personen. Eine interviewte Person ist beispielsweise »absolut begeistert« von der Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns Manuela Schwesig, weil sie sich unter schwierigen Bedingungen sehr sichtbar für ihr Bundesland einsetze. Jemand anderes würdigte trotz inhaltlicher Differenzen die Authentizität und Ehrlichkeit der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, weil sie »offen aus[spricht], was sie so denkt und nicht unbedingt das, was vielleicht von ihr von der Regierungsspitze erwartet wird« (T30). Da sich dieses auf fachlichen und persönlichen Eigenschaften beruhende Vertrauen auf konkrete Persönlichkeiten bezieht, wird es auch Politikerinnen und Politikern jenseits der eigenen Parteipräferenz geschenkt:

»Für mich hängt das sehr von Personen ab. Ich würde zum Beispiel nicht sagen, die CDU ist von vornherein schlecht und ich bevorzuge SPD oder diese oder jene Meinung und Institution. Aber wie gesagt, es ist für mich sehr von Personen abhängig. Ich finde zum Beispiel auch die CDU in Sachsen mit ihrem Vorsitzenden Kretschmer richtig gut.« (T05)

Politik macht gute Arbeit

In etwa jedem sechsten Interview (10) wurde die gute Arbeit der Politik als vertrauensstiftend angegeben. Hier begründet also der Output politischen Handelns das Vertrauen. Die Zufriedenheit mit in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen wird zum Vertrauensvorschuss für die Zukunft.

»Ich gehe immer wählen und ich habe ein Vertrauen in die Politiker [...]. Und die haben am Anfang [der Corona-Pandemie] wirklich einen guten Job gemacht. Und dort würde ich auch sagen, dass das auch unglaublich schwer war. Und ich habe ganz oft gesagt, ich möchte nicht in der Haut dieser Politiker stecken wollen.« (T14)

»Wir vertrauen auch der Landespolitik in Sachsen. Das habe ich ja schon mehrfach anklängen lassen. Sicherlich nicht in allen Punkten, aber in wesentlichen Punkten, die die Entwicklung Sachsens an sich betreffen. Dort glauben wir, dass unsere Landesregierung momentan unterwegs ist, Sachsen positiv aufzustellen.« (T23)

Eigene Meinungen und Themen werden repräsentiert

Ähnlich viele Befragte (9) erwähnten schließlich, dass ihr Vertrauen darauf basiert, dass ihnen persönlich wichtige Themen in der Politik adressiert werden, meist auch in einer Form, die die eigene Meinung repräsentiert. So meinte eine Person, sie glaube schon, »dass sich die Politik mit Dingen beschäftigt, die für meinen Alltag auch wichtig sind« (T60). Dies ist insofern interessant, da es – wie wir im Folgenden sehen werden – einer Vielzahl weiterer Interviewter ganz anders geht. Die Wahrnehmung, inwiefern die eigene Lebensrealität (und teilweise auch die eigenen Meinungen dazu) durch die Politik gesehen wird, spielt bei der Bildung von Ver- oder Misstrauen in jedem Fall eine zentrale Rolle. Jene, die daraus Vertrauen ziehen, reflektierten dabei gelegentlich auch, dass die Politik zwangsläufig nicht immer nur die eigenen Perspektiven repräsentieren kann, und scheinen diese Tatsache zu akzeptieren.

»[Interviewfrage: Wird Ihr Hauptanliegen da angepackt?] Auf alle Fälle, dass das schon angekommen ist, dass wir ein klimatisches Problem haben. Ich sehe schon auch, dass die Politiker sich für außenpolitische Themen engagieren. Es gibt trotzdem auch Diskussionen über: Wie gehen wir weiter mit den sozial Schwachen um? Das sind schon Themen, die mich genauso betreffen oder die mir wichtig sind, die ich schon irgendwo in der Politik widergespiegelt sehe, auch wenn das Ergebnis vielleicht nicht immer das ist, was ich für richtig halte. Aber es ist schon so, dass sie sich grundsätzlich schon um Dinge kümmern. Ja.« (T07)

»Ich denke schon, dass Meinungen, die ich vertrete, in Parteien wiederzufinden sind. Vielleicht nicht nur in einer, aber dafür haben ja wir die Möglichkeit, Koalitionen zu bilden.« (T24)

Persönliche Kontakte zu Politikerinnen oder Politikern

Ein weiterer wiederholt genannter Grund, der in fünf Interviews vorkam, greift wieder den Aspekt der Nähe zu Politikerinnen und Politikern auf – nun aber ganz unmittelbar. Es handelt sich dabei um Berichte über persönliche Bekanntschaften oder Kontakte mit Politikerinnen oder Politikern, die sich dann auch generell als prägend für das Vertrauen in »die Politik« erwiesen.

»Zu unserem sächsischen Ministerpräsidenten habe ich eine relativ... eine Zustimmung, auch ein gewisses Vertrauen. Ich hatte schon einmal die Gelegenheit persönlich mit ihm zu sprechen. Ja, er war hier in [Ort in Sachsen] und es ging um allgemeine Fragen, zu der Anfangszeiten noch. [...] Und daraufhin habe ich ihn angesprochen in einer Frage. Ich habe mich gemeldet und so weiter, er hat ganz offen gesagt: ›Kann ich Ihnen nichts dazu sagen, ich gebe Ihnen meinen Referenten, der wird sich darum kümmern‹, was absolut okay ist, es ist mir lieber so, als wenn man irgendetwas sagt: ›Bla bla bla‹ und dann ist nichts« (T30).

5.3.4 Gründe für Misstrauen gegen Politik

Vor dem Hintergrund der zu beobachtenden Demokratieunzufriedenheit ist die Frage nach den Gründen für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik eine entscheidende. Die Angaben dazu in den Interviews waren zahl- und umfangreich. Am Ende der Auswertung konnten wir 13 Kategorien bilden, die wiedergeben, wo es den Befragten beim Politikvertrauen am meisten »unter den Nägeln brennt«.

Tab. 15: Gründe für Misstrauen gegen Politik

Code	Anzahl
Fehlende Repräsentation/Nicht-gesehen-werden	30
Politikerinnen und Politiker bereichern sich persönlich (Korruption/Machtgier)	24
Politikerinnen und Politikern fehlt fachliche oder charakterliche Eignung	24
Politik hält Versprechen nicht bzw. ist unzuverlässig	24
Politische Konkurrenz statt Sachpolitik	22
Ausgrenzung von Meinungen und fehlende Meinungsvielfalt	21
Distanz zur Politik in Land, Bund und EU	20
Lobbyismus/Verflechtungen mit Wirtschaft	17
Unfähigkeit, Probleme zu lösen	17
Politik vertritt eigene Agenda	13
Strukturelle Defizite des politischen Systems	11
Schlechte Kommunikation mit Bevölkerung/Intransparenz	10
Persönliche Erfahrungen mit Politikerinnen und Politikern	7

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Bei den Gründen für Misstrauen gegen Politik (siehe Tab. 15) kamen auch die fünf Faktoren für Vertrauen vor, die wir im vorherigen Abschnitt betrachtet hatten, wurden aber eben entgegengesetzt wahrgenommen. Dazu gehört auch bereits der häufigste Misstrauensgrund: die Wahrnehmung, dass die eigenen Themen und Lebensumstände in der Politik nicht repräsentiert werden.

Fehlende Repräsentation/Nicht-gesehen-werden

Immerhin fast die Hälfte aller Interviewten (30) gab an, sich nicht gesehen zu fühlen (während, wie bereits erwähnt, neun andere Personen der Politik gerade vertrauten, weil ihre Themen repräsentiert seien). Unter unseren Befragten scheint sich demnach nur eine Minderheit angemessen repräsentiert zu fühlen. Die Beispiele waren dabei sehr vielfältig.

Besonders häufig (in neun Interviews) tauchte dabei der Vorwurf auf, der ländliche Raum werde vernachlässigt. Ein Interview ist dabei besonders eindrücklich: In diesem wurde das eigene langjährige ehrenamtliche Engagement in Kommunalpolitik sowie örtlichen Vereinen geschildert, um schließlich mit einer gewissen Verzweiflung und Resignation zum Schluss zu kommen: »[I]ch habe wirklich aufgegeben. Weil wir keinen Widerhall finden, also die Meinung des ländlichen Raums findet keinen Widerhall dort, wo es Widerhall finden müsste« (To6). Die Politik kümmere sich nicht um ländliche Probleme wie aussterbende Dörfer, fehlende wirtschaftliche Entwicklung oder unzureichende Infrastruktur und lasse die Engagierten vor Ort damit im Stich.

Andere Interviewte beklagten allgemeiner, der Politik fehle es am Verständnis für Alltagsfragen der Bürgerinnen und Bürger. Die konkreten, praktischen Sorgen und Nöte der Menschen würden nicht gesehen.

»Was für Probleme packen die an, die ich für wichtig halte? Die machen eigentlich das Gegenteil. Was packen die denn an? Helfen Sie mir, worüber diskutieren die denn gerade? Bringen Sie mir mal eine Auswahl. Was könnte denn gerade sinnvoll sein, was die machen?« (T42)

»Dann Bürgerinitiativen funktionieren auch kaum, weil die Menschen so mit ihren Sorgen allein gelassen werden, dass sie wirklich zu kämpfen haben. Ums Überleben. Jetzt gerade Corona, Jobverlust und solche Sachen. Viele sind am Rand, jetzt noch Häuser-, Gebäudesanierung und so weiter. Viele denken: ›Wie werde ich überleben? Also Luxusprobleme brauche ich nicht.« (T49)

Bei drei Befragten wurde darüber hinaus »der Osten« als benachteiligte Region genannt. Spezifisch ostdeutsche Interessen würden nicht ausreichend gesehen oder im politischen Prozess repräsentiert.

»Und wenn ich dann die großen Politiker höre: ›Ja, die Wahlen, die werden im Westen entschieden, da haben wir so viel mehr Wähler, was interessiert uns der Osten?‹ Das haben die wirklich gesagt, das habe ich live erlebt, im Fernsehen, dass so was gesagt wurde. Und da frag ich mich... das ist... ich weiß nicht. Da ist kein Vertrauen da.« (T54)

Politikerinnen und Politiker bereichern sich persönlich (Korruption/Machtgier)

Der Vorwurf der persönlichen Bereicherung kam, ebenso wie die folgenden beiden Gründe, in 24 Interviews vor und wurde unterschiedlich stark formuliert. Einzelne äußerten etwa »zunehmend immer mehr Verdacht von Korruption und Opportunismus« (T45) oder sahen bei Abgeordneten persönliche Bereicherung. Eine Person erwähnte beispielsweise die Vermutung, Politikerinnen und Politiker hätten nach dem Ausbruch des Coronavirus persönlich »an der Pandemie verdient« (T59). Korrupte Motive werden aber auch generell unterstellt:

»Und heute ist es wieder so, dass man das Gefühl hat, hier gibt es Leute, die wollen ihren Machtbereich sichern und wollen sich bereichern, noch in viel größerem Umfang als damals [zu DDR-Zeiten, Anm. d. Aut.]. Und die Leute fallen in den DDR-Modus, in dem sie davon ausgehen: ›Ich kann denen sowieso nicht trauen, die erzählen was und meinen etwas ganz anderes. Und ich kann eigentlich von der Politik nichts Gutes mehr erwarten.« (T43)

Andere Befragte verdächtigten Politikerinnen und Politiker nicht der monetären Bereicherung, sondern vielmehr des eigennützigen Machtstrebens, auch wenn beide Aspekte häufig verknüpft vorkamen. Der eigene Machtgewinn und -erhalt sei manchen wichtiger als das Wohl der Bevölkerung, »weil die alle an ihren Posten hängen« (T30).

»Ich habe Schwierigkeiten, einzelnen Politikern zu vertrauen, bei denen ich sehe, dass die Karriere eher im Mittelpunkt steht als die Sache. Nur sind es natürlich auch nur Menschen, wenn so etwas zeitweise oder ein- oder zweimal auftritt, dann verzeihe ich denen das auch immer einigermaßen. Aber wenn man nur mit so etwas... Wenn ich an den Verkehrsminister denke, vielleicht ist da die bayerische Klientel-Politik auf Bundesebene, das ist für mich nicht vertrauenerweckend.« (T47)

Politikerinnen und Politikern fehlt fachliche oder charakterliche Eignung

Unabhängig von oder zusätzlich zu solchen problematischen Intentionen wurde Politikerinnen und Politikern auch häufig vorgeworfen, fachlich oder charakterlich nicht geeignet zu sein (in 24 Interviews). In einem Fall wird etwa die Karriere von Ursula von der Leyen als Beispiel dafür herangezogen, dass man nicht zuerst als Familien-, dann als Verteidigungsministerin und schließlich als EU-Kommissionspräsidentin gleichermaßen fachlich geeignet sein könne, »dabei kann die gar nicht Ahnung von allem haben« (T17).

»Also, das ist ja schon deutlich sichtbar, dass das Personal nicht immer nach oder sehr selten nach Qualifikation ausgewählt wird, sondern vorrangig nach Karriereschritten. Und das führt halt dazu, dass oftmals Personen in Ämtern sind, die jetzt von ihrer Qualifikation und von ihrem Wissen, ihrem Können jetzt vielleicht eigentlich nicht dorthin gehören würden. Und das finde ich halt grundsätzlich auch nicht optimal.« (T40)

Weitere Interviewte betonten stärker die fehlende charakterliche Eignung. So ging es in einem Interview um Lügen in der Politik, indem ein Bogen von Olaf Scholz' »Gedächtnislücken« (T30) zu Cum-Ex-Geschäften bis zu Helmut Kohls Schweigen in der CDU-Schwarzgeldaffäre geschlagen wurde. Andere prangerten aber beispielsweise auch Narzissmus an:

»Ich kenne keinen Politiker oder Politikerin, bei denen ich nur annähernd das Gefühl habe, dass deren einzige Intention das Gemeinwohl ist. Wenn man genau hinguckt, sind es in der Regel narzisstische Persönlichkeiten, die da ganz oben stehen. Egal in welcher Partei.« (T48)

Politik hält Versprechen nicht bzw. ist unzuverlässig

Wie in Kapitel 5.1 dargestellt, gehört Verlässlichkeit für unsere Interviewten zu den wichtigsten Aspekten, wenn es um persönliches Vertrauen geht. Dies spiegelte sich nun auch hier wider, wenn 24 von ihnen kritisieren, dass die Politik ihre Versprechen nicht halte oder unzuverlässig agiere: »[...] Himmelherrgott, man sollte sich auch an Abmachungen halten« (T18).

»Ich gucke schon, was sagen *die*, was sagen *die* und vor allen Dingen: Wie wird es umgesetzt am Ende? Wenn man sich eine Legislatur anguckt und sieht am Ende oder man guckt nach: Was haben sie damals versprochen? Was ist heute daraus geworden? Das ist natürlich auch so eine Sache, wo Vertrauen flöten gehen kann.« (T05)

»Wenn Sie die letzten zwei Jahre Corona-Zeit betrachten, Sie haben es ja bewusst miterlebt. Also ich höre nicht mehr hin. Weil das keiner mehr nachvollziehen kann, wie eine Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin zusammenkommt, ob persönlich oder digital ist egal. Da werden Beschlüsse gefasst, und die sind schon zwölf Stunden später hinfällig, weil jeder selber macht, was er denkt. Und das ist nicht nur *da* so. Das ist auch oft in Wahlprogrammen, die von der Bevölkerung nur oberflächlich inhaltlich registriert werden. Da kommt auch oft nicht das, was da drinstand.« (T59)

Dabei wurde von zehn Interviewten die Vorstellung vorgetragen, Parteien würden ihre eigenen Ansprüche oder Ideale verraten. Dieser Vorwurf scheint zu einem besonderen Vertrauensverlust zu führen, da hier der Verdacht eines Betrugs an der Wahlbevölkerung im Raum steht, die sich in der Regel an den artikulierten Zielen der Parteien orientiere. Auffällig ist, dass sich allein sechs der zehn betreffenden Äußerungen auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen bezogen, während weiteren Passagen mit diesem Vorwurf allgemeiner formuliert waren und keine andere Partei namentlich genannt wurde.

»Wenn man das vergleicht, was die Grünen in ihrem Programm gesagt haben, bevor sie in die Verantwortung kamen und das, was sie jetzt machen, das ist ja... Mehr als 180 Grad kann man sich nicht drehen.« (T34)

»Oder warum machen zum Beispiel die Grünen innenpolitisch jetzt so einen Irrsinn, hier auch vor Rügen, da mit ihrem Gas. Das ist mal die Partei gewesen, die angetreten ist als Umweltschutz, jetzt werden Windräder gebaut an Stellen, die früher tabu waren. Der Habeck versucht das durchzudrücken wie so ein kleiner Diktator. Und da habe ich kein Verständnis. Da muss ich sagen, die sind für mich unglaublich. Tut mir leid.« (T18)

Politische Konkurrenz statt Sachpolitik

Wie auch schon in einigen Zitaten anklang, sind viele Befragte (22) skeptisch, ob statt Sachpolitik nicht vielmehr Parteiinteressen und eine Eigenlogik des politischen Systems im Zentrum des Handelns von Regierungen und Parlamenten stehen: »Da denke ich, die Parteipolitik steht dort im Vordergrund und nicht das Land« (T15). Es werde nur noch »in Lagern gedacht«, statt dass es darum gehe, »was ist das Beste für die Bevölkerung im Land« (T27). Dies wurde oft mehr oder weniger explizit mit einem Bedürfnis nach sachorientierten Konsenslösungen verbunden. Die Konkurrenz der Parteien führe dazu, dass für Politikerinnen und Politiker ihre eigene Präsentation und Darstellung ins Zentrum rücke und damit eine zielorientierte Diskussion verhindert werde, die versucht, alle Positionen angemessen zu berücksichtigen.

»Und mich ärgert auch – ich weiß nicht, ob die Frage noch kommt – mit den einzelnen Parteien. Ich war immer der Meinung, dass die *miteinander* was diskutieren müssen und sich dann festlegen. Es ist ja aber nicht so. Es sind diejenigen, die regieren, und die Opposition, die immer dagegen ist, immer, immer, immer.« (T22)

Eine früher selbst parteipolitisch aktive Person bringt dies so zum Ausdruck:

»Ich würde ja davon träumen, dass wir politisch von der Debattenkultur zurückkommen in eine Diskussionskultur, wo wirklich die Vor- und Nachteile von bestimmten Dingen alle auf den Tisch kommen, wie zu diesem Zeitpunkt bekannt. Und man sich dann wirklich darüber austauscht, wie es denn jetzt am besten sein kann. Ich habe das in der Politik nicht so erlebt, dass das passiert, sondern ich habe es erlebt, dass diejenigen, die sich am besten verkaufen können, jeden Murks da durchbringen. Hauptsache sie sind fantastische Verkäufer.« (T09)

Ausgrenzung von Meinungen und fehlende Meinungsvielfalt

Der Vorwurf, bestimmte Meinungen würden ausgegrenzt und es gebe insgesamt zu wenig Meinungsvielfalt, den wir bereits als wichtigen Kritikpunkt an journalistische Medien beobachten konnten, nahm auch eine wichtige

Rolle als Grund für Misstrauen gegen Politik ein (in 21 Interviews). Dazu gehörten Anschuldigungen, dass jede Person mit abweichenden Meinungen gleich als »Nazi« oder »Querdenker« diffamiert werden würde. Aus Sicht dieser Interviewten wird berechnete Kritik an Corona-Maßnahmen oder der Asyl- und Einwanderungspolitik mit Ausgrenzung vom Diskurs und öffentlicher Abwertung beantwortet.

»[D]a kamen Politiker in diesen Medien mit Schlagworten wie ›Covidioten‹, mit Pauschalisierungen und persönlichen Diffamierungen [...]. Also ich war einfach empört und frustriert über diese Art der verbalen Entgleisung, der verbalen Radikalisierung, was hier passiert.« (T45)

»Und das nächste Ding ist, du bist ja schon seit..., weiß gar nicht, seit 2015, wo die ganzen Ausländer hier reingekommen sind, dass du dann immer, wenn du gegen irgendetwas sprichst, gleich Nazi bist. Es gibt vielleicht schon ein paar Nazis bei uns hier in dem Land. Aber das heißt doch nicht, wenn ich anderer Meinung bin, dass ich doch nazistisch veranlagt bin.« (T37)

Während hier oft eine gewisse persönliche Betroffenheit anklang, da die als diffamiert wahrgenommenen Positionen meist geteilt werden oder doch zumindest eine gewisse Sympathie ihnen gegenüber besteht, kritisierten einige Befragte den Umgang der anderen Parteien mit der AfD, selbst wenn sie dieser erklärtermaßen nicht nahestanden. Manche beschrieben dies als undemokratische Ausgrenzung: »Wenn es eine Partei ist, die gewählt wird und auch zur Wahl antreten darf, da kann ich nicht vorher sagen, dass ich sie ausschließen will [...]« (T10). Andere sahen die Gefahr, dass dadurch notwendige Mehrheiten für wichtige Entscheidungen immer seltener erreicht werden:

»Was verändern können Sie nur mit Mehrheiten. Diese Mehrheiten lassen sich aber nicht erreichen, sollen auch nicht erreicht werden, weil es gibt ja jetzt eine große Mehrheit, die ist dadurch entstanden, dass man eine Minderheit ausgrenzt und sagt: ›Hier mit den Schmuddelkindern, da spielen wir nicht, mit der AfD.« (T44)

Distanz zur Politik in Land, Bund und EU

In gewisser Weise als passendes Gegenstück zur Betonung, dass Vertrauen in Politik noch am ehesten auf kommunaler Ebene bestehen würde, äußerten 20 der Interviewten ein distanziertes Verhältnis zur Politik auf Ebenen oberhalb der Kommune. Dabei wurde in der Regel umso mehr Misstrauen geäußert, je höher die Ebene ist: »Je weiter oben, desto schlimmer« (T42). Gerade die Politik in Berlin und Brüssel wurde als fremd und entfernt beschrieben. Dabei schwang auch die Vorstellung mit, dass Politikerinnen und Politiker auf höheren Ebenen zunehmend den Bezug zu Bürgerinnen und Bürgern verlieren würden.

»Ich kann mit dem Bürgermeister reden, ich kann mit Kreistagsmitgliedern reden. Alles kein Problem. Auf dieser persönlichen Ebene ist es gut, da habe ich auch teilweise Vertrauen zu den Leuten. Aber sobald die handeln müssen in ihren Strukturen des Kreistages, des Landtages, der Bundesregierung oder des Bundestages, da war es das dann.« (T21)

Grundlage dieser Distanz schien häufig auch fehlendes Wissen, aber vor allem fehlende Transparenz und Kommunikation zwischen Institutionen und Menschen zu sein:

»Die EU ist selbst für mich als politisch interessierten Menschen so weit weg und so eine Blackbox, dass ich überhaupt gar keine Ahnung habe, wie das dort zusammenhängt. Ich weiß nur, dass dieses riesige Parlament auch gar keine parlamentarische Funktion in dem Sinne hat, dass es auch keine Regierung in dem Sinne gibt.« (T60)

Lobbyismus/Verflechtungen mit Wirtschaft

In 17 der Interviews wurde Lobbyismus in den politischen Institutionen bzw. eine zu enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft beklagt. Der große Einfluss von Interessengruppen verhindere gute Politik im Interesse der Bevölkerung.

»Und bei der Bundesrepublik oder Bundesregierung und den Institutionen, die sind so durch Lobbyismus durchwoben, da ist man per se schon immer erstmal sehr skeptisch.« (T41)

»Ich denke, die [Politikerinnen und Politiker] agieren nicht mehr voll nach den Gegebenheiten, sondern sind immer irgendwie von der Wirtschaft, von der Macht und allem Möglichen gesteuert. Das macht mir auch gerade Angst, weil ich das Gefühl habe, dass die Wirtschaft immer mehr das alles übernimmt und ich weiß nicht, ob die denken, dass sie Geld essen können, wenn hier eine Wüste wäre [angesichts einer verfehlten Umweltpolitik, Anm. d. Aut.] oder irgendetwas?« (T16)

Unfähigkeit, Probleme zu lösen

In ebenfalls 17 Interviews wurde das eigene Misstrauen gegen Politik damit begründet, dass diese nicht in der Lage sei, richtige Entscheidungen zu treffen und damit drängende Probleme zu lösen. Während die Verantwortung dafür schon weitgehend bei der Politik selbst gesehen wurde, wurde teilweise aber auch auf Alternativlosigkeiten oder eine zunehmend überfordernde Komplexität der Welt verwiesen. Die Beispiele, welche »richtigen Entscheidungen« fehlen würden, variierten dabei stark.

»Ich habe eher den Eindruck, dass die Politik seit Jahren nur den Ereignissen hinterherrennt. Und dadurch ist es... Was gerade anliegt muss bearbeitet werden und das wird ja auch bearbeitet. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass man jetzt weit schaut. [...] Ich habe nicht das Gefühl, dass die noch ihre Planungshoheit haben. Also, ich glaube, die haben die schon vor Jahren abgegeben. Die rennen eigentlich nur noch.« (T03)

»Die [Themen, die mir wichtig sind] werden angesprochen, aber ich sehe nicht, dass wirklich diese zukunftssträchtigen Lösungen rumkommen. Die Lösungsvorschläge, die sind immer alle sehr kurzfristig, und die sind auch nicht zu Ende gedacht.« (T09)

Politik vertritt eigene Agenda

Im Zusammenhang mit einem grundsätzlich erschütterten Politikvertrauen konnten wir bei 13 Interviewten Positionen finden, die der Politik Lügen, Manipulationen oder gar Betrug an den Wählerinnen und Wählern unterstellen. Hier schwang die Vorstellung mit, die etablierten politischen Kräfte würden einer eigenen Agenda folgen. Gelegentlich wurde dabei zur Begründung wieder eine sich verselbstständigende Eigenlogik der Politik herangezogen, in der Unehhrlichkeit und Lügen dazu gehören würden.

»Die sind ja oben, aber irgendjemand müsste es auch mal sagen: ›So Leute, so geht es nicht!‹ Man muss doch auch sehen, dass sie vom Volk gewählt sind, die sind doch nicht einfach von Geburt an Vorsitzende und dieses und jenes. Aber das Volk fällt hinten herunter und die werden immer reicher.« (T51)

»Aus [Friedrich] Merz spricht Blackrock [die US-Investmentgesellschaft, Anm. d. Aut.] – den habe ich schon nicht gemocht, bevor er wieder aus der Versenkung kam. Der hatte ja mal die tollen Steuergesetz-Ideen und so weiter, früher, wo er noch was zu sagen hatte. Und das war damals schon schlimm für mich. Aber jetzt mit seinem Blackrock-Hintergrund kann man dem gar nicht vertrauen. Das geht gar nicht. Dahinter stehen ganz andere Interessen. Da steht nicht das Interesse des deutschen Volkes dahinter, niemals und um nichts in der Welt.« (T23)

Drei bis fünf Befragte äußerten – je nachdem, wie eng man die Definition zieht – Verschwörungsannahmen. Der zentrale Bezugspunkt war auch an dieser Stelle die Corona-Pandemie:

»Wir gehören als digitalisiertes Wesen jetzt geimpft, markiert, laut internationalem Patentrecht gehören wir dem Erfinder dieses Patents, die Geimpften sind GMOs [genetisch modifizierte Organismen, Anm. d. Aut.] und unterstehen dem Patentrecht. Also sie haben eigentlich ihr Eigentumsrecht, also Persönlichkeitsrechte, abgetreten. Auf verschiedensten Ebenen. Und sind sich dessen gar nicht bewusst. Das finde ich gefährlich.« (T44)

In einem Interview wurde im Zusammenhang mit der Pandemie behauptet, dass »fünf oder sechs Leute auf dieser Welt«, darunter Bill Gates, »die Fäden

an der gesamten Weltpolitik ziehen« (T37). Dieselbe Person spielte auch auf die Erzählung eines »Großen Austauschs«²⁷ an:

»Muss ich auch sagen, jetzt haben wir viel mehr Menschen, auch durch die Einwanderung, in Deutschland reinbekommen. [...] Vielleicht haben die die deshalb reingeholt, um die Politik durchzusetzen, weil die denken ja wieder anders als wir. Die bringen ja, so wie die groß geworden sind, bringen sie ja die Denkweise hier rüber. [...] Und ihre mit diesen... wie heißt das jetzt? Religion. Die ist ja nicht von heute auf morgen weg, nur weil sie hier leben. Und da ja die Denkweise der Masse eine große Rolle spielt für die Politik, habe ich manchmal das Gefühl, dass es ja auch, also nicht... alles ist geplant in der Politik.« (T37)

Weitere Gründe für Misstrauen

Andere Begründungen für Misstrauen konnten wir drei verschiedenen Kategorien zuordnen: Zunächst finden wir Kritik an spezifischen Defiziten des politischen Systems, von der Größe des Bundestags bis zu Regelungswut und überbordender Bürokratie (11 Interviews).

»Und wenn ich an Berlin denke, ein Haufen Menschen, knapp 800 glaube ich, das kann nie was werden. So ein Haufen Menschen, die voll damit beschäftigt sind, sich selber zu verwalten, die interne Kommunikation aufrechtzuerhalten, ihre Netzwerke zu pflegen, ihre Posten zu sichern, sich zu überlegen, wie komme ich bei der nächsten Wahl auf der Liste möglichst weit hoch. 800 Leute, können Sie vergessen.« (T42)

»Wir haben das Leben in Deutschland und uns selbst und die ganzen Regeln so kompliziert gemacht. Ich wollte auch gar nicht Politiker werden, weil, ich würde gar keine Politik machen, ich würde den ganzen Tag nur Paragraphen lesen. Und dann kommt wieder jemand und sagt: ›Du hast aber vergessen, dass der Zusatz zwei vom Paragraphen drei eigentlich sagt, dass du das gar nicht machen darfst.« Okay, dann mache ich das nicht. Und das frustriert mich an der Politik.« (T39)

27 Dabei handelt es sich um die Vorstellung, »das ›deutsche Volk‹ [habe] nicht nur dramatische Geburtenrückgänge zu verzeichnen, sondern werde gleichzeitig durch Menschen ersetzt, die als nicht-volkszugehörig, als fremd, verstanden werden« (Kutscher 2023: 9).

Bei zehn Befragten, spielte Kritik an einer schlechten Kommunikation der Politik mit der Bevölkerung und an fehlender Transparenz eine Rolle.

»Denn der Bürger hat ja per se Verständnis für Vieles, wenn man ihm das aufzeigt, aber es muss eben gemacht werden.« (T41)

»[D]a ist ein bisschen was dran, dass man sich nicht traut, den Leuten alles an Wahrheit zuzutrauen. Dass Politiker in Floskeln reden, nicht direkt. Ich persönlich würde es besser finden, würde Herr Scholz ganz eindeutig sagen: ›Es tut mir leid, die Haushaltslage gibt es einfach nicht her.‹ Anstatt drum herumzureden und irgendwelche anderen Gründe zu finden.« (T58)

Persönliche negative Erfahrungen mit Politikerinnen und Politikern wurden in sieben Interviews als Grund für Misstrauen genannt.

»Damals zu Corona habe ich an alle Abgeordneten geschrieben und überall bei Petitionen mitgemacht. [...] Manche haben auch geantwortet. Es waren auch sehr böse Antworten dabei, auch wirklich unter der Gürtellinie, muss man sagen. Das habe ich auch alles schön gespeichert, für Notfälle, es waren wirklich böse Sachen. Damals bei Corona haben wir auch mit dem Sozialministerium Sachsens gesprochen, also Köpping-Ministerium [gemeint ist Sozialministerin Petra Köpping, Anm. d. Aut.], das war auch böse.« (T49)

Kritik nach Politikfeldern

Neben den Gründen für Misstrauen wurde bei der Kodierung auch erfasst, an welchen Politikfeldern – von Außen- bis Digitalisierungspolitik – Kritik geäußert wurde.²⁸ Die Gesundheitspolitik in der COVID19-Pandemie wurde aufgrund der zahlreichen Äußerungen hierzu getrennt von anderen Themen der Gesundheitspolitik betrachtet (siehe Tab. 16).

28 Die Bezeichnungen der angegebenen Politikfelder wurden induktiv aus dem Material gebildet und richten sich nicht nach politikwissenschaftlichen Einteilungen oder Ressortzuschnitten in Ministerien. So wird Digitalisierungspolitik einzeln angegeben, obwohl das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) auch für Digitalisierungsfragen zuständig ist.

Tab. 16: Kritik nach Politikfeldern

Code	Anzahl
Kritik an Gesundheitspolitik (nur COVID19-Maßnahmen)	21
Kritik an Bildungspolitik	18
Kritik an Klima- und Umweltpolitik	17
Kritik an Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik	15
Kritik an Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik	12
Kritik an Außenpolitik	10
Kritik an Föderalismus oder Kommunal- und Kreisreformen	9
Kritik an Energiepolitik	8
Kritik an Gesundheitspolitik (ohne COVID19-Maßnahmen)	7
Kritik an Finanzpolitik (inkl. Steuerpolitik)	6
Kritik an Gleichstellungs- und Frauenpolitik	5
Kritik an Verkehrspolitik	5
Kritik an Innen- und Sicherheitspolitik	4
Kritik an Digitalisierungspolitik	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Angesichts des Untersuchungszeitraums erwartbar, kam die Kritik an Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV-2 mit 21 Interviews am häufigsten vor. Es fanden sich aber verschiedene Spielarten der Kritik unter den Befragten.

Die meisten (13) bemängelten, dass die Maßnahmen zu weit gegangen seien bzw. die Freiheit zu sehr eingeschränkt hätten. Zum Teil wurde dabei auch der Vorwurf geäußert, die Politik habe aus einer eigenen Agenda heraus unberechtigterweise in »panischer Weise Angst gemacht« (T57). Auch weitere Äußerungen lassen es an Deutlichkeit nicht vermissen:

»Ich denke durch gewisse Regeln, die man aufstellt, schränkt man ein. Ich fand die Ausgangsperre zu Corona-Zeiten für eine krasse Einschränkung. Ich sage, das hat nichts mehr mit Demokratie zu tun. Das ist ein autoritärer Zug von einem Staat oder von einem System. Wenn man den Vergleich mit anderen Ländern hat, war das fraglich.« (T61)

»Ich glaube, zumindest seit Corona, dass die Politik nicht ehrlich ist, dass uns Dinge vorgegaukelt werden und dass Dinge gemacht werden, die tatsächlich Schaden anrichten. Die Stigmatisierung der Ungeimpften, das ist für mich furchtbar. Furchtbar.« (T34)

Weitere fünf Personen waren gegenteiliger Ansicht und kritisierten, dass die Maßnahmen zu spät, nicht lange genug oder nicht umfangreich genug Anwendung fanden.

»Wir haben keine konsequente Handlungsweise mehr und das wird immer schlimmer. Die Bevölkerung bekommt Informationen, die dann tatsächlich nicht durchgesetzt werden. Wie kann man denn der Bevölkerung zum Beispiel vermitteln, dass wir ab 16. März eine berufsbezogene Impfpflicht haben, aber im Gesetz steht, das ist eine Kann-Bestimmung.« (T59)

»Ich habe selbst das Gefühl, wer geimpft ist hat Glück, dass es vielleicht nicht so schlimm wird und der Rest wird jetzt durchgeseucht und gut. Anders ist das nicht zu erklären, warum man keinen Lockdown mehr macht und Schulen offenlässt und eigentlich so gut wie gar keine Maßnahmen mehr hat, obwohl jetzt eine so schlimme Welle auf uns zurollt.« (T46)

Schließlich äußerten drei weitere Personen Kritik am Verfahren, insbesondere an der Kurzfristigkeit und regionalen Uneinheitlichkeit vieler Maßnahmen.

»Wenn man jetzt allein die Gesundheitspolitik nimmt: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn die [Maßnahmen] konkreter gewesen wären. Aber die waren nie konkret. Das war immer nur so... Und dann haben die Länder einzeln entschieden und ich als Bürger hätte gesagt: ›Wenn ihr das so entscheidet, dann mache ich das so.‹ Aber es wurde nichts entschieden.« (T39)

Während sich bei diesen Kritiken mit Pandemiebezug noch Muster ähnlicher inhaltlicher Kritik ausmachen ließen, streut der Inhalt der Kritik bei allen anderen Politikfeldern so stark, dass eine angemessene Zusammenfassung nicht mehr möglich ist. Wenn wir beispielsweise die Kritik an der Bildungspolitik betrachten (18 Interviews), wurden hier so unterschiedliche Fragen wie ein bundesweit einheitliches Abitur, Schulschließungen im

ländlichen Raum, längeres gemeinsames Lernen, Lehrkräftemangel oder kostenlose Schulspeisung thematisiert. Teilweise wurde die Bildungspolitik auch eher allgemein kritisiert:

»Jetzt am Beispiel der Bildung, wenn die Gesellschaft wirklich daran interessiert wäre, den eigenen Kindern die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen, bräuchten sie es bloß zu machen. Es ist alles bekannt, man weiß, was geht, was gut ist, was nicht und so weiter. Das wird aber nicht gemacht, da frage ich mich warum.« (T48)

Die Kritik an der Klima- und Umweltpolitik (17 Interviews) bezieht sich ebenfalls auf ganz unterschiedliche Bereiche und politische Maßnahmen. Hier fanden sich so verschiedene Forderungen wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, unterirdische CO₂-Speicherung oder die Förderung von Wasserstoff-Brennstoffzellen. Von manchen Befragten wurde auch eine »Angstmache« oder Hysterie in der Klimapolitik bemängelt:

»Jetzt kommt das Klima zunehmend in den Vordergrund und die werden uns zumüllen [...] bis zum Gehnichtmehr. Klima, Klima, Klima und jeder wird erzählen, wie schlimm das alles ist, es werden Leute mit ernster Miene irgendwo stehen, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, aber uns erklären, wie schlimm das alles ist.« (T18)

Es lässt sich bei allen Differenzen allerdings beobachten, dass viele der vorgeschlagenen Lösungen für Umweltprobleme (und insbesondere den Klimawandel) technologischer Natur sind, statt etwa gesellschaftliche Veränderungen oder einen Konsumverzicht anzuregen.

»Es wird nicht einmal überlegt, was können wir denn machen? Die Zeit ist weiter gegangen, wir haben andere Technologien. [...] CO₂-Verpressung wurde aufgrund von Bürgerprotesten und politischen Leuten, die keinen Arsch in der Hose haben, fallengelassen. Jetzt machen wir es in Dänemark, jetzt machen wir es in Kanada, deutsches Patent, bitte. Warum nicht?« (T18)d

Von 15 Interviewten wurde eine Kritik an der Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik geäußert. Der Fokus lag hierbei in der politischen Bearbeitung

von Flucht und Migration seit der entsprechenden Krise von 2015/16. Während in einem Interview zu wenig Unterstützung für Geflüchtete beklagt wurde und vier weitere Interviews einzelne Maßnahmen, aber nicht die grundsätzliche Haltung der seit 2015 amtierenden Bundesregierungen kritisierten, äußerten sich zehn Personen klar ablehnend gegenüber der Aufnahme (weiterer) Geflüchteter. Die entsprechenden Textstellen relativieren dabei teilweise die Not der Betroffenen und enthalten abwertende Stereotype.

»Und auch mit den Flüchtlingen, das war genauso. Ja, die [Angela Merkel] ist umgefallen, die hat im Prinzip gesagt, ihren Quatsch: ›Wir nehmen die alle auf.‹ Lass sie doch drei, vier Wochen irgendwo sein, ihre Pässe nachweisen, sie kommen nirgends... Fahren Sie mal in ein anderes Land und sagen, ich gehe so hin. Da werden Sie aber zurückgepiffen. Und so etwas hätten sie eher machen müssen. Ja, da wird dann immer gesagt: ›Menschlichkeit und Tralala‹, aber die Leute wären nicht verhungert, das ist Unsinn, die hätten auch warten können, auf ein Verfahren, und die hätten auch ihre Pässe ganz schnell gefunden, das sage ich Ihnen. Das waren so Dinge, die ich der Frau Merkel übelgenommen habe.« (T18)

»Ich denke manchmal, die jungen Leute, man hört es manchmal, die erschlagen einen Rentner und erstechen den. Und das sind auch manchmal Ausländer. Das Problem mit den Ausländern ist ja noch schlimmer, weil die irgendwie einen Freibrief hier haben. Dass die eine große Strafe kriegen oder verurteilt werden, da traut sich keiner ran. [...] [Wenn das Hallenbad unserer Schule saniert werden muss,] [d]ann muss ich eben Abstriche bei den Flüchtlingen machen. Also mit den Flüchtlingen... (atmet hörbar aus) Wie gesagt, alles schön und gut, aber ich muss erst meine Leute versorgen.« (T32)

Weitere häufig angesprochene Politikfelder waren Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik (12 Interviews), Außenpolitik (10), Föderalismus (einschließlich Kritik an Kommunal- oder Kreisreformen, 9) oder die Energiepolitik (8). Letztere wurde vor allem im Zusammenhang mit Sanktionen gegen Russland nach dem Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und den damit verbundenen Einschränkungen in der Erdgasversorgung zum Thema.

»Alleine, wenn ich an dieses Theater denke mit der Gasversorgung, da sind wir nun stolz, dass wir vom Russen nichts bekommen. Da holen wir uns Gas

aus dem Nahen Osten, aus Amerika, das ist über Fracking gewonnen. Fracking wird hier verteufelt. Das ist für mich alles Heuchelei, deswegen kann ich in diese Leute – das ist genau wie auf der Privatebene – da kann ich kein Vertrauen haben in solche Sachen.» (T18)

5.3.5 Ängste vor Schäden durch Politik

Wie bereits zuvor im Zusammenhang mit Medien, haben wir auch im Bereich Politik nach Ängsten und Sorgen gefragt. Konkret wurden die Interviewpartnerinnen und -partner gefragt, was für gesellschaftliche Schäden sie durch die aktuelle Politik befürchten.

Tab. 17: Sorgen vor möglichen Schäden durch die Politik

Code	Anzahl
Gesellschaftliche Spaltung/wachsende Ungleichheit	16
Menschen werden ausgegrenzt und abgehängt	9
Finanzieller Schaden für Bevölkerung und Volkswirtschaft	5
Lobbyismus/Wirtschaft wird noch mächtiger	5
Gesundheitliche (physische oder psychische) Schädigung der Bevölkerung	5
Erstarken rechter Parteien und Einstellungen	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Die mit Abstand häufigste Sorge (siehe Tab. 17) kam in 16 Interviews vor: die Sorge vor einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung und wachsender Ungleichheit. Es wurde eine Polarisierung und eine Verschärfung des Tons beklagt. Als Frontlinie wurden insbesondere die unterschiedlichen Positionen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie genannt, aber auch die Spannungen bezüglich rechtspopulistischer oder rechtsextremer Ansichten. Die Interviewten beklagten, sie hätten immer weniger Möglichkeiten, wieder in Dialog zu kommen und dies unabhängig davon, wo sie sich entlang dieser Differenzen verorteten. Viele der Antworten enthielten eine Situationsbeschreibung, ohne dass eindeutig erkennbar war, wie diese unmittelbar der Politik zuzuschreiben wäre.

»Das ist auch völlig klar, weil, die Gesellschaft ist gespalten. Die Kinder gehen auf dieselben schönen Schulen und so weiter, und sind in denselben Vereinigungen. Es bilden sich diese Parallelgesellschaften, bei denen man immer irgendwie auf die Araber oder auf die Türken zeigt. Diese Parallelgesellschaften sind doch der Normalfall. Das Ganze hier ist eine Parallelgesellschaft mittlerweile. In viele kleine Unterparallelgesellschaften zerfallen.« (T44)

»Naja, es gibt ja immer mehr Leute, die, ich will nicht sagen ›sich auflehnen‹, aber die im Hintergrund... Gucken Sie sich mal die Reichsbürger an, was sich da gründet. Man hört es unter den Bekannten, es wird ja nur geschimpft. Es braut sich schon vielleicht etwas zusammen. Und das kann dann ganz schnell überschwappen, ganz schnell. Das muss nicht dieses Jahr oder nächstes Jahr werden, aber lassen Sie mal noch mehr Flüchtlinge kommen.« (T32)

Eine Person vermutete aber auch, dass die Spaltung eine gezielte Strategie der Politik sein könnte:

»[Interviewfrage: Glauben Sie, dass die aktuelle Politik Schäden anrichtet?] Na aber gravierende! Gravierende Schäden zurzeit. Auch wieder Spaltung der Gesellschaft, definitiv. Auch aus dem Prinzip ›Teile und Herrsche‹.« (T21)

Neun der Interviewten äußerten Angst davor, dass bestimmte Menschen zunehmend ausgegrenzt, abgewertet und gesellschaftlich abgehängt werden. Während einige sich selbst als Teil der Ausgegrenzten beschrieben, sorgten sich andere, was aus unserer Gesellschaft werden würde, wenn man nicht versucht, alle mitzunehmen. Als Illustration für das Gefühl des Ausgegrenzt-Werdens oder des Abgehängt-Seins wurden ganz unterschiedliche Beispiele genannt, etwa dass der ländliche Raum »zunehmend ausblutet an jungen Menschen« (T27), die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine oder die Unterstützung rechter Parteien.

»Wenn man die Leute immer nur als Idioten darstellt, diejenigen, die meinetwegen keine Waffenlieferungen mehr wollen, sind das ›Putin-Versteher‹. Und das ist noch das Harmloseste. Ich weiß nicht, was für Schimpfwörter da kursieren. Diese verbale Abwertung.« (T49)

»Aber es gibt eben viele, die sich jetzt ungerecht behandelt fühlen und die so ganz krude Meinungen haben, also ich meine die Reichsbürger, die einen Kaiser wieder haben wollen, wo ich immer sage: Mein Gott, das war doch das Undemokratischste, was man hatte. [...] Also wie stellen sie sich Demokratie vor? Was sind eben so diese Prozesse, was wollen wir denn gemeinsam? Und das müssen wir einfach besprechen. Die Zeit müssen wir uns nehmen. Ansonsten haut uns die Gesellschaft ab. Davor habe ich echt Angst.« (T26)

In weiteren fünf Interviews wurde die Sorge vor finanziellen Schäden ausgedrückt, die entweder Privatpersonen oder die Volkswirtschaft im Ganzen davontragen könnten. Eine Person ging beispielsweise davon aus, dass Demonstrationen auch nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen nun wegen finanzieller Nöte weitergehen würden, »weil alles teurer wird, weil der Sprit teurer wird« (T01).

Als weiterer Punkt, der auch schon als Grund für Misstrauen gegen Politik erwähnt wurde, tauchten auch an dieser Stelle Befürchtungen angesichts einer wachsenden Macht von Lobbyinteressen und Wirtschaft auf.

»Das Problem ist, glaube ich, dass die Einflussnahme von außen, durch Lobbyorganisation, von Stiftungen oder NGOs immer größer wird. Die in den Beratungsgremien schon sitzen, wo ich mir sage: ›Wo wird die Bevölkerung abgebildet?‹ Und wo die Finanzierung von NGOs mir unklar ist, von irgendwelchen Stiftungen unklar ist, bei irgendwelchen Lobbyisten weiß ich es ja noch. Und wo ich echte Zweifel habe, was das soll und wo das hingehen soll.« (T43)

»Das ist für mich dann nur Geldmacherei, dass die Großfirmen ja Geld verdienen. Und dass der kleine Mann immer schön geschädigt wird. Weil: ›Ach, der hat ja so viel.‹ Also ich habe das Gefühl, dass, wenn das Volk zu viel Geld hat, das weiß einer, der arbeitet entweder im Journalismus oder in der Politik, da wird ausgerechnet... Und da werden sich Sachen einfallen gelassen, dass die Leute das Geld ausgeben. Richtig strukturiert. Also man gönnt dem Volk nicht das Geld, das soll woanders hin. Die sind halt gierig. Ich nenne das Gier. Und Gier hat schon immer Systeme kaputtgemacht.« (T37)

Schließlich fürchteten fünf der Befragten physische oder psychische Schäden bei der Bevölkerung, vor allem im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen.

»Die Manipulation, die stattfindet, die verursacht meiner Ansicht nach auch gesundheitliche Schäden. Da kommst du teilweise auch in Widersprüche, also in psychologische Probleme. Und dann ist es auch die Politik, die zurzeit gemacht wird. Die bringen auch Kinder in allerhöchste Gefahr. Das hat man sowohl in der Corona-Krise jetzt gemerkt. Aber nicht nur dort, auch das, was an der Schule vermittelt wird teilweise, auch an politischem Wissen. Das verursacht meiner Ansicht nach bei den Kindern Schäden. Wenn du der Beste sein musst, wenn du dich grundsätzlich immer im Konkurrenzkampf mit anderen befindest. Das verursacht Schäden psychischer Art, meiner Ansicht nach. Das kann nicht gesund sein.« (T21)

Ebenfalls fünf Personen nannten die Sorge vorm Erstarken rechter Parteien und Einstellungen im gesamten Land, aber meist vor allem in Sachsen und insbesondere in ihrer Region.

»Auf Demonstration war ich in [sächsische Kreisstadt] mehrfach gegen die wirklich Rechten. Also nicht AfD, sondern was leider in [Kreisstadt] hier ist, der Dritte Weg und solche Sachen. [...] Wie sie in ihren braunen Anzügen durch [Kreisstadt] gegangen sind. Also das war mir wichtig dort schon Flagge zu zeigen. [...] Und es waren auch sehr bedrückende Momente dort, das muss ich wirklich sagen, wenn man zu so einer Demo geht. [...] Aber wenn du das siehst, dann kann es dir angst und bange werden, weil du dich aus deiner Blase, aus deinem Freundeskreis herausbegibst und mal siehst, wie andere Leute ticken. Und wenn du dann von denen noch fotografiert wirst und die vielleicht noch eine Kartei führen, wer auf Gegendemonstrationen ist. Und du dann denkst: »Führen die jetzt ein Register und wenn sie an der Macht sind, wirst du dann abgeholt?« (T27)

5.3.6 Wurzeln des Verhältnisses zu Politik

Um besser zu verstehen, wie sich Ver- oder Misstrauen bei unseren Interviewten entwickelt hat, haben wir sie nach Erfahrungen gefragt, die dafür prägend waren. Hier zielten wir auf länger zurückliegende biografische Ereignisse ab, so dass die Fragestellung entsprechende Beispiele beinhaltete (*»... das kann mit Ihrem Elternhaus, der Schule, der DDR oder der Wendezeit zu tun haben. Wie sind Sie denn mit Politik aufgewachsen?«*). Daher ging es an dieser Stelle kaum um aktuellere Krisen oder Ereignisse. Zwei Personen erwähn-

ten explizit die Fluchtkrise 2015/16. Ansonsten lag der Fokus stark auf Kindheit, Adoleszenz und jungem Erwachsenenalter und – bei vielen damit verbunden – DDR-Erfahrungen.

Die Antworten lassen sich grob zwei Bereichen zuordnen: Zum einen wurden bestimmte Personen, Orte oder soziale Einflüsse genannt und erläutert, etwa Elternhaus, Schule oder die eigene Religion (siehe Tab. 18). Zum anderen wurden historische Zeiträume als prägend dargestellt, wobei unterschiedlichen Erfahrungen mit der DDR besondere Bedeutung zukommt (siehe Tab. 19).

Tab. 18: *Prägende Instanzen für Politikvertrauen und -misstrauen*

Code	Anzahl
Elternhaus/Familie	31
Studium/Berufsausbildung	8
Schule/Lehrkräfte	6
Persönliche Reflexion	6
Kirche/Religion	4
Kulturelle Identität	2

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Am häufigsten beschrieben die Befragten eine Prägung durch ihre Eltern oder das weitere direkte Familienumfeld (31 Interviews). Die Art dieser Prägung reicht von einem unpolitischen Elternhaus bis zu politisch oder gesellschaftlich sehr aktiven Eltern.

»[Interviewfrage: Wie war denn Ihr politisches Aufwachsen im Elternhaus?] Ich würde sagen unpolitisch. Wirklich unpolitisch. Auch sehr angepasst und unkritisch.« (To9)

»Meine Eltern sind [Mitte der 1990er] von Westdeutschland nach Ostdeutschland gezogen [...]. Meine Mutter war immer, wie soll ich das sagen, damit es nicht falsch herüberkommt? Sie war nicht erwerbslos, sie hat die ganze Zeit gearbeitet, nur ehrenamtlich [...], indem sie in verschiedenen Bereichen tätig war, ehrenamtlich, also von klassischerweise Kirche, über Elternarbeit, Kin-

dergarten, Schule. Dann war sie in der Flüchtlingsarbeit. [...] Davon sind wir Kinder natürlich geprägt. Zum einen so, dass wir keine ostdeutsche Sozialisierung haben, sondern irgendetwas Lustiges dazwischen.« (T24)

Weitere wichtige Orte und Personen waren Studium bzw. Berufsausbildung (8) sowie Lehrkräfte und Schule (6), wobei etwa auch betont wurde, dass zu DDR-Zeiten dort durchaus Kritik möglich war oder in einem Fall, dass in jüngster Vergangenheit nur schwer Pro-AfD-Haltungen in Schulen geäußert werden könnten.

»Aber sowohl in der Schule, als auch im Studium [zu DDR-Zeiten, Anm. d. Aut.] dann noch mehr, da ging es häufig... Da haben wir uns sehr offen und auch, ich würde sagen, kritisch zu bestimmten Sachen geäußert. Es gab auch den einen oder anderen, also einen, das weiß ich ganz genau, den haben sie exmatrikuliert wegen irgendeiner Kleinigkeit. Die waren damals so blöde. Und an der Schule, also wir hatten dort auch durchaus Leute dabei, die waren nicht so, wie sagt man, so konform, dass sie jetzt alles kritiklos geschluckt haben.« (T18)

»Ich erinnere mich an einen Professor, der hat in der Einführungsvorlesung zu uns gesagt: ›Ihre Aufgabe ist es, allen Sachen gegenüber erstmal misstrauisch zu sein. Und wenn ich sage allen, dann meine ich auch ein Gesetz. Gucken Sie sich ein Gesetz genau an, ob wirklich das am Ende bewirkt wird, was die Grundlage der Erstellung dieses Gesetzes ist. Sie können nicht davon ausgehen, dass die Regierung immer alles richtig macht. Sie müssen hinterfragen, ob das richtig ist oder ob da vielleicht ein Fehler gemacht worden ist. Das kann ganz marginal sein.« Das ist zu DDR-Zeiten gewesen! Ja. Der Professor hat damals gesagt: ›Also hinterfragen Sie alles, das ist Ihre Aufgabe. Man wird Sie schon bremsen.« (T41)

»Es hat wirklich erst in der Zehnten angefangen, als wir diese Jugendwahlen hatten, die man an den Schulen machen konnte. Da ist mir aufgefallen, dass die Lehrer sehr stark gegen die AfD geprescht sind. [...] Wir durften offen unsere Meinung sagen, wir haben auch Debatten geführt, aber man hat gemerkt, dass die Lehrer wollten, dass wir eher für, zum Beispiel, die SPD sind oder so etwas. [...] Wir haben darüber schon einmal geredet, das fanden wir

nicht gut, weil man Angst haben musste, etwas zu sagen, was dem Lehrer nicht gefallen hätte können.« (T50)

Weitere sechs Befragte gaben an, dass ihre eigene Auseinandersetzung mit Themen folgenreich für ihr späteres Ver- oder Misstrauen gegenüber Politik war.

»Ich kann Ihnen nicht sagen, mit welchem Alter ich angefangen habe, mich für Politik zu interessieren. Ich habe immer schon mein Umfeld wahrgenommen, mich hat damals schon als junger Mensch mitgenommen, dass hier vor Ort Schulen zugemacht wurden. Das war damals die Bildungspolitik der CDU Sachsen, die Schulen geschlossen hat. Anderen war das völlig egal in dem Alter. Aber mich hat das schon mitgenommen.« (T58)

Vier der Interviewten gaben zudem die Kirche bzw. ihre Religion als wichtigen Einfluss an, weitere zwei auch ihren kulturellen Hintergrund.

»In der Kirchgemeinde ging es dann eben wirklich auch um Sachen wie Gerechtigkeit. Mehr in Richtung Gerechtigkeit, globale Gerechtigkeit et cetera. Das sind Sachen, die mich auch schon früh geprägt haben. Ich bin ganz dankbar für diese auch in der DDR politisch offene Kirchgemeinde, weil die einen großen Bestandteil meiner Sozialisation in dem Moment ausgemacht hat.« (T47)

Die Auseinandersetzung mit der DDR, der Zeit der deutschen Teilung und deren Nachwirkungen, bilden in den meisten Interviews ein zentrales Thema, wenn es um die Wurzeln des eigenen Politikvertrauens geht. Wir haben diese Aspekte daher noch einmal gesondert betrachtet (siehe Tab. 19).

Tab. 19: Bezugspunkt DDR und (Nach-)Wendezeit

Code	Anzahl
Erleben der Wende- und Nachwendezeit	21
Vergleiche zwischen DDR und Bundesrepublik	20
Ambivalente Erfahrungen in und mit der DDR	18
Negative Erfahrungen in und mit der DDR	12
Positive Erfahrungen in und mit der DDR	7
Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland (nach 1990)	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Eigene Erfahrungen in und mit der DDR wurden in insgesamt 27 Interviews angesprochen. Um dem sehr unterschiedlichen Charakter dieser Erfahrungen gerecht zu werden, haben wir diese noch einmal danach unterschieden, ob sie als positive, negative oder eher ambivalente Situationen dargestellt wurden (wobei in einigen Interviews mehrere Ausprägungen vorkamen). Am häufigsten kamen ambivalente Äußerungen vor (18 Interviews), die oft Erzählungen davon sind, wie DDR-spezifische Probleme dank eines »gewissen Realitätssinns« (T59) mehr oder weniger erfolgreich überwunden wurden.

»Ich kann weder sagen die DDR war – aufgrund meiner Erfahrungen jetzt – ganz mies. Und ich kann auch nicht sagen, die Erfahrungen in der DDR, die waren rosarot. Also ich habe Sowohl-als-auch-Erfahrungen gemacht.« (T21)

»[I]ch weiß, dass ich, wie gesagt, zu DDR-Zeiten damals von der Staatssicherheit angeworben werden sollte. Ich hatte ein Gespräch gehabt, wo ich damals noch völlig naiv überhaupt nicht wusste, wen ich da vor mir hatte. Aber ich habe dort meine klare Ablehnung des Ganzen geäußert und habe nie wieder was von denen gehört. Insofern kann ich nicht sagen, dass ich irgendwo negativ... Und ich habe gesagt: »Nein, das mache ich nicht.« Und damit war das Gespräch beendet, und es ist nichts passiert. Und das war für mich die Überzeugung: »Okay, du kannst ja auch was Negatives sagen, ohne dass dir jetzt irgendwelche Repressalien drohen.« Ich bin aber eben ein Arbeiterkind gewesen, das heißt, ich konnte studieren, da gab es überhaupt nicht... Wenn

ich jetzt ein Pfarrerskind gewesen wäre oder so, dann wäre es vielleicht schwieriger gewesen.« (T35)

Zwölf der Interviews enthalten Beschreibungen negativer Erfahrungen, von fehlender Reisefreiheit über Druck, der SED beizutreten, bis zu Berufsverboten und Verfolgung durch die Staatssicherheit.

»Es war natürlich so, dass wahrscheinlich dann die Stasi bei meinen Eltern mal eingebrochen ist und ab da war dann schon bei meinen Eltern auch Krisenstimmung und wir mussten als Kinder dann zur Kripo und sind dann befragt wurden, als ob wir unsere Eltern beklauen wollten. Es ist aber nichts weiter geklaut worden. [...] Da war dann schon eine Erschütterung da. Das ist etwas... Von der Stasi ist ja in der DDR nicht viel geredet wurden, aber als das dann so war, war schon eine Erschütterung da.« (T27)

»Ich wollte das System verbessern. Ich wollte nicht in den Westen, sondern ich wollte es verbessern, deshalb diese großen Schwierigkeiten. Damals, als ich das Berufsverbot bekommen habe, da war ich gerade auf dem Weg zum Dokortitel. Und als ich dann Berufsverbot bekommen habe, da habe ich einfach nur in öffentlichen Vorträgen meine Meinung dazu gesagt, dass das System immer weiter darauf hinausläuft, dass wir ein staatskapitalistisches System bekommen. [...] Um das wieder in eine richtige Bahn zu bringen, wollte ich eigentlich auf eine Verbesserung des Sozialismus hinaus. Und ich wollte nicht in die andere Richtung. Aber genau das ist mir dann übelgenommen worden.« (T21)

Schließlich erwähnten aber auch sieben Interviewte positive Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit ihrem Leben in der DDR gemacht haben, häufig im Zusammenhang mit Aktivitäten in der FDJ oder bei den Thälmann- bzw. Jungpionieren.

»Wir waren gerne Pioniere und wir waren auch gerne in der FDJ, weil man da etwas erlebt hat. [...] Pioniere, das war nachmittags und wenn es Altpapiersammeln war. Nicht, dass es so sein sollte, wie es war, aber so etwas fehlt jetzt den Kindern, die Gemeinschaft. Wenn Schluss ist, gehen sie heim oder in den Hort und dort wird auch bloß rumgeschrien oder geschlagen, da guckt auch keiner hin.« (T51)

Neben Erfahrungen in DDR-Zeiten spielte in 21 Interviews zudem die Wende- bzw. Nachwendezeit eine wichtige Rolle. Typischerweise wurden die Ereignisse von 1989 als befreiend und als Moment des Aufbruchs beschrieben, »[...] auf einmal konnte man ja wirklich gestalten« (T23).

»Für mich war natürlich das prägende Ereignis 1989, die entsprechende plötzliche Pressefreiheit, plötzliche Meinungsfreiheit, plötzlich Runde Tische, plötzlich Diskussion auf allen Ebenen. Ja, das hat mich extrem beeinflusst. Vor allem 1989/1990 war der größte... [...]. Diese Aufbruchszeit, diese politische Begeisterung und das politische Einbringen-Wollen in meiner gesamten Umgebung, das hat mich unwahrscheinlich beeindruckt. Das sind Sachen, die ich jetzt auch fast ein bisschen vermisste.« (T47)

Wenn es aber um die Wiedervereinigung und deren Folgen in den 1990er Jahren ging, fielen die Bewertungen dieser Zeit kritischer aus: Auf Momente der Begeisterung und Hoffnung seien vielfach Enttäuschung und Desillusionierung gefolgt. Ein Vertrauensverlust in die Politik entstand dabei aus dem Widerspruch zwischen großen Versprechen (»blühende Landschaften«), verbunden mit unrealistischen Erwartungen in der Bevölkerung, und der erlebten Realität der 1990er Jahre, die auch von Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung sowie dem Wegzug vieler (junger) Menschen nach Westdeutschland geprägt war.

»Und dann muss man [nach der Wende] feststellen, dass es da auch nicht so richtig ist, wie da was versprochen wird. [...] Und dann mussten viele erleben, dass ihre Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Dann waren sie ein bisschen Personen zweiter Klasse. Dann haben viele solche Erfahrungen gemacht, die Personen, die im Westen in der zweiten oder dritten Reihe standen, die durften dann mit Buschzulage [ugs. für eine Sonderzahlung, die westdeutsche Beamte 1990-1995 beim Einsatz in der ehemaligen DDR erhalten konnten, Anm. d. Aut.] in den Osten kommen und sagen, wie es geht. Dann sind die ganzen guten Leute, die hellen Köpfe, wie das immer so ist, die haben die Möglichkeiten genutzt und sind erstmal alle weg. [...] Und der Frust der Leute wurde immer größer.« (T59)

»Die Demonstrationen standen erst unter dem Motto: ›Wir sind das Volk‹. Ihr dort oben hört euch das an. Dann plötzlich schlug es um in: ›Wir sind ein

Volk.« Plötzlich spürte man, das könnte vielleicht eine Einheit werden. Jetzt sind wir das. Und dann haben wir uns natürlich über die Westmark gefreut und die Reisefreiheit. Plötzlich haben wir ganz schnell vergessen, was eigentlich bei uns gut [war]. Alles, Polikliniken, alles wurde aufgelöst, die eigenen Produkte, auf die wir jetzt zurückgreifen. Die wurden..., man kaufte lieber das von drüben. An die Idee, dass der Fleischermeister hier oder der Bauer in die Knie gehen, daran hat keiner gedacht. Und deswegen ist das aus meiner Sicht auch so eine Basis für den Frust, der jetzt hier ist.« (T38)

»Und die Treuhand? Was hat die gemacht? Was haben die aus unserem Land gemacht, wie haben die unser Land ausgelöffelt und die Leute über den Tisch gezogen und beschissen und da wurde keiner zur Verantwortung gezogen. [...] Und weil wir jetzt so weit zurückgegangen sind, nach der Wende, da fallen mir viele Sachen ein, die schiefgelaufen sind, was wir jetzt auch nicht mehr ändern können [...]. Gerade was die Arbeitslosigkeit im Erzgebirge betrifft und das Familien zerrissen worden sind, die dann in den Westen arbeiten gegangen sind, der Opa seine eigenen Enkel vielleicht einmal im Jahr sieht, wenn er Glück hat [...].« (T54)

Zugleich enthielten aber auch viele Gespräche Beschreibungen davon, dass sich persönlich erfolgreich mit den Veränderungen arrangiert wurde. Der Systemwechsel wurde dabei als besondere persönliche Herausforderung in der eigenen Biografie betrachtet, der sich unweigerlich gestellt werden musste.

»Die sind damals auf die Straße gegangen, um das System als solches zu verbessern, zu verändern. Und was aber passiert ist, ist, ich will jetzt nicht sagen Übernahme von der BRD, aber im Endeffekt ist es ja so. [...] Wir sind im Kapitalismus gelandet, das ist so, und ich habe mich 1990 entscheiden müssen, ob ich diesen Weg dann gehe oder ob ich mich in meine Schmollecke zurückziehe und sage: ›Ihr habt mich alle nicht lieb und ich will das nicht.‹ Und wo ich dann gedacht habe: ›Okay, du wolltest Lehrer sein. Okay, du kannst auch in dem neuen System Kinder unterrichten.‹« (T35)

»Und da habe ich denen [meinen Schülerinnen und Schülern] gesagt: ›Wisst ihr, wir haben bis jetzt in einem Käfig gelebt. Wir wurden immer ärztlich versorgt. Wir kriegten genug Nahrung. Es wurde darauf geachtet, dass es nicht reinregnet. Aber wir hatten immer das Gitter vor den Augen. Wir konnten

nicht reisen, wo wir hinwollten. Jetzt wird vor uns das Türchen aufgemacht. Jetzt könnt ihr rauslaufen. Ihr müsst jetzt aufpassen. Ihr könnt auf einer wunderschönen Wiese in den Alpen landen, aber ihr könnt auch auf die Müllkippe laufen.« Wenn ich im Nachhinein sehe, ein paar unserer Schüler, die sind selbständig geworden, die sind auf der großen grünen Wiese gelandet. Aber es sind auch einige auf der Müllhalde gelandet.» (T38)

Darüber hinaus verglichen drei Befragte »Ost« und »West« im wiedervereinten Deutschland. In einem Fall wurde etwa betont, dass es auch in Westdeutschland Regionen gebe, denen es nicht gut gehe. In einem anderen Fall wurde gewünscht, dass sich Menschen aus Westdeutschland etwas von der (regierungs-)kritischen Haltung der Ostdeutschen abschauen. In fast jedem dritten Interview (20) kam aber vor allem ein Vergleich zwischen den Systemen und Lebensverhältnissen in der DDR und der Bundesrepublik vor.²⁹ Diesem Vergleich kamen dabei verschiedene Funktionen zu: Für manche diente die DDR als negatives Beispiel, um zu begründen, dass die Verhältnisse unter westlichen Vorzeichen viel besser seien, für andere funktionierte sie aber auch als positives Beispiel, von dem man auch lernen könne.

»Mich hat der Besuch von Helmut Schmidt bei Honecker politisch geprägt. Das ist präsent. Weil mir dieser Gegensatz imponiert hat, zwischen diesem weinerlichen alten Mann... [...] Und ich sah diesen alten Mann und daneben sah ich diesen irgendwie legeren, offenen Typen, und das war für mich so..., also von dem Moment an habe ich dann auch schon für Bundespolitik interessiert und habe dann diese Wahlen im Westen auch mitverfolgt.« (T60)

»Ich habe Kindergeld gekriegt, der Kindergartenplatz war kostenlos. Eine niedrige Miete haben wir gehabt, und wir haben ja ein Haus, was uns auch nicht gehörte, ausgebaut nebenbei. Aber es war einfach... Ich hatte keine Angst. Und wenn ich in meinem Freundeskreis rumfrage, die so in meinem Alter sind und zu DDR-Zeiten groß geworden sind. Die haben gesagt: »Angst haben sie erst kennengelernt, als der Westen zu uns kam. Als wir Westen

29 Darunter fallen Interviews, die die DDR mit der Bundesrepublik zum selben Zeitpunkt in der Vergangenheit vergleichen, aber auch Vergleiche der DDR mit den heutigen gesamtdeutschen Umständen. In beiden Fällen steht dabei aber die Differenz der Systeme im Mittelpunkt.

wurden.« [...] Da gab es Vieles, was uns unzufrieden gemacht hat, aber ich hatte keine Existenzangst! Die hatte ich hier jahrelang [...].« (T25)

Schließlich fand bei einigen auch eine Gleichsetzung von Umständen in der DDR mit der heutigen Politik statt, um Letztere auf diesem Weg zu kritisieren.

»Je länger die DDR her ist, ich habe mir schon große Gedanken darüber gemacht. Nehmen wir mal das Thema Stasi raus, einfach einmal das wegnehmen. Dann sagt man, die DDR wäre ein Unrechtsstaat gewesen. Das Narrativ habe ich jahrelang auch geglaubt. Jetzt frage ich mich aber, wir hatten auch letztendlich Gesetze. Das Gesetzgebungsverfahren war im Prinzip so wie heute, ähnlich. Die Volkskammer hat beschlossen, okay, die Gesetzesentwürfe kamen aus dem Politbüro. Wo kommen sie denn heute her? Aus dem Ministerium. Also auch verkappt aus einer Partei. Da geht es schon los.« (T57)

»Ich meine, wir haben das zu DDR-Zeiten auch nicht gemerkt, wie viele ins Gefängnis oder warum manche ins Gefängnis gekommen sind. Das wurde ja alles unter den Tisch gekehrt, das kriegte man gar nicht mit. Wir haben zwar gewusst, dass es eine Stasi gibt, das haben wir schon gewusst, aber wir wussten nicht was das ist, so richtig. So etwas gab es ja nicht. Es wurde alles so... Und ob das heutzutage auch ein bisschen so ist, weiß ich nicht. Manches kriegt man ja gar nicht mit.« (T01)

5.4 Zusammenhang zwischen Journalismus- und Politikvertrauen

Nachdem voranstehend das Vertrauen bzw. Misstrauen in Journalismus und das Vertrauen bzw. Misstrauen in Politik jeweils ausführlich für sich betrachtet worden sind, geht es im Folgenden um den Zusammenhang der beiden Komplexe. Aus der bisherigen Forschung ist bekannt, dass Medien- und Politikvertrauen in einer Wechselbeziehung stehen: Menschen, die der Politik vertrauen, vertrauen in der Regel auch der journalistischen Berichterstattung. Und Menschen, die einem der beiden Bereiche misstrauen, zeigen oft ebenfalls Misstrauen für den anderen Bereich (siehe Kapitel 2.4). Dieser Zusammenhang lässt sich tatsächlich auch in unserem Interviewsample statistisch nachweisen.

Dazu greifen wir wiederum auf den standardisierten Fragebogen zurück, den die Befragten ergänzend nach dem Leitfadeninterview ausgefüllt haben. Das grundlegende Ausmaß des Medien- bzw. Journalismusvertrauens wurde mit der Aussage erfasst: *»Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.«* Als allgemeiner Indikator für das Politikvertrauen beziehen wir uns auf die Aussage: *»Ich vertraue der Politik in Deutschland.«* Für beide Items gaben die Befragten jeweils ihre Zustimmung auf einer Fünferskala von »stimme gar nicht zu« bis »stimme völlig zu« an. Die Antworten auf diese beiden Items haben wir bereits in Kapitel 5.2.2 zum Journalismusvertrauen (siehe Abb. 10) und Kapitel 5.3.2 zum Politikvertrauen (siehe Abb. 13) dargestellt. Es hatte sich gezeigt, dass in beiden Dimensionen die Zustimmung breit streut und relativ ausgewogen war.

Kreuztabuliert man die jeweils 61 Antworten auf diese beiden Aussagen (siehe Tab. 20), wird ersichtlich, dass je stärker die Befragten der journalistischen Berichterstattung vertrauen, umso stärker auch ihr Vertrauen in die Politik ist – und umgekehrt. Es gibt nur wenige Befragte in unserer Stichprobe, bei denen Medien- und Politikvertrauen nicht annähernd im Gleichschritt verlaufen. Korreliert man die jeweils 61 Antworten auf diese beiden Aussagen, ergibt sich ein höchstsignifikanter Zusammenhang von $r = ,820$; dieser kann somit als sehr stark gelten.

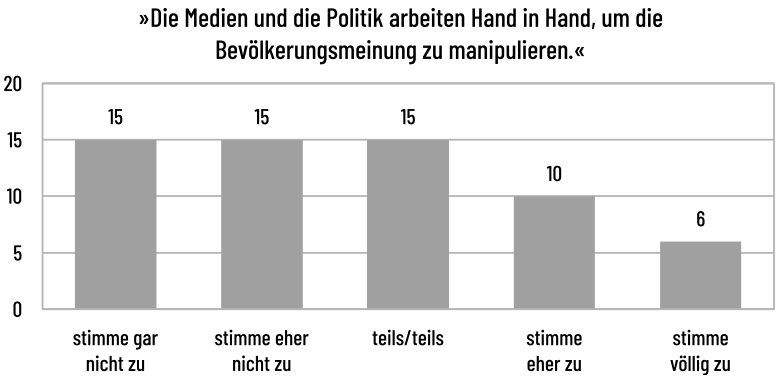
Nachdem wir gesehen haben, dass nach den Fragebogendaten das Medien- und das Politikvertrauen in unserem Sample sehr stark miteinander korrelieren, interessieren nun die Vorstellungen der Befragten, wie beide Komplexe wohl zusammenspielen. Im die Leitfadeninterviews ergänzenden Fragebogen findet sich auch eine direkte Aussage, der einen (misstrauenden) Zusammenhang von Journalismus und Politik postuliert: *»Die Medien und die Politik arbeiten Hand, um die Bevölkerungsmeinung zu manipulieren.«* Abbildung 14 zeigt, dass nur knapp die Hälfte des Samples diese Verschwörungsannahme klar oder eher ablehnt.

Tab. 20: Zusammenhang von Vertrauen in Journalismus und in Politik

		»Ich vertraue der Politik in Deutschland.«				
		stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme völlig zu
»Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.«	stimme völlig zu				3	4
	stimme eher zu		2	8	10	2
	teils/teils		3	6	2	1
	stimme eher nicht zu	5	6	1		
	stimme gar nicht zu	6	2			

Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Abb. 14: Verbreitung des Verschwörungsverdachts bezüglich Medien und Politik



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Die Zustimmung zu dieser Aussage liegt deutlich über dem in der deutschen Gesamtbevölkerung, den die Langzeitstudie Medienvertrauen der Universität Mainz zeigt (vgl. Quiring et al. 2024: 8). Sie korrespondiert aber mit dem Befund des jüngsten »Sachsen-Monitors«, laut dem 42 Prozent der sächsischen Bevölkerung dem (allerdings weniger drastisch formulierten) Satz »Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke« »voll und ganz« oder »eher« zustimmen und nur 27 Prozent ihn voll oder eher ablehnen (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 381).

Die entsprechende Frage im Leitfadeninterview lautete: »Hängen Ihrer Meinung nach Politik und Journalismus irgendwie zusammen? Wie stellen Sie sich die Beziehungen oder das Zusammenspiel vor? Sind Politik und Medien weitgehend unabhängig voneinander, oder sind die zu nah beieinander – was haben Sie da für einen Eindruck?« Wie Tabelle 21 verdeutlicht, liegen in unserem Sample zwei Vorstellungen gleichauf: dass die Medien von der Politik abhängig bzw. gesteuert sind (Übermacht der Politik) und dass beide Regelsysteme in einer partnerschaftlich-symbiotischen Beziehung miteinander verflochten sind (wobei kein System die Übermacht hat). Direkt danach rangiert die These, Medien seien mehr oder weniger autonom von der Politik, fast gleichauf mit Aussagen, dass es zwar einen Zusammenhang gebe, dieser ihnen aber unklar sei. Tatsächlich geschah auf diese Frage oft die »allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden« (Heinrich von Kleist); viele schienen zum ersten Mal über dieses Thema nachzudenken und näherten sich tentativ einer Antwort, die sich zuweilen auch im Nichts verlor.

Tab. 21: Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Medien und Politik

Code	Anzahl
Medien sind von Politik abhängig oder gesteuert	16
Symbiose/Partnerschaft zwischen Medien und Politik	16
Medien sind frei/unabhängig von Politik	14
Es gibt einen Zusammenhang, aber Vorstellung unklar	13
Medien machen zu oft selbst Politik	8
Verlage/Verleger können Parteien/Politikern zugeneigt sein	5
Medien vermitteln Politik	4

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Medien sind von Politik abhängig oder gesteuert

16 Personen äußerten die Vorstellung, die Medien seien eher unfrei und müssten sich mehr oder weniger nach Vorgaben aus der Politik richten. Wie schon in Kapitel 5.2.4 beim Code »Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig« beschrieben wurde, vertrat aber niemand ausdrücklich die Auffassung, dass dies ähnlich wie in einer Diktatur geschehe: Der politische Einfluss vermittele sich vielmehr über Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten (T15, T43, T48), bezahlte Anzeigen der Bundesregierung (T42, T57) oder sonstige Beziehungen (T57, siehe die Zitate dieser Befragten im oben genannten Abschnitt). Weitere Personen meinten, »dass die Politik den Medien gewisse Spielregeln vorgibt, und das nicht wenig« (T32), oder dass es »schon klare Abhängigkeiten und Direktiven« (T45) gebe. Wieder andere beklagten, dass die Medien lediglich ein »Sprachrohr der Politik« (T49, T52) seien bzw. dass es einen engen Meinungskorridor in den Medien gebe, der aus Richtung der Politik komme:

»Ab 2015 haben sie die staatliche Meinung eins zu eins übernommen. [...] Da muss man ehrlich sein. Ob ARD oder ZDF, da sitzt ja letztendlich die Politik drin. Mir ist auch klar, ob der *Freie-Presse*-Journalist oder der vom *heute journal*, sein Korridor, um irgendetwas zu machen..., ich will nicht sagen »Vorgabe«, aber der Korridor, in dem er seine Meinung äußern kann, ist sehr schmal.« (T10)

»Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber man hat manchmal das Gefühl, dass die das aufgedrückt bekommen, was die schreiben. Wenn jeder seine eigene Meinung schreiben würde, stünde bestimmt auch etwas anderes in der Zeitung. Das ist meine Meinung.« (T51)

»Ich glaube, vor allem beim Journalismus ist das gleiche Problem, wenn da irgendetwas Falsches gesagt wird, wie bei allen anderen, was ich gesagt hatte, dann ist der Journalist weg vom Fenster. Dann geht das nicht mehr. Der Staat und die Politik geben teilweise erstmal eine Richtung vor.« (T02)

Auch andere Befragte betonten, dass ein Verlassen dieses schmalen Meinungskorridors personelle Konsequenzen zur Folge habe:

»Da wird so durchregiert. Also wenn da was Falsches erscheint, dann erscheint das nicht ein zweites Mal, beziehungsweise der verantwortliche Redakteur oder der Journalist wird zurückgepiffen oder entlassen oder bis hin zu wirklichen Hasskampagnen [...].« (T44)

Konkret genannt (oder auf sie angespielt, wenn der Name entfallen war) wurden die Fälle Ole Skambraks vom SWR (T28), Martin Ruthenberg vom SWR (T28) und Katrin Seibold vom ZDF (T53), die sich alle an der Haltung zu Corona-Maßnahmen entzündet hatten. Namentlich als Opfer benannt wurde auch Boris Reitschuster, früher *Focus*-Mitarbeiter und heute Betreiber einer alternativen Nachrichtenseite:

»Also ich sage immer, die Bundespressekonferenz ist das beste Beispiel. Wenn ich sehe, wie Journalisten in der Bundespressekonferenz sitzen und Fragen stellen oder ausgeschlossen werden. Das ist für mich ein Problem. Man kann zu Reitschuster stehen, wie man will. Aber man kann ihn nicht aus der Bundespressekonferenz ausschließen, weil er unbequeme Fragen stellt. Das geht nicht.« (T43)

Symbiose/Partnerschaft zwischen Medien und Politik

Ebenfalls 16 Befragte äußerten sich dahingehend, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Teilsystemen existieren und keine Seite über die andere herrscht. Man benutze sich gegenseitig und tausche Informationen gegen Publicity:

»Die hängen schon sehr eng zusammen [...]. Der Journalismus lebt ja davon, dass politische Kräfte auch Dinge publiziert [sic] und ja Sachen verbreitet, wie denn unsere Welt und wie unser Lebensumfeld gestaltet wird. Davon leben ja die Journalisten, von den Informationen, und die Politiker leben ja genauso davon, dass das auch so verbreitet wird [...].« (T06)

»Die [Journalisten] sind immer up to date, bekommen die neusten Nachrichten, kriegen ihr Geld dafür, alles gut. Andersherum: Die Politiker haben ihre Journalisten, die das bringen, was sie wollen. Das ist ganz eng.« (T54)

»Die Politik nutzt ja die Medien. Und die Medien nutzen auch die Politik. Das ist, denke ich, eine Wechselwirkung.« (T16)

Andere Befragte sprachen von einer »Symbiose« (T35), einer »gegenseitigen Abhängigkeit« (T25), einem »Geben und Nehmen« (T26), einer »Zweckbeziehung« (T50) oder einem »Ehepaar« (T45). Zwei Interviewte sprachen aus eigener Erfahrung im Regionalen, dass Bemühungen um eine solche Partnerschaft zu einer wohlwollenden Grundstimmung sowie zu Beißhemmungen führen können:

»Die Medien, die kommen zum Pressegespräch, wenn die Frau Merkel oder wenn der Herr Kretschmer [...] einladen. [...] Die Politiker wissen, dass sie ohne die Medien nicht können. Also müssen sie auch, sagen wir mal, medienfreundlich sein. Dann wird auch ein opulentes Medien-Frühstück veranstaltet oder mit Privilegien werden die Journalisten versehen, um die ein bisschen wohl zu stimmen. [...] Das machen wir genauso, wenn wir Projekte machen und zu einem Pressegespräch einladen, weil es halt die [Veranstaltungsname] ist, dann freut man sich und versucht: »Na, dann werden wir denen noch einen Kaffee kochen und so«, sodass die einfach in einer Wohlfühlatmosphäre da sind.« (T58)

»[Interviewfrage: Wie stark sind die Beziehung oder das Zusammenspiel?] Ich würde sagen schon sehr stark, weil ich zum Beispiel auch hier aus dem regionalen Umfeld mitkriege, dass es dort enge Partnerschaften gibt. Das hat auch etwas zu tun mit dem Informationsfluss. Dass auch Journalisten und Politiker sich wirklich darum bemühen, besonders freundlich zueinander zu sein. Und dann auch eine Krähe der anderen kein Auge aushackt.« (T09)

Kritisch merkte eine ungeimpfte Person an, die sich in der Corona-Diskussion ausgegrenzt und abgewertet sah, zu diesem Thema an: »Man ist sich da sehr einig, [...] es ist immer der bequeme Weg, dieses Sich-einig-fühlen. Und dann machen wir da..., der gemeinsame Kampf gegen etwas« (T53). Ähnlich meinte T55, dass beide Seiten aufgrund ähnlicher Sozialisation und ähnlicher Werte dieselben Erzählungen und Feindbilder teilen würden:

»Natürlich müssen die Nähe haben, weil die sehen sich ja immer. Es geht ja gar nicht anders. Es gibt ein Narrativ, was das Gute und was das Böse ist. Ich

finde, da trinken die dasselbe Wasser. Vielleicht fehlt mir von beiden die Unabhängigkeit. [...] Natürlich sagen die alle dasselbe, aber ich glaube nicht unbedingt, dass es daran liegt, dass sie sich bestechen oder bedrohen, sondern weil sie alle dieselben Werte haben. Ich weiß auch nicht, was an der Uni los ist. Aber ich habe das Gefühl, die laufen alle durch solche Gedankenschulen. Junge Menschen, die alle dazugehören wollen und Angst haben, nicht dazugehören. Ich kenne mich nicht aus, aber ich habe das Gefühl, es läuft etwas schief. So würde ich sagen, die sind einfach gleich sozialisiert und für meinen Geschmack problematisch sozialisiert.« (T55)

Medien sind frei/unabhängig von Politik

Die vertrauenden Personen im Sample waren diejenigen, die dem Journalismus Freiheit und Autonomie bescheinigten – zum Beispiel im historischen oder im Ländervergleich:

»Ja, ganz, ganz wichtig ist mir natürlich die Freiheit der journalistischen Medien, das ist ja nun ein bedeutender Unterschied zu dem, was ich vor der Wende in der DDR-Zeit erlebt habe. [Nachfrage: Sehen Sie die gegeben?] Die sehe ich gegeben, ja, auf jeden Fall. [...] Das, finde ich, ist auch ein ganz, ganz großer Vorzug unserer Demokratie, dass wir den haben und den auch verteidigen müssen.« (T05)

»Ich halte da ehrlich gesagt das deutsche Pressesystem für recht vorbildlich, was die Trennung von Presse und Macht betrifft. Ich glaube, da kann man in anderen Ländern ganz andere... Was passieren kann, sieht man in Ländern wie Ungarn zum Beispiel. [...] Natürlich ist [...] immer noch eine größere Breite denkbar. Aber ich bin eigentlich recht zufrieden damit.« (T47)

Allenfalls punktuelle, aber keine systematische Einflussnahme der Politik sahen weitere Befragte. T58 meinte, es gebe zwar »Abhängigkeiten [...], weil der und der Journalist befreundet ist mit dem und dem Landespolitiker und versucht dann, das und das als Thema zu bringen«. Doch sei das aufs Ganze gesehen »nicht so relevant«, denn es gebe »eine vielfältige Medienlandschaft«, so »dass man sich immer wieder die Kontraste raussuchen kann«. Und T20 betonte, es werde »unabhängig über politische Entscheidungen« berichtet, vor allem weil »die Journalisten [...] eine Ausbildung« absolviert und »ihr Handwerkszeug« gelernt hätten:

»Also haben sie etwas gelernt und wenden ihren Methodenkoffer an. Da ist jetzt die Frage, warum sollten die nicht richtig berichten? [...] [D]ann müssten sie schon einen politischen Hintergrund haben, dagegen zu berichten. Diese Grundintentionen sehe ich nicht. Diese Grundintentionen wird es bei einigen bestimmt geben. Aber jetzt nicht bei *dem* Journalismus im Ganzen.« (T20)

T56 differenzierte die Landschaft nach qualitativ hochwertigen, unabhängigen Leitmedien und weniger unabhängigen: »Ich denke, es gibt gute Medien, die sind übergeordnet, die lassen sich von der Politik auch nicht an der Nase herumführen oder überhaupt nicht. Und es gibt auch umgekehrte Fälle, bei denen es nicht so ist.« T17 war guter Hoffnung, dass die Medien »halbwegs unabhängig sind« und dass die »Journalerie schreiben darf, was sie sieht«, eher würden »bestimmte Politiker an [...] Lobbyisten dranhängen, als die Journalisten den Politikern hörig sind«. Ebenso hat T46 »nicht das Gefühl, dass die so berichten, wie das die Politiker wünschen«, denn: »Am Anfang war Jens Spahn der Superpolitiker und dann sind ein paar Sachen ans Licht gekommen und plötzlich ist er nicht mehr der Superpolitiker.« T53 teilte seine »persönliche Erfahrung [...], dass die Journalisten, die ich in meinem Leben bisher kannte, der Politik immer misstrauisch gegenüberstanden und das auch versucht haben, in ihrer Arbeit sozusagen zu verwirklichen«. Schließlich verwiesen zwei Befragte darauf, dass die Marktwirtschaft einen großen Einfluss der Politik auf den Journalismus verhindere:

»Die Medien [...] sind wirtschaftliche Unternehmen, die müssen sehen, dass die wirtschaftlich weiterhin tragbar sind, deshalb entscheiden die zwischen einer Spannungssituation, die sie mit politischen Organisationen, Personen eingehen, und ihrem unternehmerischen Erfolg. [...] Also dort gibt es ein Zusammenspiel, das ist aber nicht so, dass sich jetzt die Medien immer schlank machen und sagen: ›Wir sind auf politischer Seite.«« (T41)

»Angebot und Nachfrage. Der Markt regelt im Grunde genommen das, was die Journalisten schreiben müssen. Und ich glaube nicht, dass die Politiker sagen: ›Sie müssen über das schreiben oder jenes.« [...] [A]lso wenn Sie bei der Zeitung X sind, dann wird der Chefredakteur sagen: ›Also mein Lieber, der Artikel ist nichts, das interessiert wahrscheinlich keinen.«« (T38)

Interessanterweise – dies als Exkurs – fand sich der Hinweis auf die Wirtschaft als dritten Player bei drei Befragten in einer gänzlich anderen, negativen Rahmung: Diese habe nämlich sowohl die Medien als auch die Politik im Griff. So meinte T53, die Welt werde »regiert« von »Konzernen«, die Politik sei »sehr hilflos« und »teilweise wirklich Marionetten«, und deshalb könnten die »staatlichen Medien« auch nicht unabhängig arbeiten. Und T21 fasste zusammen: »Der Tropf heißt »Kapital«, also das Geld. Da hängt Politik, da hängt Journalismus, da hängt die Kultur, da hängt der Sport, da hängen sie eigentlich alle dran.«

Weitere Vorstellungen

Bei ihren Überlegungen, welche Zusammenhänge es zwischen beiden Systemen geben könnte, kamen vier Befragte auf die neutrale Feststellung, dass die Medien der Öffentlichkeit die Politik vermitteln:

»Naja, dass die Politik, sage ich jetzt mal, über die Medien nach außen getragen wird, also über Fernsehen, Radio, Internet, Zeitung, also für mich hängen die da schon zusammen.« (T29)

»Ich erfahre es ja nur durch die Medien. Zweifellos sind es die Medien, ein Politiker spricht ja nicht mit mir. [...] Ich kann es ja nur durch die Medien haben.« (T38)

»Naja, letztendlich erwartet man von Journalisten, dass die eigentlich das berichten, was die Politiker sagen. [...] Insofern hängt das schon zusammen. Weil, man berichtet schon das, was die Politik macht, wenn sie über Politik berichten. Klar gibt es da einen Zusammenhang.« (T46)

Zwei weitere, zuweilen deutlich kritischere Punkte wurden von je einer nennenswerten Zahl von Interviewten gemacht. Erstens, dass Verlage bzw. Verlegerinnen und Verleger eine Neigung zu bestimmten Parteien bzw. Politikerinnen und Politikern haben können (5). So konstatierte To4, noch wohlwollend und auf Pluralismus und Vielfalt bauend: »Es gehören ja teilweise Medien irgendwelchen Verlagen. Und die Verlage sind mal dem und mal dem mehr zugewandt. Und das ist okay, deswegen braucht man ja auch mehrere« (To4). Die *Sächsische Zeitung*, meinte T53, sei »SPD-nah« und die *Dresd-*

ner Neuesten Nachrichten »eher CDU-nah«, was man »in dem Streit um die Waldschlösschenbrücke [...] sehr deutlich gemerkt hat, wie sich verschiedene Positionen dort wiederfinden und dass das politisch beeinflusst ist«. Weitere Befragte stellten auf persönliche Beziehungen von Ex-Kanzlerin Angela Merkel zu superreichen Medieneigentümerinnen ab:

»Wenn man tiefer hinguckt, dann sieht man auch Friede Springer. Ohne Friede Springer keine Angela Merkel und so weiter. Und wer ist Friede Springer? Wer ist der Springer-Verlag? Genau, Macht und Medien sind hier so miteinander verklüngelt und verklebt.« (T44)

»Was ich wiederum glaube, dass die Frau Merkel einen sehr guten Draht zu Bertelsmann hatte. Das waren ja die besten Freundinnen, die Bertelsmann-Chefin – was einer der größten Medienkonzerne weltweit mit ist –, die waren beste Freundinnen wiederum.« (T03)

Der zweite kritische Punkt, damit leicht verwandt, wurde von acht Befragten angebracht: dass Medien zu oft selbst Politik machen würden. In unseren Interviews klang das so:

»Ich denke, die Journalisten denken, die sind Politiker und können hier Politik machen. [...] Ich weiß das von CDU-Politikern, die gerade vor der Wahl, gerade im Kommunalbereich oder im Landtagsbereich, um ein Interview bitten. Nein, die kriegen keins.« (T03)

»Die sollen keine Politik machen, die Journalisten, sondern die sollen darüber berichten, und zwar so objektiv wie möglich. Das machen sie leider oftmals nicht.« (T33)

Medien hätten dramatische »Meldungen aus Covid-Krankenhäusern förmlich erpresst«, um die Maßnahmenpolitik zu unterstützen, und seien damit aus ihrer Beobachterrolle gefallen (T39, langes Zitat siehe Kap. 5.2.4.1 im Abschnitt Medien geben Meinung vor/Medien belehren). Sie »protegierten den einen und versuchen dem anderen gegen das Schienbein zu treten« (T34), und wenn sie »den Oberbürgermeister nicht mögen, dann können die auch mal sagen: »Naja, da brauchen wir einen anderen« (T56).

5.5 Verhältnis zur Demokratie

5.5.1 Demokratieverständnis

Unserem Interesse an Vertrauen in Journalismus und Politik liegt die Annahme zugrunde, dass dieses eine wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist. In diesem Zusammenhang stellten wir uns auch die Frage, was für ein Konzept von Demokratie unsere Interviewpartnerinnen und -partner eigentlich haben. Wir haben daher den letzten Block des Interviews zur Demokratie mit der Frage eingeleitet: »Was verstehen Sie eigentlich unter Demokratie?«

Das Demokratieverständnis war in den Antworten stark von Grundprinzipien geprägt, »so wie wir es in der Schule gelernt haben« (T29).³⁰ Zwei Aspekte wurden besonders häufig genannt: Der Anspruch, ungehindert an politischen Entscheidungen mitwirken zu können, und die Garantie von Grundrechten und Freiheiten (siehe Tab. 22).

Tab. 22: Aspekte des Demokratieverständnisses

Code	Anzahl
Teilhabe und Mitsprache aller	27
Grundrechte und Freiheiten	25
Prozess der Aushandlung von Interessen und Argumenten	12
Volkssouveränität/Volksherrschaft	11
Parteienpluralität	10
Mehrheitsprinzip	8
Freie Wahlen	4

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

30 Demokratie wurde dabei fast ausschließlich als eine Regierungs- bzw. Herrschaftsform begriffen. Ein weitergehendes Verständnis, das sie auch als gleichsam unterhalb des politischen Systems an der Basis zu findende »Gesellschaftsform« oder gar im Alltag ständig realisierte »Lebensform« begreifen würde, kam im Sample kaum vor (zur Unterscheidung der drei Formen vgl. Himmelmann 2017: 19-24).

Knapp die Hälfte der Interviewten (27) betonte, dass eine Demokratie ermöglichen müsse, dass prinzipiell alle³¹ die Möglichkeit haben sollten, mitzubestimmen und an Entscheidungen teilzuhaben. Elf Befragte verwiesen mit der Verwendung von Begriffen wie »Volksherrschaft« oder »Macht des Volkes« noch expliziter auf das Prinzip der Volkssouveränität.

»Demokratie bedeutet für mich natürlich die Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungen, die alle betreffen.« (T24)

»Für mich ist es [die Demokratie] eigentlich ganz klassisch, dass grundsätzlich jeder mitentscheiden kann am gesellschaftlichen und politischen Prozess.« (T40)

»Demokratie, Herrschaft des Volkes. Es ist schon wichtig, ich will keine Elite, dass irgendeine selbsternannte Elite oder der, der die meisten Waffen hat, die Geschicke des Landes bestimmt, sondern ich will selber so viel wie möglich mitentscheiden können. Ich will, dass die Bevölkerung gemeinsam entscheiden kann wie, was, welche Themen als Erstes angegangen werden sollen und auf welche Art und Weise.« (T47)

Mit 25 Interviews am zweithäufigsten wurde Demokratie als Garant von Menschen- und Bürgerrechten sowie Grundfreiheiten dargestellt. Besonders oft kam dabei die Meinungsfreiheit vor, der damit eine herausgehobene Bedeutung für das Demokratieempfinden zukommt. Als weitere Freiheiten und Rechte wurden zudem (direkt oder in Form von Beispielen) Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, allgemeine Handlungsfreiheit, richterliche Unabhängigkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung sowie das Wahlrecht genannt.

»Mein Demokratieverständnis ist, dass ich eine Meinung äußern kann und darf, ohne dass mir etwas passiert, solange ich nicht irgendjemand anderen beleidige oder angreife. Und das verstehe ich unter Demokratie. Ich verstehe unter

31 Wer zur Gruppe derer gehört, die mitbestimmen bzw. wählen dürfen, wurde dabei nicht thematisiert. Begriffe wie »Volk«, »Bevölkerung« und »Bürger« wurden vielmehr synonym verwendet.

Demokratie, dass man Montagabend auf die Straße gehen kann und irgendwelchen Murks von sich geben kann und die Demokratie das ermöglicht.« (T07)

»[F]ür mich [ist Demokratie] einfach so zu bestimmen, wie ich mein Leben bestimmen darf, ob ich arbeiten gehen darf, wie ich arbeiten gehen darf, was ich arbeiten darf. Das ist halt meine Freiheit. Und natürlich dahin fahren, wo ich hinmöchte, das zu kaufen, was ich möchte, das nicht zu kaufen, was ich nicht möchte. Die Bahn zu benutzen, die ich möchte und nicht die Bahn benutzen, die ich nicht möchte. Also nichts Vorgeschiedenes. Freie Entscheidung.« (T37)

Demokratie wurde zudem in zwölf Fällen als Aushandlungsprozess beschrieben, in dem unterschiedliche Interessen und Argumente aufeinandertreffen und zu gemeinsamen, fairen Entscheidungen gebracht werden. Diese Vorstellungen sind dabei von der Suche nach Ausgleich und Kompromiss geprägt.

»Eine Demokratie zeichnet sich aus durch eine Vielfalt von Meinungen, von Ansichten zu allen Dingen des Lebens und dem Streit darüber, einen Kompromiss oder eine Einigung zu finden. Und dieser Streit oder diese Einigung muss für meine Begriffe auf einer sehr fairen und gleichberechtigten Ebene stattfinden. Es heißt also, alle Meinungen sollten an sich erstmal zugelassen werden. Es sei denn, die verstoßen gegen Werte und Normen, die nicht der Menschlichkeit entsprechen oder die irgendetwas verherrlichen. Das ist für mich Demokratie.« (T14)

»Gefühlt ist für mich Demokratie, wenn ein Diskurs in der Gesellschaft stattfindet und gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird, die dann umgesetzt wird, nach dem Mehrheitsprinzip. Nach der Einigung der Mehrheit. Sozusagen, dass die Gesellschaft stabil zu einer Entscheidungsfindung kommt.« (T43)

Weitere mehrfach angesprochene Aspekte waren die Parteienpluralität, einschließlich der Wahrung der Rechte parlamentarischer Minderheiten (10 Interviews), das Prinzip, dass in der Demokratie die Mehrheit entscheidet (8), sowie freie Wahlen (4).

»Wir haben auch verschiedene Parteien im Bundestag. Da werden verschiedene Meinungen theoretisch widerspiegelt. Ich würde nicht wollen, dass

es anders ist. Ich finde es gut, dass ganz viele verschiedene Parteien dort vertreten sind.« (T50)

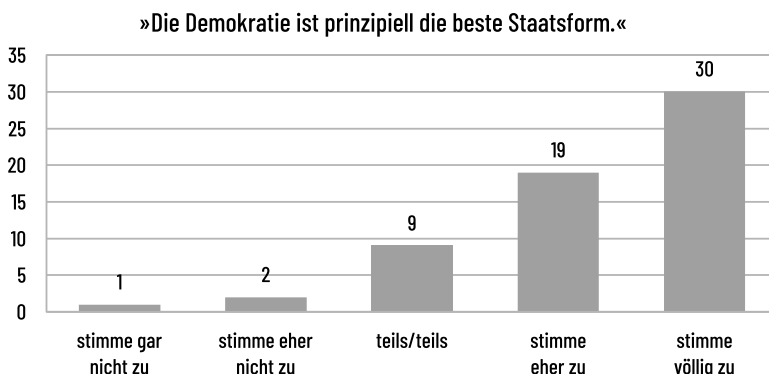
»So wie die Mehrheitsmeinungen eben auch einfließen können, müsste man prüfen, ob Minderheitenmeinungen nicht auch irgendeine Berechtigung haben. Dass du zumindest erst einmal wahrgenommen wirst, dass zumindest erstmal diese Themen auch angenommen werden. Das verstehe ich unter Demokratie.« (T21)

»Demokratie... heißt, dass die Mehrheit entscheidet, wo es langgeht.« (T41)

»Und ich darf sogar auch noch, wenn ich das möchte, teilhaben, eben indem ich mich an Wahlen beteilige, an freien Wahlen beteilige.« (T19)

Die Vorstellungen, was Demokratie ausmacht, sind im gesamten Sample sehr ähnlich, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Die Interviewten teilen also weitgehend widerspruchsfrei, was auf grundsätzlicher Ebene eine Demokratie definiert.

Abb. 15: Zustimmung zur Demokratie als Staatsform



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Auch in der Frage, ob Demokratie wünschens- bzw. erhaltenswert ist, herrscht weitgehend Einigkeit. Grundsätzlich wird Demokratie, das zeigten auch die Ergebnisse unseres Fragebogens am Rande der Interviews, unge-

achtet aller Kritik an der Praxis von einer großen Mehrheit als beste Staatsform angesehen: 49 unserer 61 Interviewten stimmten dieser Aussage »eher« oder »völlig« zu (siehe Abb. 15). Dies deckt sich mit Ergebnissen repräsentativer Umfragen: Im »Sachsen-Monitor« 2023 gaben 83 Prozent an, die Demokratie sei eine gute Regierungsform (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 199).

Nur wenige Personen äußerten fundamentale Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Demokratien und stellten diese zumindest teilweise in Frage. Zwei unserer Teilnehmenden zweifelten dabei an der Umsetzbarkeit echter Demokratie:

»Eine Demokratie müsste – wenn das überhaupt möglich ist, eine Demokratie zu installieren –, dann müsste die tatsächlich die Belange der Einzelnen berücksichtigten können. Es wird immer so dargestellt, als wäre das das höchste Gut. Aber solange zum Beispiel Abstimmungen stattfinden und es ist nicht nur eine Frage, wie haben Leute abgestimmt, sondern auch, wie sind die Leute vorher beeinflusst worden? Wenn die Form der Beeinflussung undemokratisch ist, kann dann eine demokratische Abstimmung noch demokratisch sein? Für mich nicht. [...] Es müsste also quasi von vorn bis hinten alles demokratisch stattfinden. Und das ist das, was ich vorhin meinte, dafür sind die Menschen noch nicht reif, wir sind wir noch nicht soweit. Dafür müssten wir wirklich selbstlos sein, auf das Gemeinwohl ausgerichtet, und voller Vertrauen, dass schon alles gut geht.« (T48)

»Die Demokratie, wie ich sie mir vorgestellt habe, hat nie existiert, die wird auch nie existieren. Die Demokratie wird in sich zusammenbrechen, das beste Beispiel ist das Römische Reich, war ja auch eine Demokratie. Demokratie würde ja normalerweise auch Selbstbestimmung ermöglichen, im Kleinen, in der Familie, im etwas Größeren, in der Kommune, im Landkreis, dort ist ja schon gar keine Demokratie mehr da, durch die finanziellen Abhängigkeiten ist das alles ausgehebelt.« (T54)

Zwei weitere Interviewte spielten darüber hinaus mit dem Gedanken, ob totalitäre oder zumindest andersgeartete Systeme nicht auch ihre Vorteile hätten:

»Manchmal wünschte ich mir in der heutigen Zeit – aber das liegt vielleicht auch daran, dass ich DDR-sozialisiert bin – wieder dieses weniger Demo-

kratische und mehr Totalitäre, weil ich es manchmal einfach nicht mehr mit ansehen kann, wie dieses Gewabere und dieses Rumgedruckse und was ich eben angesprochen habe..., dieses Veto hier, Veto da, nein, das geht doch nicht, da hat der wieder da nein gesprochen.« (T39)

»Ich sage mal, was mich persönlich ein bisschen stört, ist, dass die Demokratie weltpolitisch gesehen jetzt als das Nonplusultra hingestellt wird. Das ist wie Glaubenskriege, wo früher die Christen gesagt haben: »Euer Glaube ist Quatsch und konvertiert mal.« So wird jetzt in alle möglichen Länder dieser Demokratiegedanke hineingetragen: »Das ist doch das Beste, und das müsst ihr in Afrika haben, und das müsst ihr in Asien haben, und das müsst ihr überall haben.« Und da sträube ich mich ein bisschen dagegen. Das ist sicherlich nicht die schlechteste Form, so gegenüber einer Diktatur, wo auch wirklich keine Meinungsfreiheit herrscht. Aber ob es das Nonplusultra ist, das wage ich zu bezweifeln. Da gibt es sicherlich auch andere Formen.« (T27)

5.5.2 Demokratiezufriedenheit

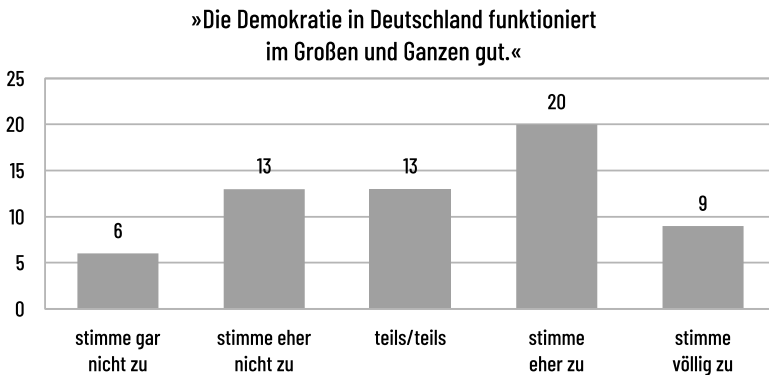
Aufbauend auf der Klärung des individuellen Demokratieverständnisses, haben wir folgend gefragt »*Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland?*« und was passieren sollte, um den Zustand gegebenenfalls zu verbessern.

Die grundsätzliche Bewertung, in welchem Zustand die Demokratie aktuell ist, fällt in unserem Sample sehr unterschiedlich aus. In den Interviews selbst dominierten abwägende und kontextualisierende Antworten, so dass eine eindeutige Einschätzung nicht immer möglich ist. Diese Vielfältigkeit spiegelt sich auch in den die Interviews ergänzenden Fragebögen wider. Hier stimmten der Aussage »*Die Demokratie in Deutschland funktioniert im Großen und Ganzen gut*« 19 Personen gar nicht oder eher nicht zu, 13 taten dies teils/teils und weitere 29 eher oder völlig (siehe Abb. 16). Korreliert man die Antworten zur Demokratiezufriedenheit mit dem Item zum Vertrauen in Politik (»*Ich vertraue der Politik in Deutschland.*«), zeigt sich ein sehr starker und höchstsignifikanter Zusammenhang von $r = ,795$. Auch mit dem Medienvertrauen (»*Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.*«) ergibt sich eine höchstsignifikante und starke Korrelation ($r = ,680$). Wer der Politik und dem Journalismus vertraut, der zeigt sich also auch mit der Demokratie zufrieden.

Während im ergänzenden Fragebogen positive Bewertungen leicht überwogen, fanden wir in den Interviews – wohl auch der Interviewsituation geschuldet – tendenziell häufiger kritische oder negative Beschreibungen. Selbst positive Bemerkungen waren meist vorsichtig formuliert, eher nach dem Motto »Es funktioniert ja noch einigermaßen« (T03).

Immerhin fast jede zehnte Person (6) äußerte aber auch, dass Deutschland keine wirkliche Demokratie mehr sei, teils auch schon Diktatur, oder doch zumindest auf dem Weg dahin. Der Hintergrund war auch hier (bei fünf der sechs Personen) die Corona-Pandemie, die mit den darauf folgenden politischen Maßnahmen als tiefgreifende Erschütterung des Vertrauens in die Demokratie empfunden wurde:

Abb. 16: Ausmaß der Demokratiezufriedenheit



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

»Wir haben die letzten hundert Jahre mehrere Diktaturen gehabt. Da gab es eine Diktatur, da konnte man nichts erreichen, wenn man nicht ein entsprechendes Bonbon hatte [gemeint ist das SED-Parteiabzeichen, Anm. d. Aut.]. Und dann gab es eine Diktatur, da ist man vergast worden, wenn man ein anderes Zeichen an der Brust hatte. Und jetzt gibt es Politiker und Wissenschaftler, die als Voraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sagen: ›Du musst dich aber freiwillig impfen lassen.« Da frage ich mich, wo ist denn da der Unterschied? Das System ist das Gleiche.« (T34)

»Herrschaft des Volkes, was heißt das? Also, das Volk ist der Souverän, hört man jetzt immer. Aber das ist ja nicht der Fall, gerade. Der Souverän ist Karl Lauterbach oder von mir aus Olaf Scholz oder irgendwie. Aber die sagen Dinge und das Volk steht in Schockstarre. Oder... Also ich habe nicht das Gefühl, dass wir, also wenn ich mich jetzt als Volksvertreterin sehe, was zu sagen haben. Nur dann, wenn es passt, wenn es nicht passt, dann leider nicht.« (T28)

Lediglich in einem Interview war dieser Corona-Kontext nicht klar zu erkennen. Hier speisten sich die Zweifel aus unterschiedlichen Beobachtungen, die das eigentliche Grundvertrauen der interviewten Person im Ergebnis erschütterten. Genannt wurde etwa eine als kriegerisch wahrgenommene deutsche Außen- und Sicherheitspolitik (im Zusammenhang mit der Ukraine und zuvor Afghanistan), aber auch die langjährige Inhaftierung Julian Assanges.

»Da hieß es ja, die Macht geht vom Volke aus, unter anderem. Klar sind auch in der Demokratie die verschiedenen Säulen. Politik, Gericht, Justiz, klar, dass die unabhängig sind. Aber manchmal hat man den Eindruck, dass gerade wenn... Ob es jetzt die Ukraine ist, weil die AfD dagegen... Da ist die Demokratie nicht mehr ganz so sattelfest, weil da Beispiele fabriziert werden müssen. Aber Demokratie ist Macht vom Volk. Aber es ist nicht so.« (T10)

5.5.3 Kritik und Veränderungswünsche

Als konkrete Kritikpunkte am Zustand der Demokratie, verbunden mit darauf abzielenden Wünschen nach Veränderung, lassen sich sechs häufiger genannte Kategorien und Codes identifizieren (siehe Tab. 23).

Tab. 23: Kritik und Veränderungswünsche in Bezug auf Demokratie

Code	Anzahl
Mangelnde Repräsentation und Partizipation	37
Fehlende Diskursoffenheit und Meinungsvielfalt	27
Skepsis gegenüber bzw. Ablehnung von Parteien und Berufspolitik	18
Wunsch nach mehr Bildung	16
Distanz zur Politik auf Bundes- und EU-Ebene	15
Freiheiten werden zu sehr eingeschränkt	9

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Es werden dabei häufig Aspekte wie mangelnde Repräsentation, fehlende Meinungsvielfalt oder eine Distanz zu Politik auf Bundes- und EU-Ebene angesprochen, die bereits in Bezug auf Politikvertrauen genannt wurden (siehe Kapitel 5.3). Wir nehmen an, dass diese Dopplungen darauf zurückzuführen sind, dass viele der Befragten Demokratie weitgehend mit dem politischen System gleichzusetzen scheinen, statt im Sinne eines weiteren Demokratiebegriffs etwa auch Medien oder die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Aber es werden auch neue, jedoch wieder primär an Politik adressierte, Kritiken und Wünsche geäußert: die Skepsis oder Ablehnung von Parteien und Berufspolitik, der Wunsch nach mehr Bildung sowie die Sorge um Grundfreiheiten (wobei letzteres bereits im Kontext der Kritik an Corona-Maßnahmen anklang).

Mangelnde Repräsentation und Partizipation

Die mit Abstand häufigste Kritik war, dass die Menschen von der Politik (und in geringerem Umfang auch den Medien) nicht ausreichend wahrgenommen werden, oft wurde dies auch als Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten ausgedrückt. Dies kam in der einen oder anderen Form in 37 Interviews vor. Die Befragten äußerten dabei u. a., dass ihre Lebensrealität nicht gesehen oder ignoriert werde bzw. dass ihre Bedürfnisse, Sichtweisen und Wünsche zu wenig Beachtung finden. Dabei geht es nur teilweise um die Erfüllung konkreter Interessen oder um materielle Benachteiligung. Vielmehr kommt auf einer impliziten emotionalen Ebene zum Ausdruck, dass sie sich von der Politik nicht ernst- und wahrgenommen fühlen, es fehle an Achtung

und Respekt (ein Punkt, der sich auch schon in den Gründen für Medien- und Politikmisstrauen an prominenter Stelle fand).

»Und ja, das ist ja in den meisten Fällen jetzt nicht so, dass da irgendwie darauf geachtet wird, wie es den Menschen bei bestimmten politischen Entscheidungen geht, sondern einfach durchgezogen wird und gemacht wird.« (T29)

»Es müssten Probleme in den Vordergrund gerückt werden, wirklich publik gemacht werden, die vor Ort existieren, real existierende Probleme. Nicht bloß, was gerade in den Mainstream passt, sondern das, was wirklich ist [...].« (T54)

»Es war in der Vergangenheit öfter, es hat auch ein bisschen nachgelassen, dass Kretschmer [der sächsische Ministerpräsident, Anm. d. Aut.] auch aufs Land fährt und dort in einem Gasthof mal die Leute von einem Dorf einlädt. Das war in der Vergangenheit öfter. Ich denke, wir haben genügend Leute, die in der Regierung sitzen. Wenn die sich ein bisschen aufteilen, dann hätten sie viele Möglichkeiten, eine Regierungspolitik zu erklären. Und sie würden etwas erreichen, aber das macht natürlich Arbeit. Das kostet Zeit. Aber die muss man sich nehmen. Irgendwie wollen sie auch gewählt werden.« (T15)

Vor allem forderten sie aber mehr Raum für Diskussion und Partizipation, etwa in Form von Bürgerdiskussionen oder stärkeren Elementen direkter Demokratie. Mit der Idee eines »Runden Tisches« klingt auch hier erneut die Vorstellung an, Lösungen außerhalb der parlamentarischen Institutionen in sachorientierten Gesprächen zu suchen:

»[Der Idealzustand ist für mich] Durchaus mehr direkte Demokratie. [...] Was ich mir wünschen würde, wären bei Demokratie mehr Formate, an denen sich wirklich Bürger unterschiedlicher Meinungen an einem Runden Tisch zusammenfinden können und sich auch, von mir aus auch Corona-Gegner und Corona-Befürworter oder AfD-Sympathisanten und -Wähler und Grünen-Wähler und was weiß ich, zusammensetzen miteinander, mehr miteinander reden im Großen und Ganzen.« (T47)

Sehr ähnlich klingen in manchen Interviews die Wünsche nach öffentlichen »Gesprächsrunden«, um der Demokratie auf sublokaler, kommunaler oder sogar Bundesland-Ebene neues Leben einzuhauchen:

»Was ideal passieren könnte wäre, dass einfach jetzt der Druck, den die Menschen auf der Straße erzeugen [durch die Proteste gegen Corona-Maßnahmen, Anm. d. Aut.], indem sie zeigen – und das wird wahrgenommen, das kann nicht anders sein, das muss wahrgenommen werden – dass das wirklich dazu führt, dass Gesprächsrunden wieder stattfinden. Dass wirklich unter einem sogenannten ordentlichen Setting verschiedene Menschen an Tischen zusammenkommen und dann versuchen, lösungsorientiert, kommunal, aber auch was dann das jeweilige Bundesland betrifft.« (T45)

»Ich glaube, also ich würde erst einmal in ganz vielen Einrichtungen und verschiedensten Sachen eigentlich nur Gesprächsrunden machen. Also ich glaube, so öffentliche Gesprächsrunden, da kann jemand, und dann bietet man hier mal kostenlose Gesprächsrunden an, eigentlich in jedem Stadtteil. Jeder Bürgermeister sollte in jedem Stadtteil irgendwie einmal wöchentlich eine Gesprächsrunde machen. Irgendwie vielleicht, damit die Gesellschaft sich wieder ein bisschen nähert und vor allem dieser Dialog wieder losgeht.« (T02)

»[...] also was ich für wirklich wichtig halte, oftmals ist es ja in Dorfgemeinschaften vielleicht noch so, dass man sich kennt, dass man sich zum Bier trifft, man diskutiert. [...] Aber man kann ja vielleicht auch solche Gesprächsrunden organisieren, dass man sich ein Thema setzt und dann wird eben Pro und Contra ausgetauscht. Aber das muss eben dauerhaft und das muss vielseitig sein und es muss öfter stattfinden. Ich glaube, anders kriegen wir es nicht mehr bewältigt. Wenn wir es nicht kleinteilig unten schaffen, dann geht es auch keinesfalls über Landtage oder Bundestag oder sonst irgendetwas. Denn die zu korrigieren, deren Umgehensweise miteinander, das sehe ich im Moment leider gar nicht.« (T26)

Eine Person äußerte die Idee, Stadtratsausschüsse für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen:

»Also ich wäre für mehr direkte Demokratie und auch für bessere Mitnahme der Bevölkerung. Zum Beispiel, nehmen wir jetzt das Stadtparlament. Da gibt es Ausschüsse, zum Beispiel den Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt. Dass dann in diesen Ausschüssen die Leute mitreden können. Aber heute ist es so, da müssen zwar Einwohnerfragestunden gemacht werden,

weil es das Gesetz ist. Aber: Für die Politiker wird das als sehr, sehr unangenehme Pflichtübung verstanden. [...] Es darf nur eine Frage gestellt werden, die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Dialoge oder Debatten oder irgendwas ist unerwünscht. Und wir bräuchten es eigentlich, dass die Leute zu den Themen reden können, wenn dort über Themen gesprochen wird, auch wenn sie nicht abstimmen können. Also dort mit rein..., dass die Ausschüsse praktisch eine Bürgerversammlung mit sind.« (T52)

Auch wenn die Forderung nach mehr Teilhabe und Diskussion meist an die Politik und die Medien gerichtet wurde, sahen einzelne Interviewte auch durchaus Bürgerinnen und Bürger selbst in der Pflicht, sich aktiver einzubringen.

»Verantwortung abzugeben und dann nur in Wahlzettel zu stecken, das ist die einfachste Variante für beide Seiten. Aber Verantwortung *wahrzunehmen* von *jedem* Einzelnen – also jeder, der auf diesem Planeten lebt, hat eine Verantwortung – diese Verantwortung wahrzunehmen, das ist eigentlich entscheidend.« (T21)

Dass übrigens Ostdeutsche sich tendenziell nicht genug beteiligen bzw. weniger beteiligen würden als Westdeutsche, meinten zwei befragte Personen. Eine davon – welche aus einer westdeutschen Familie mit hohem demokratischem Partizipationsethos stammt und hohes Vertrauen in Politik und Medien hat – begründete dies so, dass als Folge der Sozialisation in der DDR, wo Mitwirkung »nicht eingeplant und auch nicht gewollt« gewesen sei, »Nachholbedarf besteht, dass man in Ostdeutschland lernt, wie man selbst Verantwortung übernimmt« (T24).

Fehlende Diskursoffenheit und Meinungsvielfalt

Eine weitere Sorge, die unabhängig von politischen Haltungen in 27 der Interviews vorkam, betraf eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und ein sich verschlechterndes Diskussionsklima. Es wurde, wie auch schon bei den Gründen für Medien- und Politikmisstrauen aufscheinend, eine offener Debatte und ein Zugehen auf Andersdenkende gewünscht. Es müsse möglich sein, »frei von Ideologie [zu] diskutieren [...], auch mit meinem Gegner« (T18). Viele Befragte, insbesondere wenn sie starke Kritik an den Co-

rona-Maßnahmen oder der Aufnahme von Geflüchteten hatten, beklagten ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen eine zunehmende Ausgrenzung abweichender Meinungen.

»Aber ich hätte gerne eine Gesprächskultur, die wirklich alles zulässt. Die muss im Kleinen anfangen. Dieser begrenzte Korridor, der macht mich innerlich wirklich müde. Und es muss möglich sein, eine Pandemie in Frage zu stellen. Und es muss möglich sein, den Klimawandel in Frage zu stellen. Ja, und ich darf auch mit jemandem reden, der gerne das Deutsche Reich zurückhaben möchte, ja, der ist Teil unserer Gesellschaft. Bitteschön.« (T57)

»Wenn ich einen wichtigen Posten habe, warum kann ich dann nicht eine andere Meinung haben, als die, die gefordert wird oder wie es sich der Staat wünscht? Warum? Das ist für mich keine Demokratie.« (T32)

Die Öffnung des Diskurses für Andersdenkende soll dabei auch einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken, »dass es nicht zu Situationen kommt wie in den USA« (T15).

Skepsis gegenüber bzw. Ablehnung von Parteien und Berufspolitik

Den bestehenden politischen Parteien als auch Berufspolitikerinnen und -politikern gegenüber äußerten 18 der 61 Befragten eine gewisse Distanz und Skepsis, teilweise auch offene Ablehnung. Die Wünsche an Veränderungen im politischen System reichten demnach von mehr Berufs- und Lebenserfahrung der Gewählten über die Erleichterung von Amtsenthebungen bis zur Verkleinerung des Bundestages.

»Ich würde lieber Fachleute aus der Praxis haben wollen. Bei mir würde nur jemand Bildungsminister werden, der schon eine bestimmte Anzahl an Jahren Lehrer war. Ein Gesundheitsminister, der muss praktisch schon einmal in einem Krankenhaus gearbeitet haben. Und dann hat er eine Legislaturperiode von maximal zweimal vier Jahren. Und dann ›Danke‹ und ›Auf Wiedersehen‹, und ab in die Praxis. Damit der Einfluss von Fachwissen aus dem praktischen Leben in der Politik erhalten bleibt.« (T59)

»Was unser großes Problem ist, ist eigentlich dieser immer weiter aufgeblähte Abgeordneten-Apparat, wo keiner ran will, den wieder herunterzuschrauben.« (T30)

Einige dieser Interviewten gehen so weit, die Abschaffung von Politikerinnen und Politikern sowie Parteien insgesamt zu fordern.

»Ich will eigentlich auch keine Politiker mehr. Wozu braucht man diese Menschen eigentlich? Die kosten Geld, das ist alles. Ich sehe den *Nutzen* dieser Menschen nicht. Ein Ministerium braucht maximal einen Chef, aber das muss kein Politiker sein. Das ist ein Verwaltungsangestellter. Ich sehe immer weniger den Nutzen dieser Menschen.« (T57)

»Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich die ganzen Parteien abschaffen. Es muss um das Wohl des Volks gehen. Und wenn einer von der rechten Seite dazu einen klugen Gedanken hat, ist das egal, ob das rechts ist, oder von der linken Seite. Es muss doch darum gehen, das Land vorwärtszubringen und für die Bevölkerung das Beste herauszuholen.« (T27)

Gemeinsam haben diese Kritiken, dass sie sich gegen professionelle Politik richten und im Gegenzug Sach- und Menschenverstand betonen. Auch scheint dahinter zuweilen der Gedanke zu stehen, dass Politik als Beruf und Parteien als Orte der Interessenaggregation überflüssig seien, weil das Wohl des Volkes relativ klar auf der Hand liege.

Weitere Kritikpunkte und Veränderungswünsche

Ein konkretes Anliegen, das sich nicht unmittelbar auf das politische oder das Mediensystem bezieht, hatte etwa jeder Vierte unserer Befragten: die Förderung von Bildung (in 16 Interviews). Konkret wurde der Wunsch nach besserer Vermittlung von Medienkompetenz oder breiterer Allgemeinbildung genannt, aber auch die Stärkung politischer Bildung.

»Bildung, Bildung, Bildung, wirklich von Anfang an. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kinder ausgerichtet werden sollen auf irgendeine politische Linie, sondern einfach, die sollen wissen, wie so etwas funktioniert, die sollen sich von Anfang an engagieren, sich mit einbringen.« (T35)

»Also, grundsätzlich ist natürlich der einzige Weg [damit Demokratie besser funktioniert, Anm. d. Aut.], der mir einfällt – der natürlich ein langwieriger ist – ist Bildung. Also ohne Bildung – und da ist eben diese Diskussionsfähigkeit ein wichtiger Punkt, aber auch Wissen ist in verschiedenen Bereichen wichtig, um auch eine Offenheit dann letztendlich für andere Spektren, oder eine Offenheit für das gesamte Spektrum der Meinungen zu entwickeln. Also das ist für mich eigentlich die einzige Möglichkeit, dass Bildung sozusagen verbessert wird, in welcher Form auch immer.« (T40)

Ähnlich viele (15) betonten, wie es bereits im Zusammenhang mit dem Politikmisstrauen beobachtet werden konnte, auch hier eine besondere Distanz zur Politik auf Landes-, Bundes- und besonders EU-Ebene. Häufig entsteht dabei der Eindruck, die Politik würde »von oben herab« regieren, ohne die Bedingungen vor Ort zu kennen.

»Je weiter die Politik weg ist, sprich Brüssel, umso weniger kenne ich das und kann es auch nicht beurteilen. Ich finde, die Politik müsste vielmehr regionalisiert und lokalisiert werden. Das heißt, um es so platt zu sagen: die Macht muss nach unten verteilt werden und nicht nach oben konzentriert werden. Weil die Leute, die vor Ort sind – und damit meine ich nicht das Dorf oder die Stadt, sondern die Region oder vielleicht auch das Bundesland – viel besser Bescheid wissen, was in dem Land und in der Region passiert, als die Leute in Berlin oder in Brüssel.« (T33)

Insbesondere im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen, aber teils auch ganz allgemein, äußerten neun Personen zudem, dass Freiheiten zu sehr eingeschränkt würden.

»Früher habe ich es eher aus dem liberalen Prinzip heraus gesehen. Bürger haben eine gewisse Freiheit: Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, alles was darunter fällt. Eine gewisse Ohnmacht, die ein Staat durch Repressalien ausüben kann, wie dass man zu Hause bleiben muss oder dass man in Quarantäne gesetzt wird, zeigt eine gewisse Autorität vom Staat. Ich finde, das hat nicht unbedingt etwas mit Demokratie zu tun.« (T61)

»Und ich glaube, die Demokratie, die ich gerade erlebe – ich kann jetzt nur für mich sprechen – die ich erlebe, das ist eine Demokratie, die mir die Ver-

antwortung raubt, die mich abhängig macht. Und ich will selbst entscheiden können. [...] Das sind die Restriktionen von außen, die uns überlegen lassen, uns keine Wahlfreiheit mehr lassen.« (T25)

Wünsche an Medien

Journalistische Medien, die auch im Demokratiekontext explizit Teil der Fragestellung waren, wurden hier nur vereinzelt thematisiert. Demokratie schien im Bewusstsein der Teilnehmenden viel mehr mit den politischen Institutionen im engeren Sinne verknüpft zu sein als mit dem Journalismus als Produzent von Öffentlichkeit und Kontrolle der Politik. Nur vereinzelt wurden an die Medien Wünsche adressiert: So sollten sie als »Vierte Gewalt« kritischer recherchieren, sich weniger an Einschaltquoten und Profiten ausrichten, mehr Offenheit in den Debatten herstellen und konstruktiver bis positiver berichten (wie es bereits in Kap. 5.2.4 in mehreren Zitaten anklang).